Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

9. März 1981 Nr. 11

Preis 1 DM D 21060 C

USA: soziale und politische Reaktion

Schwere Auseinandersetzungen um Lohn, Sozialversicherungen und politische Rechte, insbesondere der nationalen Minderheiten, stehen bevor.

lup. In der vergangenen Woche hat Reagan zwei Ergänzungen seines Haushaltsvorschlags bekanntgegeben: Der Militäretat soll 1981 und 82 um weitere 32 Mrd. $ aufgestockt werden, der Restetat im laufenden Haushaltsjahr um weitere 10 Mrd. $ gekürzt werden, vornehmlich im Bereich der Gesundheitsversorgung.

„Wenn man damit anfängt, Leute dafür zu bezahlen, daß sie arm sind, dann hat man auf einmal viele Arme." Diesen Ausspruch des amerikanischen Ökonomen Friedmann hat Reagan zur Devise seines Programms für einen „neuen Aufbruch" gemacht. Oder, in den Worten seines innenpolitischen Beraters Martin Anderson: „Übermäßig großzügige Beihilfen an Arme halten diese bloß davon ab, mehr zu verdienen, denn sie wissen, daß die Hilfen dann reduziert würden."

Angesichts der tiefgehenden Wirtschaftskrise und einer Arbeitslosigkeit von 7,4% ist es den amerikanischen Kapitalisten im vergangenen Jahr gelungen, den Reallohn um durchschnittlich 3,8% zu senken. Stets hat der amerikanische Kapitalismus aus der multinationalen Arbeiterklasse einen Bodensatz an Armen produziert, die unter geradezu jämmerlichen Bedingungen existieren müssen. Diese Lazarusschicht der Arbeiterklasse setzt sich vor allem aus schwarzen oder spanischsprechenden Arbeitern, Chinesen, Fi-

lup. In der vergangenen Woche hat Reagan zwei Ergänzungen seines Haushaltsvorschlags bekanntgegeben: Der Militäretat soll 1981 und 82 um weitere 32 Mrd. $ aufgestockt werden, der Restetat im laufenden Haushaltsjahr um weitere 10 Mrd. $ gekürzt werden, vornehmlich im Bereich der Gesundheitsversorgung.

„Wenn man damit anfängt, Leute dafür zu bezahlen, daß sie arm sind, dann hat man auf einmal viele Arme." Diesen Ausspruch des amerikanischen Ökonomen Friedmann hat Reagan zur Devise seines Programms für einen „neuen Aufbruch" gemacht. Oder, in den Worten seines innenpolitischen Beraters Martin Anderson: „Übermäßig großzügige Beihilfen an Arme halten diese bloß davon ab, mehr zu verdienen, denn sie wissen, daß die Hilfen dann reduziert würden."

Angesichts der tiefgehenden Wirtschaftskrise und einer Arbeitslosigkeit von 7,4% ist es den amerikanischen Kapitalisten im vergangenen Jahr gelungen, den Reallohn um durchschnittlich 3,8% zu senken. Stets hat der amerikanische Kapitalismus aus der multinationalen Arbeiterklasse einen Bodensatz an Armen produziert, die unter geradezu jämmerlichen Bedingungen existieren müssen. Diese Lazarusschicht der Arbeiterklasse setzt sich vor allem aus schwarzen oder spanischsprechenden Arbeitern, Chinesen, Fi-

lippinos und Flüchtlingen aus allen möglichen Ländern zusammen, umfaßt aber mit wachsender Arbeitslosigkeit zunehmend auch weiße Lohnabhängige. Was in Wirklichkeit Resultat der kapitalistischen Produktionsweise, erklären Reagan und der um ihn versammelte Beraterstab aus „Neuen Rechten" schlankweg als Resultat individuellen Versagens, individueller Faulheit, die durch staatliche Wohlfahrtspolitik gefördert worden sei. Ohnehin bieten die amerikanischen Sozialversicherungen und Arbeitsgesetze der Arbeiterklasse einen weitaus geringeren Schutz vor dem Druck der industriellen Reservearmee als entsprechende Regelungen, die die Arbeiterklasse in der BRD hat erkämpfen können. Viele Rechte gerade im Bereich der Arbeitslosen- und Rentenversicherung, aber auch beim Kündigungsschutz, hat sich die Arbeiterklasse nur in Tarifen, nicht aber in Gesetzesform erkämpfen können. Bei den gesetzlichen Regelungen *erscheinen* Ansprüche der Arbeiterklasse an Sozialversicherungen viel stärker als staatliche Almosen als etwa in der BRD. Durchsetzen konnte die Arbeiterbewegung diese schlechten und wohl auch schwer zu verteidigenden Regelungen unter *demokratischen* Regierungen, unter Roosevelt in den späten 30er Jahren und in gewissem Umfang während der 60er Jahre. Das Scheitern der (demokratischen) Carter-Regierung, dem innere Gründe der wirtschaftlichen Entwicklung der USA und internationale Entwicklungen zugrundeliegen, versucht der Republikaner Reagan zu einer chauvinistischen Mobilisierung zu nutzen. Deren Erfolge sind durchaus beschränkt. Trotzdem, auf Grund ihrer politischen Schwäche und der Schwäche der amerikanischen Gewerkschaftsorganisation wird es für die amerikanische Arbeiterklasse schwierig sein, die Angriffe der Reagan-Regierung, die der Sache nach bereits von Carter eingeleitet wurden, zurückzuschlagen.

Angriffe auf die Sozialversicherungen

Einen Schwerpunkt bildet dabei die Arbeitslosenversicherung. Sofern in Tarifverträgen nichts weitergehendes vereinbart wurde, beträgt das staatlich garantierte Arbeitslosengeld derzeit zwischen 30 und 50% des vorherigen Durchschnittslohns. Es soll nun nach 13 Wochen ganz gestrichen werden, wenn keine zumutbare Arbeit aufgenommen wird. Als zumutbar gilt ein Lohn, der der Höhe des Arbeitslosengeldes oder des Mindestlohns mindestens entspricht. Weiter ausgehöhlt werden sollen Ansprüche auf ein besonderes Arbeitslosengeld, die in den Industrien gelten, die wegen ausländischer Konkurrenz Entlassungen durchführen. Es geht dabei insbesondere um die Automobil- und die Stahlindustrie.

Einen anderen Schwerpunkt bilden die Rentenversicherungen. Reagans Beraterstab hat Pläne ausgearbeitet, denen zufolge das Rentenalter von 65 auf 68 Jahre erhöht werden soll. Die staatlich garantierte Mindestrente von gegenwärtig 112 $ im Monat soll abgeschafft werden. 12 Mio. Amerikaner, 58% der Rentner, würden damit unter die offizielle Armutsgrenze sinken.

Angriffe auf die nationalen Minderheiten

Reagans Erziehungsminister hat Anfang Februar eine Verordnung aufgehoben, die die zweisprachige Erziehung für solche Schüler vorsieht, deren

Einen Schwerpunkt bildet dabei die Arbeitslosenversicherung. Sofern in Tarifverträgen nichts weitergehendes vereinbart wurde, beträgt das staatlich garantierte Arbeitslosengeld derzeit zwischen 30 und 50% des vorherigen Durchschnittslohns. Es soll nun nach 13 Wochen ganz gestrichen werden, wenn keine zumutbare Arbeit aufgenommen wird. Als zumutbar gilt ein Lohn, der der Höhe des Arbeitslosengeldes oder des Mindestlohns mindestens entspricht. Weiter ausgehöhlt werden sollen Ansprüche auf ein besonderes Arbeitslosengeld, die in den Industrien gelten, die wegen ausländischer Konkurrenz Entlassungen durchführen. Es geht dabei insbesondere um die Automobil- und die Stahlindustrie.

Einen anderen Schwerpunkt bilden die Rentenversicherungen. Reagans Beraterstab hat Pläne ausgearbeitet, denen zufolge das Rentenalter von 65 auf 68 Jahre erhöht werden soll. Die staatlich garantierte Mindestrente von gegenwärtig 112 $ im Monat soll abgeschafft werden. 12 Mio. Amerikaner, 58% der Rentner, würden damit unter die offizielle Armutsgrenze sinken.

Angriffe auf die nationalen Minderheiten

Reagans Erziehungsminister hat Anfang Februar eine Verordnung aufgehoben, die die zweisprachige Erziehung für solche Schüler vorsieht, deren

Muttersprache nicht Englisch ist. Es ist dies ein nicht zu unterschätzender Angriff auf die wenigen Rechte, die die Bürgerrechtsbewegung und die Kämpfe der nationalen Minderheiten in den vergangenen Jahren hatten durchsetzen können, Bestandteil einer umfassenderen Welle der Reaktion auf die nationalen Minderheiten. Vor kurzem hat ein oberstes Gericht die Kündigung eines Kaufhauskapitalisten gegen einen Angestellten bestätigt, der sich, entgegen dessen Verbot, mit einem Arbeitskollegen in Spanisch, seiner Muttersprache, unterhalten hatte. Zunehmend werden in den Südstaaten rechte bis offen faschistische Organisationen einschließlich des Klu Klux Klan aktiv, die zur physischen Bedrohung der schwarzen Afrikaner übergehen – bei stillschweigender Billigung durch den bürgerlichen Staatsapparat. Verbunden ist dies mit Gesetzesplänen, die die Befugnisse des Staatsapparates, insbesondere von FBI und CIA, gegenüber „subversiven Gruppen" ausdehnen, wobei unter „subversiv" alles verstanden wird, was im weitesten Sinne links ist.

Gegen die Reaktion der Reagan-Regierung entwickeln sich Massenkämpfe, die zunächst vor allem von Organisationen der nationalen Minderheiten, zum Teil in Anknüpfung an die Bürgerrechtsbewegung, initiiert werden. Im Januar fand in Washington eine Demonstration anläßlich des Geburtstages von Martin Luther King statt, an der sich über 100000 beteiligten. Gleichzeitig bereitet die Arbeiterbewegung schwierige wirtschaftliche Kämpfe vor. Am 26. März laufen die Tarifverträge von 139000 Bergarbeitern aus, die während des letzten Tarifkampfes vor 3 Jahren 111 Tage lang gestreikt hatten.



Warnstreik bei VDM-Heddernheim (Frankfurt) am 6.3. Mit Unterstützung der IG Metall wird eine Kundgebung durchgeführt, 1200 beteiligen sich. (s. S. 10)

In Nürnberg und Freiburg: Laßt die Verhafteten frei!

„Kein feiges Zurückweichen vor den Feinden des Rechtsstaates", fordert Strauß im Bayernkurier mit Blick auf die Hausbesetzer. Polizei und Gerichte in Nürnberg folgen dem Ruf: 141 Haftbefehle gegen Jugendliche für 7 während einer Demonstration leicht beschädigte Banken und Geschäftshäuser – Haftbefehle wegen „Fluchtgefahr" im Hinblick auf die zu erwartende Höhe der Haftstrafen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth bekräftigt am Mittwoch: Jede Hausbesetzung ist „kompromißlos" zu unterdrücken, dem „schleichenden Autoritätsverlust des Staates", hervorgerufen durch die Duldung Westberliner Hausbesetzungen, ist entgegenzutreten.



Warnstreik bei VDM-Heddernheim (Frankfurt) am 6.3. Mit Unterstützung der IG Metall wird eine Kundgebung durchgeführt, 1200 beteiligen sich. (s. S. 10)

In Nürnberg und Freiburg: Laßt die Verhafteten frei!

„Kein feiges Zurückweichen vor den Feinden des Rechtsstaates", fordert Strauß im Bayernkurier mit Blick auf die Hausbesetzer. Polizei und Gerichte in Nürnberg folgen dem Ruf: 141 Haftbefehle gegen Jugendliche für 7 während einer Demonstration leicht beschädigte Banken und Geschäftshäuser – Haftbefehle wegen „Fluchtgefahr" im Hinblick auf die zu erwartende Höhe der Haftstrafen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth bekräftigt am Mittwoch: Jede Hausbesetzung ist „kompromißlos" zu unterdrücken, dem „schleichenden Autoritätsverlust des Staates", hervorgerufen durch die Duldung Westberliner Hausbesetzungen, ist entgegenzutreten.

mem.Freiburg. Mehrere Hundertschaften räumten in Freiburg ein am Vortag besetztes Haus, das von einer Wohnungsbaugesellschaft systematisch demoliert worden war, um von der Stadt eine Abrißgenehmigung zu erhalten. Kein Einzelfall in diesem Innenstadtrandviertel, insbesondere seitdem die Stadt einen Teil des Gebietes zum Sanierungsgebiet und den Rest, wie ein angrenzendes Stadtviertel, zum „Schlachtfeld für private Investoren" erklärt hatte.

Nachdem die Stadtverwaltung in den Jahren 1974 und 1975 das Viertel Freiau gewaltsam hatte räumen lassen, hatte sie offiziell erklärt, künftig der „privaten Einzelsanierung" den Vorzug vor „Kahlschlagsanierung" zu geben. Zwischen 1977 und 1979 wurden so 746 Altbauwohnungen abgerissen. Neubebauung fand – wenn überhaupt – zu 50% in 1 – 2-Zimmer-Appartements mit Mieten ab 11 DM aufwärts je qm statt. Ende 1980 sind allein 1200 Familien als *dringlich* für Sozialwohnungen vorgemerkt. Hinzu kommt eine große Zahl von Studenten und Berufsschüler, für die die Mieten in Freiburg zunehmend unerschwinglicher werden.

Als im Sommer 1980 die Stadt den besetzten Gebäudekomplex Dreisameck räumen läßt und eine Woche mit Polizei besetzt hält, gehen in mehreren Demonstrationen teils über 10000 auf die Straße. Der Schwarzwaldhof wird besetzt. Die Stadt taktiert vorsichtig: eine Legalisierung der Besetzung wird abgelehnt – der Boden sei zu „golden" –, gleichzeitig wird in Verhandlungen zugesichert, daß eine Räumung vor einer endgültigen Klärung der Besitzverhältnisse nicht aktuell sei.

Als die Stadt Mittwochnacht einige zerschlagene Scheiben zum Vorwand nimmt, um den Schwarzwaldhof zwecks Durchsuchung mit mehreren Hundertschaften zu umstellen, schaltet sich Späth direkt ein. Um 4 Uhr übernimmt der eingeflogene Staatssekretär Ruder das Kommando über die Polizeitruppen. Während OB Keidel (SPD) am Donnerstag morgen erklärt, Ziel der Aktion „bleibe" die Durchsuchung des Schwarzwaldhof, beordert end OB Keidel (SPD) am Donnerstag morgen erklärt, Ziel der Aktion „bleibe" die Durchsuchung des Schwarzwaldhofs, beordert die Landesregierung mehrere Tausend Polizisten nach Freiburg. Um 10 Uhr wird der Schwarzwaldhof besetzt und durchkämmt: 71 werden festgenommen, gegen vier Haftbefehl wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung erlassen. Am Nachmittag bildet sich ein Demonstrationszug, der auf 3 – 4000 anwächst. Gefordert wird *die Freilassung aller Inhaftierten, der Abzug der Polizeitruppen und die Rückgabe des Schwarzwaldhofs.* Während die Polizei nach Abschluß der Kundgebung Hetzjagden in der Innenstadt veranstaltet, beschließt die Landesregierung, eine Wiederbesetzung des Schwarzwaldhofs auf jeden Fall zu verhindern. Erneut demonstrieren über 2000, und in anderen Städten finden Solidaritätsaktionen statt. Nachts werden alle Video-Aufzeichnungen der Medienwerkstatt beschlagnahmt.

Am Freitag verurteilen SPD und CDU die „Ausschreitungen". Die SPD bedauert die Eskalation und will eine politische Lösung. Die CDU begrüßt das „Ende der Exzesse". Auf Aufruf des AStA und aller linken Organisationen demonstrieren am Nachmittag erneut 6 – 8000 und bekräftigen ihre Forderungen. Nachts besetzt Späths Soldateska die gesamte Innenstadt und regelt das Sanierungsgebiet im Grün ab. Ein Haus wird geräumt, ein Buchladen und eine Druckerei durchsucht.

Streikbewegung bei Metall nimmt zu

geh. Die Streikbewegung in der Metallindustrie hat sich in der letzten Woche bedeutend entwickelt. Jeden Tag kam es bis zu mehrstündigen Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen, bis am Donnerstag 110000 Beschäftigte in mehr als 260 Betrieben und am Freitag mehr als 200000 in mehr als 100 Betrieben streikten, darunter fast vollständig die VW-Belegschaft (s. S. 10).

Zuvor hatten die Metallkapitalisten die Verhandlungen mit ihren provokatorischen 2,5- und 3%-Angeboten platzen lassen. Kirchner von Gesamtmetall hatte gedroht, die Streiks gerichtlich verbieten zu lassen. Mundorf, Lautsprecher der Metallkapitalisten im „Handelsblatt", fand die Streiks „unsozial", weil die Arbeiter den Lohnausfall selbst zu tragen hätten.

Der Monatsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums fand letzte Woche die Geschäftserwartungen „tendenziell nicht weiter getrübt". Trüb genug schaut's nach der Einschätzung verschiedener anderer Wirtschaftsinstitute für die Kapitalistenklasse aus. Sinkendes Sozialprodukt um 2% sieht das Kieler Institut voraus und in der Folge einen Produktivitätsfortschritt statt von 2 – 3% nur einen von maximal 1,5%.

Das Hamburger Weltwirtschafts-Archiv fordert, die „Umstrukturierung des privaten Konsums zugunsten Investitionen und Export über den normalen zyklischen Verlauf zu steigern". Der „normale zyklische Druck" der 1,3 Mio. Arbeitslosen ist ihnen zu gering.

Entschieden ist nach diesen Streiks

ben streikten, darunter fast vollständig die VW-Belegschaft (s. S. 10).

Zuvor hatten die Metallkapitalisten die Verhandlungen mit ihren provokatorischen 2,5- und 3%-Angeboten platzen lassen. Kirchner von Gesamtmetall hatte gedroht, die Streiks gerichtlich verbieten zu lassen. Mundorf, Lautsprecher der Metallkapitalisten im „Handelsblatt", fand die Streiks „unsozial", weil die Arbeiter den Lohnausfall selbst zu tragen hätten.

Der Monatsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums fand letzte Woche die Geschäftserwartungen „tendenziell nicht weiter getrübt". Trüb genug schaut's nach der Einschätzung verschiedener anderer Wirtschaftsinstitute für die Kapitalistenklasse aus. Sinkendes Sozialprodukt um 2% sieht das Kieler Institut voraus und in der Folge einen Produktivitätsfortschritt statt von 2 – 3% nur einen von maximal 1,5%.

Das Hamburger Weltwirtschafts-Archiv fordert, die „Umstrukturierung des privaten Konsums zugunsten Investitionen und Export über den normalen zyklischen Verlauf zu steigern". Der „normale zyklische Druck" der 1,3 Mio. Arbeitslosen ist ihnen zu gering.

Entschieden ist nach diesen Streiks

noch nichts. Am Montag wird für Hessen und Nordverbund und am Mittwoch für Nordwürttemberg/Nordbaden verhandelt. Ohne Zweifel werden die Streiks weiter zunehmen. Die „neue Beweglichkeit": kurze Streiks, die die Produktion lahmlegen; Demonstrationen, Kundgebungen und Info-Stände in der Stadt entwickeln die Kampfkraft und das politische Bewußtsein der Bewegung. Sie stärkt die Bewegung gegen Überlegungen, aus diesem oder jenem Grund einen niedrigen Abschluß zu akzeptieren.

Steht jetzt die Metallindustrie im Zentrum, wirkt sie doch darüber hinaus. Im öffentlichen Dienst hat man sich vertagt. In der IG Bau-Steine-Erden gibt es Widerstand gegen den 4%-Abschluß.

Diese Taktik sei unsozial? Wer den Lohnausfall letzendlich zahlt – die IG Metall hat bisher 4 Mio. DM ausgerechnet – entscheidet die Schlußabrechnung.

„Gewissensprüfung"

gkr. Ein Verwaltungsgericht in Bremen hat eine geradezu grotesk anmutende Begründung für die Ablehnung eines Wehrdienstverweigerers gegeben: Der Student hatte auf eine jener berüchtigten Fangfragen geantwortet, auch wenn er unschuldig in einen Unfall mit tödlichem Ausgang verwickelt sei, stelle dies für ihn eine schwere Belastung dar. Warum er aber dann den Führerschein abgeben sollte, sah er nicht. Er sei unglaubwürdig, befand das Gericht und versagte die Anerkennung als Wehrdienstverweigerer. Selbst die bürgerlichen Parteien kritisierten das Urteil. Es sind Heuchler, ist es doch gängige Praxis in solchen Verfahren, wenn auch in Bremen auf die Spitze getrieben.

Mit der Zunahme der Wehrdienstverweigerungen jedenfalls wird dies Anerkennungsverfahren immer schwerer handhabbar. Zwar läßt sich so die Zahl der Anerkennungen etwas steuern, aber die „Gewissenserforschung" ist doch auch so voller Willkür, daß fast jedes Urteil den Widerstand gegen das Verfahren durch Empörung über die Willkür schürt. Ein zweites kommt hinzu: Zuviele bleiben zu lange im Netz des Anerkennungsverfahrens hängen, während es an anerkannten Wehrdienstverweigerern fehlt (vgl. Meldung).

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Weiskirch, innerhalb seiner Fraktion für diese Fragen zuständig, hat nun angedeutet, die CDU werde unter Umständen auf ein Anerkennungsverfahren verzichten, wenn der Zivildienst deutlich verlängert wird, auf 24 Monate oder wenig darunter. Zur Erinnerung: Ende der letzten Legislaturperiode war eine Novelle der Koalitionsfraktionen zum Kriegsdienstverweigerungsgesetz im Bundestag gescheitert. Sie hatte in bestimmten Fällen immer noch ein Anerkennungsverfahren vorgesehen. Einige SPD-Abgeordnete wandten sich dagegen, die CDU verlangte die generelle Beibehaltung der Anhörung. Gerade jene ablehnenden SPD-Politiker hatten damals eine deutliche Verlängerung des Zivildienstes vorgeschlagen, bei Wegfall der „Gewissensprüfung". Eine Einigung auf ungefähr 20 Monate erscheint zumindest nicht ausgeschlossen. Eine Schikane durch eine andere ersetzt, das ist aber keineswegs das notwendige Recht auf jederzeitige Verweigerung.

Landesregierung NRW will kein Schwangerschaftskonfliktzentrum in Essen

hak.Essen. Durch Streichung von knapp 1 Mio. DM aus dem Landeshaushalt NRW hat die SPD-Fraktion des Landtages am 10.2. bei ihren Kürzungsbeschlüssen das geplante Schwangerschaftskonfliktzentrum der AWo (Arbeiterwohlfahrt) in Essen beseitigt. Damit hat die Landesregierung (SPD hat Mehrheit im Landtag) neben ihren Wahlzusagen einen einstimmigen Beschluß des SPD-Bezirksparteitages Niederrhein vom Mai 79 umgestoßen. Ministerpräsident Rau: es dürfe kein Zentrum entstehen, das einen „regelrechten Abtreibungstourismus" nach Essen ziehe. Sozialminister Farthmann hat gar Gerichtsverfahren angedroht gegen den AWo-Vorsitzenden Saatkamp, wenn der weiter behaupte, die Landesregierung habe sich dem Druck der Katholischen Kirche gebeugt. Das ist aber sicher auch der Fall: in Essen hat im Herbst 79 sogar „Ruhrbischof" Hengsbach selbst mit gegen den reformierten § 218 demonstriert, und CDU-Ratsherr Wieneke sah mit dem geplanten AWo-Zentrum gleich ein „Vehikel zur Gesellschaftsveränderung" am Werk.

Das AWo-Zentrum in Essen – in Anlehnung an die bekannte Pro-familia-Stelle in Bremen – sollte eine Einrichtung werden, in der die nach dem § 218 vorgeschriebene Beratung möglichst ohne die gesetzlich festgelegte Demütigung der Frauen und dann vor allem auch die Abtreibungen selbst durchgeführt werden sollten. In einer Broschüre der AWo zur Begründung ihres Konzeptes wird die Praxis mit dem reformierten § 218 scharf kritisiert. Die Vorbereitungen waren schon so weit, daß die Stadt Essen zugesagt hatte, kostenlose Räume in Citynähe bereitzustellen. Jetzt soll daraus eine weitere Beratungstelle werden und die Abtreibungsklinik wegfallen.



Karlsruhe, 7.3. 170 Menschen demonstrierten letzten Samstag anläßlich des 6. Jahrestages des BVG-Urteils für die ersatzlose Streichung des § 218

In Essen sei kein Bedarf für ein Abtreibungszentrum, hat die SPD-Landtagsfraktion bei ihren Kürzungsbeschlüssen entdeckt. Das ist offener Hohn. Auf einer öffentlichen Anhörung des Stadtrates Essen am 4.2.80 zur „Familienplanung" wurde von einem AWo-Vertreter genannt: in den ersten 9 Monaten 1979 wurden in Essen 448 Schwangerschaftsunterbrechungen legal durchgeführt, in Düsseldorf im selben Zeitraum 2102 und in Dortmund 3250. Also kein Problem? Von den 3 Krankenhäusern, die in Essen Abtreibungen nach sozialer Indikation überhaupt durchführen, mußte sich der Vertreter des Klinikum gegen den Vorwurf des Sadismus verteidigen: vom Klinikum ist bekannt, daß ab 4 Wochen Schwangerschaft zur Einleitung der Abtreibung Prostaglandine in die Gebärmutter gespritzt werden, was äußerst schmerzhafte Reaktionen macht. – Wegen zahlreicher Proteste, auch quer durch die SPD, muß die Landtagsfraktion am 10.3. erneut über das AWo-Zentrum Essen beraten.

Lothar Späth und die CDU setzen Zeichen für ihre Lösung der Wohnungsfrage

frb. Wenn diese Zeitung erscheint, findet in Mannheim der 29. Bundesparteitag der CDU statt. Einen der Schwerpunkte der Tagesordnung bildet die Wohnungspolitik. Lothar Späth hat dazu im Auftrag des Bundesvorstandes Thesen ausgearbeitet, die den Delegierten zur Absegnung vorliegen. Späth ist Ministerpräsident von Baden-Württemberg, seine Regierung hat den Polizeiüberfall gegen die besetzten Häuser in Freiburg befohlen. Wohl zur Vorbereitung des Parteitags. Er ließ Polizei marschieren, um dem Recht Geltung zu verschaffen. Recht muß Recht bleiben. Die Wohnung ist eine Ware, wie andere Güter, die der Arbeiter zum Leben braucht, auch. Sie ist im Besitz von Kapitalisten und Grundeigentümern, sie muß ihren Wert realisieren. Der Wert ist alles, der Gebrauchswert zählt nichts. Verlangt der Spekulant die Wohnung leer, so hat die Wohnung leer zu bleiben. Auch wenn du frierst.

„Gesegnet sei das Eigentum", so könnte über Späths Thesen zur Wohnungspolitik stehen. „Zaghaftigkeit wäre da verhängnisvoll", heißt es dort. Was will die CDU?

Die Eigentumsförderung sei „verstärkt fortzuführen". Nur ¼ der jährlich etwa 20 Mrd. DM staatlichen Zuschüsse wird zur Verbilligung der So-

Eigentumswohnungen sind keine Lösung für den Lohnabhängigen, der darin wohnt. Aber Großverdiener erhalten so ihren Bungalow umsonst. Dafür sorgt der 7b. Je höher das Einkommen, umso höher die Steuerersparnis. Doch der CDU ist das zu zaghaft.

Die Wohnungsbaukonzerne sollen einen „massiven steuerlichen Anreiz" erhalten. Die degressive Abschreibung soll dazu von 3,5% auf 5% erhöht werden. Doch nicht genug. Die Vergleichsmiete soll „vereinfacht", die Staffelmiete gesetzlich sanktioniert werden.

Die Sozialmieten sollen „an den Markt herangeführt werden". Dazu seien die Zinssubventionen abzubauen. Fehlbelegung, Unterbelegung und Mietverzerrung würden sich damit von selbst lösen. Schon jetzt zahlen die Wohngeldempfänger ¼ ihres Einkommens für Miete. Nur wenige Rentner kommen ohne Wohngeld aus. Die letzten beiden Jahre mußten die Haushalte mit niedrigem und mittleren Einkommen 10% mehr pro Jahr für die Wohnung aufwenden. Der CDU reicht das nicht und sie fordert: „Wohnungsbau braucht Ökonomie statt Ideologie."

Viele Wohnungen stehen einfach

Hungerstreik für bessere Haftbedingungen

Strafdrohungen und Demonstrationsverbot sollen Solidarisierung verhindern

ebk. Drei Angeklagte verurteilt, weil sie die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF auf einem Transparent gefordert haben, J. Timme in Untersuchungshaft, weil er Flugblätter in der Universität Karlsruhe verteilt hat, mit denen dieselbe Forderung verbreitet worden ist, Verbot einer nationalen Demonstration am 7.3. in Frankfurt, die für bessere Haftbedingungen in den Gefängnissen, insbesondere für die Gefangenen aus der RAF, eintritt: der Staatsapparat hält eisern an seinem Unterdrückungsprogramm in den Gefängnissen fest und versucht, jede Solidarisierung mit dem Hungerstreik von Gefangenen zu verhindern.

Im Gefängnis von Frankfurt-Preungesheim haben bis zu 300 Gefangene im Februar fast drei Wochen lang den Hungerstreik durchgeführt für ihre Forderungen: Sofortige Wiedereinführung der Freistunde auf dem Hof, sofortige Verlängerung der Besuchszeiten auf nachmittags, samstags und an Sonn- und Feiertagen, Beseitigung der Fliegengitter und Sichtblenden, Aufklärung über den in Bau befindlichen

seit Anfang Februar im Hungerstreik. Ihre Forderungen sind Zusammenlegung der Gefangenen, Umschluß, gemeinsamer Hofgang, Behandlung und Beratung durch anstaltsexterne Ärzte des Vertrauens, Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen, Freilassung von Günter Sonnenberg, weil die Heilung seiner Kopfverletzung in der Haft ausgeschlossen ist, und von Verena Becker, deren Tuberkulose im Gefängniskrankenhaus nicht behandelt werden kann.

In Westberlin, wo über 20 Gefangene im Hungerstreik stehen, ist bereits die Zwangsernährung angedroht. Aber die Gefängnisärzte weigern sich, sie gegen den Willen der Gefangenen durchzusetzen. Ein Gefängnisarzt in Westberlin vor dem Kammergericht: die Haftbedingungen im Hochsicherheitstrakt führen zu Gesundheitsschäden. Aber das Kammergericht treibt: Solange der Hungerstreik andauert, werden die Haftbedingungen nicht geändert. Nichts beweist besser als dieser Beschluß, daß das Ziel ist, die Gefan-

Kunststoff – ausgekleidete Beobachtungszelle gebaut, die 2geschossig ist und deren Obergeschoß (dazu dient), in die Zelle hineinzusehen und zu beobachten, außerdem Klimaanlage, Lüftung und Fußbodenheizung einzuschalten. Man kann mit den Gefangenen reden, ohne die Zelle aufschließen zu müssen, sich also von seinem Zustand überzeugen. Diese Einrichtung erfordert aber zusätzliches Personal und ist deshalb unbefriedigend, weil man nicht weiß, was der in der Regel entkleidete Patient dort treibt. Wir haben deshalb vor einigen Monaten eine Fernsehkamera eingebaut, die den ganzen Raum durchschwenken kann und auch bei abgeblendetem Licht noch alles erkennen läßt. Durch ein eingebautes, aber ausschaltbares Mikrophon kann der Patient abgehört werden – sogar die Atmung ..."

Die Forderungen der Gefangenen aus der RAF gegen diese Tortur sind völlig gerecht. Die Forderungen der Gefangenen aus vielen anderen Gefängnissen wie in Frankfurt-Preunges-

die Gebärmutter gespritzt werden, was äußerst schmerzhafte Reaktionen macht. – Wegen zahlreicher Proteste, auch quer durch die SPD, muß die Landtagsfraktion am 10.3. erneut über das AWo-Zentrum Essen beraten.



Karlsruhe, 7.3. 170 Menschen demonstrierten letzten Samstag anläßlich des 6. Jahrestages des BVG-Urteils für die ersatzlose Streichung des § 218

für ihre Lösung der Wohnungsfrage

frb. Wenn diese Zeitung erscheint, findet in Mannheim der 29. Bundesparteitag der CDU statt. Einen der Schwerpunkte der Tagesordnung bildet die Wohnungspolitik. Lothar Späth hat dazu im Auftrag des Bundesvorstandes Thesen ausgearbeitet, die den Delegierten zur Absegnung vorliegen. Späth ist Ministerpräsident von Baden-Württemberg, seine Regierung hat den Polizeiüberfall gegen die besetzten Häuser in Freiburg befohlen. Wohl zur Vorbereitung des Parteitags. Er ließ Polizei marschieren, um dem Recht Geltung zu verschaffen. Recht muß Recht bleiben. Die Wohnung ist eine Ware, wie andere Güter, die der Arbeiter zum Leben braucht, auch. Sie ist im Besitz von Kapitalisten und Grundeigentümern, sie muß ihren Wert realisieren. Der Wert ist alles, der Gebrauchswert zählt nichts. Verlangt der Spekulant die Wohnung leer, so hat die Wohnung leer zu bleiben. Auch wenn du frierst.

„Gesegnet sei das Eigentum", so könnte über Späths Thesen zur Wohnungspolitik stehen. „Zaghaftigkeit wäre da verhängnisvoll", heißt es dort. Was will die CDU?

Die Eigentumsförderung sei „verstärkt fortzuführen". Nur ¼ der jährlich etwa 20 Mrd. DM staatlichen Zuschüsse wird zur Verbilligung der Sozialmietwohnungen eingesetzt, obwohl über 60% der Haushalte in Miete wohnen; und nicht die reichen. Rund ¾ der Zuschüsse gehen schon jetzt in die Eigentumsförderung. Doch der CDU reicht das nicht.

Die steuerliche Erleichtung nach § 7b EStG soll „verbessert" werden. Auch Eigentumswohnungen sind keine Lösung für den Lohnabhängigen, der darin wohnt. Aber Großverdiener erhalten so ihren Bungalow umsonst. Dafür sorgt der 7b. Je höher das Einkommen, umso höher die Steuerersparnis. Doch der CDU ist das zu zaghaft.

Die Wohnungsbaukonzerne sollen einen „massiven steuerlichen Anreiz" erhalten. Die degressive Abschreibung soll dazu von 3,5% auf 5% erhöht werden. Doch nicht genug. Die Vergleichsmiete soll „vereinfacht", die Staffelmiete gesetzlich sanktioniert werden.

Die Sozialmieten sollen „an den Markt herangeführt werden". Dazu seien die Zinssubventionen abzubauen. Fehlbelegung, Unterbelegung und Mietverzerrung würden sich damit von selbst lösen. Schon jetzt zahlen die Wohngeldempfänger ¼ ihres Einkommens für Miete. Nur wenige Rentner kommen ohne Wohngeld aus. Die letzten beiden Jahre mußten die Haushalte mit niedrigem und mittleren Einkommen 10% mehr pro Jahr für die Wohnung aufwenden. Der CDU reicht das nicht und sie fordert: „Wohnungsbau braucht Ökonomie statt Ideologie."

Viele Wohnungen stehen einfach leer. Zahlreiche Luxuswohnungen sind unterbelegt, Büroräume warten auf Nutzung. Nicht zu wenig Wohnraum gibt es, sondern zu wenig Wohnraum für die besitzlosen Massen. Darauf weisen die Hausbesetzungen hin, und daher genießen sie mehr Unterstützung als Späth und der CDU lieb ist.

Hungerstreik für bessere Haftbedingungen

Strafdrohungen und Demonstrationsverbot sollen Solidarisierung verhindern

ebk. Drei Angeklagte verurteilt, weil sie die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF auf einem Transparent gefordert haben, J. Timme in Untersuchungshaft, weil er Flugblätter in der Universität Karlsruhe verteilt hat, mit denen dieselbe Forderung verbreitet worden ist, Verbot einer nationalen Demonstration am 7.3. in Frankfurt, die für bessere Haftbedingungen in den Gefängnissen, insbesondere für die Gefangenen aus der RAF, eintritt: der Staatsapparat hält eisern an seinem Unterdrückungsprogramm in den Gefängnissen fest und versucht, jede Solidarisierung mit dem Hungerstreik von Gefangenen zu verhindern.

Im Gefängnis von Frankfurt-Preungesheim haben bis zu 300 Gefangene im Februar fast drei Wochen lang den Hungerstreik durchgeführt für ihre Forderungen: Sofortige Wiedereinführung der Freistunde auf dem Hof, sofortige Verlängerung der Besuchszeiten auf nachmittags, samstags und an Sonn- und Feiertagen, Beseitigung der Fliegengitter und Sichtblenden, Aufklärung über den in Bau befindlichen Sicherheitstrakt. Der hessische Justizminister muß die Forderungen durchweg als berechtigt erklären, erfüllt sie aber nicht. Die Gefangenen in Frankfurt-Preungesheim haben ihren Hungerstreik abgebrochen.

Die Gefangenen aus der RAF, der Bewegung 2. Juni und die Besetzer des Amerika-Hauses in Westberlin stehen seit Anfang Februar im Hungerstreik. Ihre Forderungen sind Zusammenlegung der Gefangenen, Umschluß, gemeinsamer Hofgang, Behandlung und Beratung durch anstaltsexterne Ärzte des Vertrauens, Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen, Freilassung von Günter Sonnenberg, weil die Heilung seiner Kopfverletzung in der Haft ausgeschlossen ist, und von Verena Becker, deren Tuberkulose im Gefängniskrankenhaus nicht behandelt werden kann.

In Westberlin, wo über 20 Gefangene im Hungerstreik stehen, ist bereits die Zwangsernährung angedroht. Aber die Gefängnisärzte weigern sich, sie gegen den Willen der Gefangenen durchzusetzen. Ein Gefängnisarzt in Westberlin vor dem Kammergericht: die Haftbedingungen im Hochsicherheitstrakt führen zu Gesundheitsschäden. Aber das Kammergericht treibt: Solange der Hungerstreik andauert, werden die Haftbedingungen nicht geändert. Nichts beweist besser als dieser Beschluß, daß das Ziel ist, die Gefangenen durch Isolierung und Einkerkerung in Hochsicherheitstrakten politisch fertig zu machen, auch auf Kosten von Leib und Leben. Die Methode beschreibt der Gefängnispsychiater des Gefängnisses von Köln-Ossendorf: „Immer kommt man aber mit Exploration und Medikamenten nicht aus ... Köln hat eine mit Tartan – einem Kunststoff – ausgekleidete Beobachtungszelle gebaut, die 2geschossig ist und deren Obergeschoß (dazu dient), in die Zelle hineinzusehen und zu beobachten, außerdem Klimaanlage, Lüftung und Fußbodenheizung einzuschalten. Man kann mit den Gefangenen reden, ohne die Zelle aufschließen zu müssen, sich also von seinem Zustand überzeugen. Diese Einrichtung erfordert aber zusätzliches Personal und ist deshalb unbefriedigend, weil man nicht weiß, was der in der Regel entkleidete Patient dort treibt. Wir haben deshalb vor einigen Monaten eine Fernsehkamera eingebaut, die den ganzen Raum durchschwenken kann und auch bei abgeblendetem Licht noch alles erkennen läßt. Durch ein eingebautes, aber ausschaltbares Mikrophon kann der Patient abgehört werden – sogar die Atmung ..."

Die Forderungen der Gefangenen aus der RAF gegen diese Tortur sind völlig gerecht. Die Forderungen der Gefangenen aus vielen anderen Gefängnissen wie in Frankfurt-Preungesheim sind ebenso gerecht. Es kommt darauf an, alle diese gerechten Forderungen zu verbinden, weil sie nur so durchgesetzt werden können. Die – verbotene – nationale Demonstration für bessere Haftbedingungen am 7.3. in Frankfurt hat diese Verbindung noch nicht hergestellt. Das hat dem Staatsapparat das Verbot erleichtert.

Initiative für kommunales Wahlrecht für Ausländer

ult.Frankfurt. Die Initiative zur Einführung des kommunalen Wahlrechts in Hessen (ein Zusammenschluß verschiedener ausländischer Organisationen und Parteien) nutzt die Zeit vor den hessischen Kommunalwahlen zu verstärkter Propagierung ihrer Forderungen. Auf einer Pressekonferenz am 5.3. erklärte ein Sprecher der Initiative: „Die ausländischen Arbeitnehmer befinden sich auf ausdrücklichen Wunsch der staatlichen und wirtschaftlichen Organe der Bundesrepublik in diesem Land. Den ausländischen Arbeitnehmern sind die gleichen Steuer- und Sozialversicherungspflichten auferlegt wie den Deutschen ...". Gegen die Argumentation, der Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer stünden im wesentlichen juristische Schwierigkeiten im Wege, sagte er: „Zu betonen ist ..., daß die Frage eine politische Frage ist. Sie muß auf politischer Ebene entschieden werden. Danach müssen die Juristen entsprechende Regelungen ausarbeiten ...". Die Initiative führt in ganz Hessen eine Unterschriftensammlung durch und am 12.3. eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Parteien.

Baum: Verzicht auf Anforderung von Betriebsräte-Listen

acm. In einem Brief teilt Innenminister Baum dem Vorsitzenden der IGM, Loderer, mit, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz in Zukunft von den Betrieben keine Namenslisten von Betriebsräten mehr anfordern werde. Grundlage war ein Länderinnenministergespräch Baums am 23.1., wo er die bevorstehende Änderung der Überwachungspraxis für den Bereich des *Bundes* ankündigte. Beim alten Verfahren wurden die Fragebögen an die Landesämter verschickt und diese setzten sich mit den Betrieben in Verbindung. Es liegt in Zukunft in den Händen eines jeden *Landes*, ob es die Überprüfung vornimmt. Nach Ansicht Baums war die alte Art der Erhebung schlecht, da nur auszugsweise Daten zusammenkamen. Jetzt sollen die Organisationen und ihre Mitglieder selber „Gegenstand der Observation" sein. „Sofern sich dabei Anhaltspunkte für extremistische Aktivitäten dieses Mitgliedes ... ergeben, kann allerdings die gleichzeitige Mitgliedschaft in einem Betriebsrat nicht das Erlöschen des gesetzlichen Beobachtungsauftrages des Verfassungsschutzes bedeuten", heißt es in dem Schreiben.

Einsatzmöglichkeiten für Zivildienstpflichtige nicht ausgenutzt

gkr. Hans Iven, Bundesbeauftragter für die Zivildienstpflichtigen, hatte vor zwei Wochen folgende Zahlen genannt: 47000 Plätze für Zivildienstpflichtige gibt es zur Zeit, ihre Anzahl könnte rasch auf 60000 ausgedehnt werden. Davon sind aber nur 33000 besetzt, obwohl alle anerkannten Zivildienstpflichtigen sofort herangezogen werden. Gleichzeitig laufen gegenwärtig aber noch etwa 70000 Anerkennungsverfahren, mehr als in einem Jahr an neuen Anträgen gestellt werden. Im vergangenen Jahr waren es 54000 neue Anträge, deutlich höher als im Jahr zuvor. Iven hatte auch neue Maßnahmen angekündigt, die den Zivildienst „erschweren" sollen. So können gegenwärtig noch 60% der Zivildienstpflichtigen zu Hause wohnen, weil sie eine Stelle in der Nähe ihres Heimatwohnortes bekommen. Dieser Anteil soll auf 50% in nächster Zukunft gedrückt werden, die Kasernierung voranschreiten. Niedersachsen hat angekündigt, es werde Zivildienstpflichtige in Zukunft in Forsten und Mooren einsetzen, zunächst sollen es 3 Gruppen zu je 10 bis 12 Mann sein.

Bundeswehr bei Brokdorf in Alarmbereitschaft

kas.Hamburg. In den schleswig-holsteiner und hamburger Kasernen war während der Brokdorf-Demonstration am 28.2. erhöhte Bereitschaft befohlen, weil angeblich mit Überfällen zurückkehrender Demonstranten gerechnet wurde. Konkret wurde u.a. in der Boehn-Kaserne, in Hamburg-Rahlstedt über 100 km von Brokdorf entfernt mitten in Hamburg gelegen, am Freitag vor der Demonstration um 15 Uhr Bereitschaftsstufe 2 befohlen. D.h. der Kasernenbereitschaftszug wurde verdoppelt und die Wachen verstärkt. In der pinneberger Kaserne war schon am Montag zuvor die Bereitschaft eingeteilt worden. Von den ca. 1200 Soldaten mußten ca. 300 am Freitag in der Kaserne bleiben. Ab Sonnabend 7:30 Uhr war ebenfalls erhöhte Bereitschaft befohlen, jedoch keine Marschbereitschaft. Es war also vorerst nicht geplant, auszurücken, jedoch sollten bis zu 1000 Grenzschutz-Soldaten einquartiert werden, die dann doch nicht kamen. Die Soldaten mußten üben, wie man mit Gewehren Demonstranten wegdrängt. Dabei war geplant, im Ernstfall die Demonstranten mit geladenen Gewehren zu bedrohen und wegzustoßen. Die Leitung hatte der Kasernenkommandant. Die entsprechenden Befehle kamen direkt vom Territorialkommando Schleswig-Holstein in Kiel. Die Wache wurde von 8 auf 17 Mann mehr als verdoppelt. Die Leitung verfolgte die ganze Zeit die Entwicklung der Demonstration um Brokdorf, und als Demonstranten an einer Polizeisperre ca. 7 km von der Kaserne entfernt zurückgeschickt wurden, machten die Offiziere Panik: *Jetzt kommen Sie!* Eine Hilfe in ihrer Taktik fand die Bundeswehrführung in einem offensichtlich inszenierten Überfall auf ein Munitionsdepot am Freitag Abend. Die Bereitschaft wurde erst am Samstag um 21:30 Uhr, lange nach Ende der Demonstration in Brokdorf, wieder aufgehoben.

,,Gemeinsam leben, lieben, arbeiten, kämpfen!"

Gespräch mit Instandbesetzern in Göttingen

jam./rak.Göttingen. ,,Unordnung und frühes Leid" ist der ironische Titel einer Erzählung von Th. Mann, in der er die neurotischen Kinder der feinen Münchner Gesellschaft aufs Korn nimmt. Diese bereiten ihren ehrenwerten Eltern – Professoren, Bierbrauern etc. – schwere Sorgen, um aber schließlich doch erkennen zu lassen, daß sie zu mehr oder weniger ebenso ehrenwerten Professoren, Bierbrauern etc. werden. Zumindest ersteres war offensichtlich die Linie, die die Sternredaktion für ihren Bericht über die Göttinger Häuserkampfbewegung – ,,In einem besetzten Haus" – ausgegeben hatte und zu deren dokumentarischer Hinterlegung dann noch die Fahrtkosten von Hamburg nach Göttingen aufgewandt werden mußten.

Von Anfang an war der Journalist peinlich bemüht, seine Taktik zu verbergen. Empört berichtet er darüber, daß er nach seinem Konzept gefragt worden sei (dessen Absprache vor Befragung guter journalistischer Brauch ist). Er beklagt sich daraufhin darüber, daß er nicht willkommen sei, schmollend begibt er sich auf die Suche nach einer Spezialität des Blattes – Schlüpfrigkeiten nahe der Grenze ... Klägliche Ausbeute – ein ,,Liebeszimmer" wird ausfindig gemacht. Enttäuscht kommt er nach einer kurzen Hintergrundinformation über Instandbesetzer und Kaputtbesitzer zum Kern: ,,Marias Geschichte ... Papi hat die Knete, Mami ist für die Repräsentation ... Ottos Geschichte: Ich bin freier Schriftsteller und Lyriker ... Karins Geschichte: ... Meine Eltern sind beide Lehrer in Göttingen. Vor einem Jahr bin ich da abgehauen. Meine Eltern bemühen sich, mich zu verstehen ..."

Hochinteressant an seinen Geschichten ist vor allem eine ganz neuartige Zeichensetzung: Die Anführungszeichen werden über weite Strecken nur unten gesetzt, so daß man nie weiß, wo ein Zitat beginnt oder ein anderes endet, bzw. ob es sich überhaupt um Zitate handelt oder um journalistische Geistesblitze. ,,Großes Nichtverstehen", das er vorher bei Karin diagnostiziert, befällt ihn, als sich die Besetzer umarmen, weil das Verwaltungsgericht einen Aufschub der polizeilichen Räumung beschlossen hat (da wendet sich der Gast mit Grausen). Froh, sein ,,Gespräch mit jungen Leuten, die die

bergen. Empört berichtet er darüber, daß er nach seinem Konzept gefragt worden sei (dessen Absprache vor Befragung guter journalistischer Brauch ist). Er beklagt sich daraufhin darüber, daß er nicht willkommen sei, schmollend begibt er sich auf die Suche nach einer Spezialität des Blattes – Schlüpfrigkeiten nahe der Grenze ... Klägliche Ausbeute – ein ,,Liebeszimmer" wird ausfindig gemacht. Enttäuscht kommt er nach einer kurzen Hintergrundinformation über Instandbesetzer und Kaputtbesitzer zum Kern: ,,Marias Geschichte ... Papi hat die Knete, Mami ist für die Repräsentation ... Ottos Geschichte: Ich bin freier Schriftsteller und Lyriker ... Karins Geschichte: ... Meine Eltern sind beide Lehrer in Göttingen. Vor einem Jahr bin ich da abgehauen. Meine Eltern bemühen sich, mich zu verstehen ..."

Hochinteressant an seinen Geschichten ist vor allem eine ganz neuartige Zeichensetzung: Die Anführungszeichen werden über weite Strecken nur unten gesetzt, so daß man nie weiß, wo ein Zitat beginnt oder ein anderes endet, bzw. ob es sich überhaupt um Zitate handelt oder um journalistische Geistesblitze. ,,Großes Nichtverstehen", das er vorher bei Karin diagnostiziert, befällt ihn, als sich die Besetzer umarmen, weil das Verwaltungsgericht einen Aufschub der polizeilichen Räumung beschlossen hat (da wendet sich der Gast mit Grausen). Froh, sein ,,Gespräch mit jungen Leuten, die die

Welt verändern wollen und sich dabei immer weiter von der Welt entfernen, weil sie nur noch sich selbst sehen" (Untertitel) im Kasten zu haben, tritt er von der Szene ab.

Ursprünglich hatten wir beabsichtigt, unseren Bericht über die Bewegung in Göttingen als Entgegnung und Richtigstellung zum Stern-Bericht zu schreiben. Mit Hilfe einer Gegenbefragung sollten die Entstellungen korrigiert werden. Dabei wurde uns aber bewußt, daß wir allein schon durch diese Form die Position des distanzierten Betrachters – nicht weit entfernt vom Sensationsjournalisten – einnehmen würden, der sich gar nicht mit den Positionen auseinandersetzen will, sondern überall hinter den Kulissen schnüffelt, sei es psychoanalytisch in Familie und Vergangenheit gräbt oder noch in der letzten Toilette Spuren sichert. Stattdessen wollen wir versuchen, eine Diskussion wiederzugeben, in der über Beweggründe, Probleme und Ziele gesprochen wurde:

Strategie und Taktik

Eine Unterordnung der praktischen politischen Tätigkeit unter längerfristige Ziele, wie sie z.B. im KBW-Programm zu finden ist – dort werden z.B. nur solche Tageskämpfe als unterstützenswert bezeichnet, die den Kampf für die Revolution erleichtern – wird von den Besetzern nicht akzeptiert. Stattdessen hat der abgebildete Spruch – Daß der Tod uns lebendig findet und das Leben uns nicht tot – große Bedeutung bekommen: Indem wir zusammen arbeiten, lieben, wenn notwendig, kämpfen, leben wir nicht für ein ungewisses Später, sondern nehmen uns jetzt und heute, was wir brauchen. Tatsache ist, daß dieses Programm – ganz im Gegensatz zur Stern-Theorie der feinen Kinder – so viele Lehrlinge, Schüler, jugendliche Arbeitslose, also Nicht-Intellektuelle, angezogen hat wie kaum eine Bewegung der letzten Jahre zuvor.

An dieser Stelle haben wir eine längere Auseinandersetzung um den Kampf. Ist der Kampf gegen die herrschende Unterdrückung der eigentliche Zweck des gemeinsamen Lebens, dem sich alles unterzuordnen hat oder ist der Kampf an sich sogar Selbstzweck? Über diese Fragen ist in letzter Zeit im Alten Klinikum ziemlich ausführlich diskutiert worden. Wir sind uns trotz unterschiedlicher Einschätzung verschiedener einzelner Aktionen darüber einig, daß Militanz nicht zum Selbstzweck werden darf, sondern nur Mittel zum Zweck gegen bestimmte Unter-

Strategie und Taktik

Eine Unterordnung der praktischen politischen Tätigkeit unter längerfristige Ziele, wie sie z.B. im KBW-Programm zu finden ist – dort werden z.B. nur solche Tageskämpfe als unterstützenswert bezeichnet, die den Kampf für die Revolution erleichtern – wird von den Besetzern nicht akzeptiert. Stattdessen hat der abgebildete Spruch – Daß der Tod uns lebendig findet und das Leben uns nicht tot – große Bedeutung bekommen: Indem wir zusammen arbeiten, lieben, wenn notwendig, kämpfen, leben wir nicht für ein ungewisses Später, sondern nehmen uns jetzt und heute, was wir brauchen. Tatsache ist, daß dieses Programm – ganz im Gegensatz zur Stern-Theorie der feinen Kinder – so viele Lehrlinge, Schüler, jugendliche Arbeitslose, also Nicht-Intellektuelle, angezogen hat wie kaum eine Bewegung der letzten Jahre zuvor.

An dieser Stelle haben wir eine längere Auseinandersetzung um den Kampf. Ist der Kampf gegen die herrschende Unterdrückung der eigentliche Zweck des gemeinsamen Lebens, dem sich alles unterzuordnen hat oder ist der Kampf an sich sogar Selbstzweck? Über diese Fragen ist in letzter Zeit im Alten Klinikum ziemlich ausführlich diskutiert worden. Wir sind uns trotz unterschiedlicher Einschätzung verschiedener einzelner Aktionen darüber einig, daß Militanz nicht zum Selbstzweck werden darf, sondern nur Mittel zum Zweck gegen bestimmte Unter-

drückungsmaßnahmen, gegen die militantes Vorgehen erfolgversprechend ist. Darüberhinaus ist das gemeinsame Leben Hauptziel, während der Kampf dann in den Vordergrund tritt, wenn die Herrschenden Angriffe auf die Lebensgrundlagen führen. ,,Wenn man so leben will, wie man möchte, muß man kämpfen". Natürlich kann man auch besser kämpfen, wenn man miteinander verbunden ist, was aber nicht heißt, daß die Lebensbedürfnisse einzig dem Kampf untergeordnet werden.

Ein wesentliches Problem besteht zur Zeit darin, daß die Angriffe der Stadt und der Universität die Besetzer ständig in Atem gehalten haben und die geplante Schaffung neuer Initiativen, Kinderläden, Werkstätten und eines ,,linksradikalen Kommunikationszentrums" ins Stocken gekommen ist. Zur Zeit wird aber ein alternativ betriebenes Café, eine Arbeitslosenselbsthilfegruppe für Reparaturen etc. und eine Lederwerkstatt aufgebaut, außerdem werden Sprachkurse in Französisch und Italienisch durchgeführt.

Alternative Projekte

Wir streiten uns über das politische Hauptbetätigungsfeld. Einer meint, daß er keine Lust habe, sich irgendwo ausbeuten zu lassen, um die Kollegen zu agitieren und daß es ihm viel mehr bringt, gemeinsam mit Freunden eine alternative Werkstatt aufzubauen. Wir entgegnen, daß Genossenschaften, wenn sie Selbstzweck sind, die Tendenz haben, kapitalistisch zu werden, wie man z.B. an Coop, Neuer Heimat oder Raiffeisen sieht, daß man allerdings darüber diskutieren kann, wenn sie Mittel zum Zweck sind, um z.B. Zeit für den Klassenkampf zu gewinnen. Dieser Einwand geht an den Besetzern vollkommen vorbei. Ihr Ziel ist gemeinsam lieben, arbeiten, leben und nicht z.B. ausschließlich ökonomisch. Insofern sind die alternativen Projekte

heißt, daß die Lebensbedürfnisse einzig dem Kampf untergeordnet werden.

Ein wesentliches Problem besteht zur Zeit darin, daß die Angriffe der Stadt und der Universität die Besetzer ständig in Atem gehalten haben und die geplante Schaffung neuer Initiativen, Kinderläden, Werkstätten und eines ,,linksradikalen Kommunikationszentrums" ins Stocken gekommen ist. Zur Zeit wird aber ein alternativ betriebenes Café, eine Arbeitslosenselbsthilfegruppe für Reparaturen etc. und eine Lederwerkstatt aufgebaut, außerdem werden Sprachkurse in Französisch und Italienisch durchgeführt.

Alternative Projekte

Wir streiten uns über das politische Hauptbetätigungsfeld. Einer meint, daß er keine Lust habe, sich irgendwo ausbeuten zu lassen, um die Kollegen zu agitieren und daß es ihm viel mehr bringt, gemeinsam mit Freunden eine alternative Werkstatt aufzubauen. Wir entgegnen, daß Genossenschaften, wenn sie Selbstzweck sind, die Tendenz haben, kapitalistisch zu werden, wie man z.B. an Coop, Neuer Heimat oder Raiffeisen sieht, daß man allerdings darüber diskutieren kann, wenn sie Mittel zum Zweck sind, um z.B. Zeit für den Klassenkampf zu gewinnen. Dieser Einwand geht an den Besetzern vollkommen vorbei. Ihr Ziel ist gemeinsam lieben, arbeiten, leben und nicht z.B. ausschließlich ökonomisch. Insofern sind die alternativen Projekte

Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck wie z.B. die Vermehrung von Kapital bei der Neuen Heimat.

Spaltet aber ein solches Konzept nicht von denen, die nicht aussteigen können oder wollen und das ist doch die Mehrheit?

Da gäbe es andere, die den Zusammenhang herstellen, z.B. den KBW. Im übrigen werde die Szene von Jahr zu Jahr größer, außerdem glaube man nicht, daß hier in den nächsten Jahren etwas ganz großes passieren wird. Das Zusammenhalten der Bewegungen und das Herüberretten über ruhigere Zeiten wird von anderen besorgt, wird uns entgegnet.

,,Grau, teurer Freund, ist alle Theorie und grün des Lebens goldner Baum"

Ziemlich massiv geraten wir uns in die Haare, als wir fragen, warum so wenig theoretisch aufgearbeitet wird. Wir berichten vom Film über das Georg von Rauch-Haus, 1972, in dem gezeigt wird, wie Lehrlinge, Schüler, Studenten von sich aus anfangen, das Kommunistische Manifest zu lesen, um zu lernen, wie man erfolgreich gegen die Herrschenden kämpft.

Von Theoriedebatten habe man die Schnauze voll: Es ist momentan schon Arbeit genug, die Erfahrungen gemeinsam aufzuarbeiten. Was läuft, geht von persönlichen Bedürfnissen und Interessen aus. Als wir darauf kommen, daß es eigentlich schade ist, daß im neu besetzten Mitteltrakt der inneren Klinik ein schöner Hörsaal für Veranstaltungen wenig genutzt wird, wird der Vorwurf an uns zurückgegeben. Ihr habt bisher dort auch noch nichts gemacht.

Die eigenen Spuren

Em Ende ist klar, daß wir nur alles anreißen und nichts ausdiskutieren können. Zwei Dinge fallen uns vor allem auf:

Einmal die Angst, daß man im politischen Kampf verheizt wird und die persönlichen Bedürfnisse mit der Vertröstung auf bessere Zeiten geopfert werden. Stattdessen will man eine Politik machen, die unmittelbar mit den alltäglichen Bedürfnissen und Problemen verbunden ist. Zum anderen besteht großes Mißtrauen gegenüber eitlen Mackern und Organisationen, die behaupten, sie wüßten den Weg, um einen vor ihren Karren zu spannen.

Wir haben den Eindruck, daß die Ablehnung theoretischer Auseinandersetzungen zumindest zum Teil den selben Grund hat. Unter Theorie stellt man sich häufig vor, daß sich aufgeblasene Besserwisser produzieren, anstatt, daß man offene Fragen gemeinsam wissenschaftlich klärt. Verantwortlich sind für diese Probleme zum großen Teil die Organisationen wie auch der KBW, die stets den Anspruch hochgehalten haben, durch theoretische Analyse Antwort auf die Fragen nach dem Weg geben zu können und den Beweis für ihre diesbezüglichen Fähigkeiten bisher weitgehend schuldig geblieben sind. Schlimmer noch, in denen sich fast alle gerade angeführten schlimmen Erscheinungen über kürzere oder längere Zeit prächtig entfalten konnten. Das wird man weder dadurch verbessern können, daß man sich freut, daß sich wieder etwas bewegt, sondern nur indem man einen Beitrag zur Klärung der vielen, in diesem Artikel nur ganz unvollständig angeschnittenen Fragen leistet. Mit Recht weisen die Besetzer darauf hin, daß für Veranstaltungsraum gesorgt ist.

reißen und nichts ausdiskutieren können. Zwei Dinge fallen uns vor allem auf:

Einmal die Angst, daß man im politischen Kampf verheizt wird und die persönlichen Bedürfnisse mit der Vertröstung auf bessere Zeiten geopfert werden. Stattdessen will man eine Politik machen, die unmittelbar mit den alltäglichen Bedürfnissen und Problemen verbunden ist. Zum anderen besteht großes Mißtrauen gegenüber eitlen Mackern und Organisationen, die behaupten, sie wüßten den Weg, um einen vor ihren Karren zu spannen.

Wir haben den Eindruck, daß die Ablehnung theoretischer Auseinandersetzungen zumindest zum Teil den selben Grund hat. Unter Theorie stellt

auch der KBW, die stets den Anspruch hochgehalten haben, durch theoretische Analyse Antwort auf die Fragen nach dem Weg geben zu können und den Beweis für ihre diesbezüglichen Fähigkeiten bisher weitgehend schuldig geblieben sind. Schlimmer noch, in denen sich fast alle gerade angeführten schlimmen Erscheinungen über kürzere oder längere Zeit prächtig entfalten konnten. Das wird man weder dadurch verbessern können, daß man sich freut, daß sich wieder etwas bewegt, sondern nur indem man einen Beitrag zur Klärung der vielen, in diesem Artikel nur ganz unvollständig angeschnittenen Fragen leistet. Mit Recht weisen die Besetzer darauf hin, daß für Veranstaltungsraum gesorgt ist.



Das Bild zeigt einen großen Teil des leerstehenden alten Klinikums, dessen Freigabe als Wohnraum gefordert wird. Die Universität verweigert bislang die Freigabe, weil dort Institute hineinverlegt werden sollen. Die Gebäude bieten einige Hundert Wohnplätze, stehen aber jahrelang leer, weil die Ausbaufinanzierung ungesichert ist.



Haus Jüdenstraße 35, das einem Geschäfts- und Appartementhaus weichen sollte. Durch Instandbesetzung wurde Denkmalschutz für das Haus erkämpft. Ob dies einen endgültigen Abriß nach der Räumung verhindern wird, ist noch ungewiß: gegenwärtig wird das Fachwerkhaus ,,skellettiert", d.h. an den Balken nachgesehen, ob es nicht doch ,,baufällig" ist, für den Kapitalisten.

Chronik der Häuserkampfbewegung in Göttingen seit Oktober

18.10.80: Nachdem die Semesterferien über Spannung in der Luft gelegen hat, wird anläßlich des 1. Jahrestages der teilweise erfolgreichen Besetzung der ehemaligen Augenklinik ein anderes leerstehendes Klinikgebäude, die ehemalige Zahnklinik, besetzt. Der Polizei, der im Verlauf ein Streifenwagen aufs Dach gestellt wird, gelingt es schon am nächsten Tag, wieder zu räumen, da die Besetzung völlig spontan und ohne auf politische Unterstützung

12.12.80: Besetzung der Jüdenstr. 33 (Bild unten) und der ehemaligen Prager Schule. Nach wochenlanger Öffentlichkeitsarbeit, Aufdeckung von Spekulationsskandalen und logistischer Vorbereitung. Der Altbau und die Schule sollen einem Appartement- und Geschäftshaus weichen. Die Unterstützung für die Instandbesetzung ist groß, so daß der Oberstadtdirektor die schon angekündigte Räumung immer weiter hinauszögert. Im Haus fin-

Chronik der Häuserkampfbewegung in Göttingen seit Oktober

18.10.80: Nachdem die Semesterferien über Spannung in der Luft gelegen hat, wird anläßlich des 1. Jahrestages der teilweise erfolgreichen Besetzung der ehemaligen Augenklinik ein anderes leerstehendes Klinikgebäude, die ehemalige Zahnklinik, besetzt. Der Polizei, der im Verlauf ein Streifenwagen aufs Dach gestellt wird, gelingt es schon am nächsten Tag, wieder zu räumen, da die Besetzung völlig spontan und ohne auf politische Unterstützung

zu achten, durchgeführt wird. Bis auf den KBW und KB distanzieren sich alle linken Organisationen, allen voran die DKP. Der KB vertritt, daß von nun an nur noch Demonstrativbesetzungen möglich seien. Der Rückzug von Jusos und DKP aus der aktiven Bewegung geht Hand in Hand mit ihrer Radikalisierung.

12.11.80: Demonstration mit 1000 Teilnehmern gegen die Wohnungsnot anläßlich eines Besuchs von Bundespräsident Carstens und Ministerpräsident Albrecht. Eins der Transparente: ,,Carstens – eine Flasche mit Tradition". Die mit einigen Hundertschaften aufmarschierte Polizei nimmt einige Farbbeutel zum Anlaß, den Demonstranten nachzustellen. Es kommt zu Handgreiflichkeiten und Festnahmen. Inzwischen sind Anklagen wegen Landfriedensbruchs unterwegs. Wieder Distanzierungen.

20.11.80: Mutmaßliche Parolensprüher werden unter Mißhandlungen festgenommen. 100 Menschen ziehen darauf zur Wache, wo die Polizei Schlagstöcke und chemical mace einsetzt. ,,Krawall der Hausbesetzer" steht am nächsten Tag in der Zeitung.

4.12.80: Die Uni-Vollversammlung fordert Freigabe aller leerstehenden Häuser, Vermietung des alten Klinikums, weg mit dem Bürgerkriegsaufgebot der Polizei, keine Kriminalisierung der Häuserkampfbewegung. Die Jusos, die Hausbesetzungen ablehnen und auf ,,längerfristige Strategien orientieren", bei denen ,,nicht nur" die Kapitalinteressen zählen, schiffen ab. Die übergroße Mehrheit ist für Fortschritte im Häuserkampf.

12.12.80: Besetzung der Jüdenstr. 33 (Bild unten) und der ehemaligen Prager Schule. Nach wochenlanger Öffentlichkeitsarbeit, Aufdeckung von Spekulationsskandalen und logistischer Vorbereitung. Der Altbau und die Schule sollen einem Appartement- und Geschäftshaus weichen. Die Unterstützung für die Instandbesetzung ist groß, so daß der Oberstadtdirektor die schon angekündigte Räumung immer weiter hinauszögert. Im Haus fin-

den kulturelle Veranstaltungen statt und es werden Selbsthilfegruppen gegründet. Eine Schwäche ist, daß bis auf die DAG-Jugend und die GEW-Studentengruppe keine sichtbare Unterstützung aus der Gewerkschaft kommt.

1.1.81: Im Zuge von Sylvesterfeierlichkeiten kommt es auf dem Marktplatz zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der Polizei. Auf drei eingeworfene Scheiben reagiert die Polizei mit willkürlichen Festnahmen, was sich wiederum die Versammelten nicht gefallen lassen wollen. Es gehen noch mehr Scheiben zu Bruch. Die verstärkte Polizei veranstaltet Treibjagden in der Fußgängerzone und mißhandelt Festgenommene auf der Wache schwer. Die kaputten Scheiben werden zum Anlaß genommen, voll gegen die Instandbesetzer zu hetzen. CDU und Lokalpresse fordern die Räumung der ,,Operationsbasis der Chaoten". Alle Kräfte, die nicht gern in die Unterstützung kämpfender Bewegungen hineingezogen werden wollen, ergreifen die Gelegenheit, um sich zu distanzieren – so auch der DGB-Kreisvorstand. Der soziale Inhalt der Instandbesetzung droht von der ,,Gewaltfrage" überdeckt zu werden.

3.2.81: Eine 1000 Mann starke Polizeitruppe vollstreckt eine Räumungsverfügung der Stadtverwaltung unter Federführung des niedersächsischen Innenministers. Die Bewegung reagiert klug und besetzt sofort einen weiteren Teil des Alten Klinikums mit großer Unterstützung und hält ihn bis heute.

Besuch im Demokratischen Kampuchea (III)

Der Kampf um die Brücke von O Sralao / Nationale Einheitsfront gegen die Aggressoren

jon. Welche Chance hat das Demokratische Kampuchea, Vietnam, die angeblich drittstärkste Militärmacht der Erde, die noch dazu von der Sowjetunion unterstützt wird, zu besiegen? Nehmen wir als Beispiel für die militärische Auseinandersetzung die Brücke von O Sralao. Sie liegt an einer Piste, die südlich der Nationalstr. 5 in ostwestlicher Richtung verläuft. Der Besitz der Brücke, nicht viel mehr als ein paar starke Balken über einen tiefen Bachgraben, ist von strategischer Bedeutung, weil davon der Zugang von Panzern und schwerem Gerät zu den Gebieten abhängt, die die Regierung des Demokratischen Kampuchea entlang der thailändischen Grenze kontrolliert, und die wir vom 1. bis 5. Februar besucht haben. Die Vietnamesen haben um diese Brücke und entlang der Piste in östlicher Richtung ein vielleicht 1,5 km breites und rund 7 km langes Befestigungssystem gebaut, ein Ausgangspunkt für ,,Säuberungsaktionen" entlang der Grenze und nach Thailand hinein. Der Stützpunkt besteht aus mehreren hintereinanderliegenden, ringförmigen Grabensystemen, die jeweils Truppen in Stärke von bis zu 1000 Mann aufnehmen können, mit Artillerie, unterirdischen Schutzbunkern, Munitionsvorräten. Eine uneinnehmbare Festung, sollte man meinen, zumindest für eine Armee wie die des Demokratischen Kampuchea, die zur Zeit nur Infanteriewaffen einsetzt (chinesische Schnellfeuergewehre AK 47, Bazookas, und amerikanische Gewehrgranaten) und deren schwerste Waffen, neben leichter Flak, Mörser sind, die von zwei Mann getragen werden.

Guerillakrieg

Die Belagerung begann im Oktober 1979 und zog sich über das ganze Jahr 1980 hin. Die Brücke wurde dreimal zerstört und dreimal wieder aufgebaut. An der nahen thailändischen Grenze sammelten sich professionelle Schlachtenbummler, um die Schlacht von Phnom Melay, das ist der Name eines benachbarten Berges, zu beobachten. Am 31.12.80 begann der letzte Sturmangriff der kampucheanischen Truppen, am 5.1. war das ganze Stützpunktsystem von Vietnamesen geräumt, die sich 25 km nach Osten und 6 km nach Süden zurückzogen.

Die vorderste Stellung an der Brücke, die am heftigsten umkämpft wurde, so berichtete der Politische Kommissar der in diesem Abschnitt operierenden Division, sei von einem Bataillon in Stärke von etwa 1000 Mann verteidigt und mit weniger als 400 Mann erobert worden. Die Vietnamesen hätten Verluste von 33 Toten und 47 Verwundeten gehabt, auf kampucheanischer Seite habe es sieben

des Demokratischen Kampuchea, die zur Zeit nur Infanteriewaffen einsetzt (chinesische Schnellfeuergewehre AK 47, Bazookas, und amerikanische Gewehrgranaten) und deren schwerste Waffen, neben leichter Flak, Mörser sind, die von zwei Mann getragen werden.

Guerillakrieg

Die Belagerung begann im Oktober 1979 und zog sich über das ganze Jahr 1980 hin. Die Brücke wurde dreimal zerstört und dreimal wieder aufgebaut. An der nahen thailändischen Grenze sammelten sich professionelle Schlachtenbummler, um die Schlacht von Phnom Melay, das ist der Name eines benachbarten Berges, zu beobachten. Am 31.12.80 begann der letzte Sturmangriff der kampucheanischen Truppen, am 5.1. war das ganze Stützpunktsystem von Vietnamesen geräumt, die sich 25 km nach Osten und 6 km nach Süden zurückzogen.

Die vorderste Stellung an der Brücke, die am heftigsten umkämpft wurde, so berichtete der Politische Kommissar der in diesem Abschnitt operierenden Division, sei von einem Bataillon in Stärke von etwa 1000 Mann verteidigt und mit weniger als 400 Mann erobert worden. Die Vietnamesen hätten Verluste von 33 Toten und 47 Verwundeten gehabt, auf kampucheanischer Seite habe es sieben

Verwundete gegeben.

Selbst wenn in diesen Zahlen Irrtümer stecken, weil die vietnamesischen Verluste geschätzt sind, geben sie doch einen Eindruck von den Zahlenverhältnissen in diesem Krieg: Einer vietnamesischen Besatzungsarmee von 250000 Mann und 50000 ,,zivilen Beratern" stehen reguläre Truppen der kampucheanischen Nationalarmee von 60000 Mann entgegen, die von 50000 örtlichen Guerillas unterstützt werden.

Bei der Belagerung von O Sralao wurden die Vietnamesen Tag und Nacht durch Kleinangriffe in Spannung gehalten. Trupps von drei bis elf Mann schlichen sich an, terrorisierten die vietnamesischen Soldaten mit Raketen und gezielten Schüssen beim Schlafen, Essen oder auf der Latrine, verminten die Verbindungswege und verschwanden wieder im Wald. Verfolgende vietnamesische Einheiten liefen auf Minen oder in Hinterhalte, wo plötzliche Feuerüberfälle sie in ganze Felder mit dolchförmigen Bambusspitzen jagten. Dieser für sie verlustreiche Zermürbungskrieg zerfraß die Moral der Besatzer, meist zwangsverpflichtete Rekruten in einem feindlichen Land, und zwang sie, sich schließlich nach relativ kurzem Entscheidungskampf zurückzuziehen.

Die kampucheanische Nationalarmee hat nun ihrerseits den Stützpunkt nicht besetzt, sondern nur unbrauchbar gemacht. Wir sahen mit Bambusspitzen nutzlos gemachte Laufgräben, verbrannte und gesprengte Unterkünfte und Unterstände, von Granaten zerfetzte Bäume, herumliegende vietnamesische Helme und Granathülsen, US-amerikanischer Herkunft. Noch nicht gerostete Konservendosen, z.T. mit Aufschriften von internationalen Hilfsorganisationen, und noch erkennbare Spuren von Panzerketten neben den Überresten eines LKW amerikanischen Fabrikats auf der Piste bewiesen, daß diese Stellung erst vor einem Monat geräumt worden war. Es kommt der kampucheanischen Armee noch nicht darauf an, dauerhaft Gelände zu besetzen. Sie will durch den Guerillakrieg bei maximaler Schonung der eigenen Truppen möglichst viele lebendige Kräfte des Feindes vernichten, während dessen strategische Überlegenheit noch nicht gebrochen ist, die Befreiungsarmee also noch in der strategischen Defensive ist und den Angriffen des Feindes noch ausweichen muß. Auf unsere Frage nach dem Frontverlauf pflegten unsere kampucheanischen Begleiter demonstrativ ihre Hände zu verschränken: Die Fronten greifen ineinander wie die Finger dieser Hände. Im Innern des Landes, wo nicht der Streifen befreiten Gebietes entlang der thailändischen Grenze besteht, wird man die Kampfzonen mit einem Flickenteppich vergleichen können. Die Vietnamesen haben das Land mit einem System von Stützpunkten überzogen, die immer mehr zu gefährdeten Inseln in der sich ausbreitenden Flut des Volkskrieges werden. Theoretisch könnten die Besatzer gegen die

mesische Helme und Granathülsen, US-amerikanischer Herkunft. Noch nicht gerostete Konservendosen, z.T. mit Aufschriften von internationalen Hilfsorganisationen, und noch erkennbare Spuren von Panzerketten neben den Überresten eines LKW amerikanischen Fabrikats auf der Piste bewiesen, daß diese Stellung erst vor einem Monat geräumt worden war. Es kommt der kampucheanischen Armee noch nicht darauf an, dauerhaft Gelände zu besetzen. Sie will durch den Guerillakrieg bei maximaler Schonung der eigenen Truppen möglichst viele lebendige Kräfte des Feindes vernichten, während dessen strategische Überlegenheit noch nicht gebrochen ist, die Befreiungsarmee also noch in der strategischen Defensive ist und den Angriffen des Feindes noch ausweichen muß. Auf unsere Frage nach dem Frontverlauf pflegten unsere kampucheanischen Begleiter demonstrativ ihre Hände zu verschränken: Die Fronten greifen ineinander wie die Finger dieser Hände. Im Innern des Landes, wo nicht der Streifen befreiten Gebietes entlang der thailändischen Grenze besteht, wird man die Kampfzonen mit einem Flickenteppich vergleichen können. Die Vietnamesen haben das Land mit einem System von Stützpunkten überzogen, die immer mehr zu gefährdeten Inseln in der sich ausbreitenden Flut des Volkskrieges werden. Theoretisch könnten die Besatzer gegen die

Befreiungstruppen die gleichen Taktiken anwenden wie diese gegen sie. Sie beherrschen sie aus dem Krieg gegen die US-Imperialisten, und die dichten, fast unbewohnten Wälder sind den einen so feindlich wie den anderen. Daß die Besatzer sich aber offensichtlich immer weniger aus ihren Bunkern heraustrauen, daß sie darüberhinaus oft darauf verzichten, einmal verlorene Stellungen wieder zu besetzen, zeigt, daß ihre Überlegenheit schwindet und sich der Krieg der Phase des Kräftegleichgewichts nähert, aus der heraus die Befreiungskräfte in die strategische Offensive übergehen können. Schwere Waffen, Panzer und Artillerie stünden in sicheren Verstecken dafür bereit, wurde uns versichert.

Die Frage der Nationalen Einheitsfront

Aber wird das Demokratische Kampuchea die wirtschaftliche und politische Kraft haben, diese Offensive einzuleiten und siegreich zu Ende zu führen? Im ersten Teil dieses Berichts habe ich die Not des Volkes auch in den vom Demokratischen Kampuchea besetzten Gebieten und seine Abhängigkeit von internationalen Hilfsmaßnahmen beschrieben. Uns wurde diese Not vor Augen geführt, weil das kampucheanische Volk internationale Hilfe braucht. Die Vermutung liegt nahe, daß die Hilfskürzungen, von denen berichtet wurde, verhindern sollen, daß die Regierung des Demokratischen Kampuchea ihre führende Rolle im Befreiungskampf weiter ausbaut. Sie könnten auf die imperialistischen Mächte zurückgehen, von denen die größten Hilfsleistungen kommen müßten, soweit nicht der sowjetische und vietnamesische Einfluß direkt dahinter steckt. Das kampucheanische Volk und seine Regierung müssen also alle ihre inneren und äußeren Reserven mobilisieren, um sich vor solchen Erpressungen zu schützen und die notwendige Kraft für die entscheidenden Schläge gegen die Besatzer zu sammeln.

Wer trägt vor allem den Widerstandskrieg gegen die vietnamesischen Besatzer? Auf unserer Reise trafen wir Handwerker, die zum Teil aus den Städten kamen, Ärzte und Lehrer, die zumeist eine Oberschulbildung in den Städten genossen hatten. Ein großer Teil der Regierungsfunktionäre des Demokratischen Kampuchea scheint nicht bäuerlicher Herkunft zu sein. Zum Teil handelt es sich um revolutionäre Intellektuelle, die sich schon in den sechziger und frühen siebziger Jahren dem nationalen Befreiungskampf angeschlossen haben – Ministerpräsident Khieu Samphan gehört zu dieser Gruppe – zum Teil um Angehörige der städtischen Bourgeoisie und der alten herrschenden Klassen, die nach der vietnamesischen Invasion der Regierung beigetreten sind. So der Wirtschaftsminister Thiunn Thioum oder Prinz Norodom Noridrapong, ein Sohn des Prinzen Sihanouk, der vor

ten auf die imperialistischen Mächte zurückgehen, von denen die größten Hilfsleistungen kommen müßten, soweit nicht der sowjetische und vietnamesische Einfluß direkt dahinter steckt. Das kampucheanische Volk und seine Regierung müssen also alle ihre inneren und äußeren Reserven mobilisieren, um sich vor solchen Erpressungen zu schützen und die notwendige Kraft für die entscheidenden Schläge gegen die Besatzer zu sammeln.

Wer trägt vor allem den Widerstandskrieg gegen die vietnamesischen Besatzer? Auf unserer Reise trafen wir Handwerker, die zum Teil aus den Städten kamen, Ärzte und Lehrer, die zumeist eine Oberschulbildung in den Städten genossen hatten. Ein großer Teil der Regierungsfunktionäre des Demokratischen Kampuchea scheint nicht bäuerlicher Herkunft zu sein. Zum Teil handelt es sich um revolutionäre Intellektuelle, die sich schon in den sechziger und frühen siebziger Jahren dem nationalen Befreiungskampf angeschlossen haben – Ministerpräsident Khieu Samphan gehört zu dieser Gruppe – zum Teil um Angehörige der städtischen Bourgeoisie und der alten herrschenden Klassen, die nach der vietnamesischen Invasion der Regierung beigetreten sind. So der Wirtschaftsminister Thiunn Thioum oder Prinz Norodom Noridrapong, ein Sohn des Prinzen Sihanouk, der vor

wenigen Wochen in die befreiten Gebiete Kampucheas zurückgekehrt ist.

Die große Mehrheit aber derjenigen, die den Kampf gegen die Aggressoren tragen, sind Bauern. Der 64 Jahre alte You Man war einer der wenigen Alten,



Die Brücke von O Sralao

die wir in dem Dorf Chamcar Trap trafen. Er war ein offensichtlich nicht ganz armer Bauer in der Nähe von Phnom Penh. Fünfzehn Reisfelder habe er besessen, und sein Haus habe ein Ziegeldach gehabt. Bis die Vietnamesen gekommen seien, sei es ihm gut gegangen. Er habe keine Kritik am Demokratischen Kampuchea, teilte er sachlich mit, sonst wäre er nicht hier. Und: Seine beiden Töchter und drei seiner Söhne sind in der Nationalarmee.

Auch Krem Sem und Saing Sim, 25 bzw. 24 Jahre alt, Khmer-Serai-Soldaten und frühere Angehörige der proamerikanischen Marionettenarmee, die sich Ende vorigen Jahres der Nationalarmee angeschlossen haben, sind Kinder von Bauern. Krem Sem hat im vorigen Jahr seine Familie in den besetzten Gebieten besucht. Sie lebt in tiefstem Elend, weil sie kein Gold hätten, um sich Lebensmittel zu kaufen. Saing Sim sagt, seine gesamte Familie sei 1975 umgekommen, wie, weiß er nicht, aber jetzt sei es Zeit, die Feindschaft zum Demokratischen Kampuchea zurückzustellen, um die Vietnamesen zu vertreiben.

Drei Soldaten

Alle Soldaten und Kommandeure der Nationalarmee, mit denen wir sprachen, waren bäuerlicher Herkunft. Die

die wir in dem Dorf Chamcar Trap trafen. Er war ein offensichtlich nicht ganz armer Bauer in der Nähe von Phnom Penh. Fünfzehn Reisfelder habe er besessen, und sein Haus habe ein Ziegeldach gehabt. Bis die Vietnamesen gekommen seien, sei es ihm gut gegangen. Er habe keine Kritik am Demokratischen Kampuchea, teilte er sachlich mit, sonst wäre er nicht hier. Und: Seine beiden Töchter und drei seiner Söhne sind in der Nationalarmee.

Auch Krem Sem und Saing Sim, 25 bzw. 24 Jahre alt, Khmer-Serai-Soldaten und frühere Angehörige der proamerikanischen Marionettenarmee, die sich Ende vorigen Jahres der Nationalarmee angeschlossen haben, sind Kinder von Bauern. Krem Sem hat im vorigen Jahr seine Familie in den besetzten Gebieten besucht. Sie lebt in tiefstem Elend, weil sie kein Gold hätten, um sich Lebensmittel zu kaufen. Saing Sim sagt, seine gesamte Familie sei 1975 umgekommen, wie, weiß er nicht, aber jetzt sei es Zeit, die Feindschaft zum Demokratischen Kampuchea zurückzustellen, um die Vietnamesen zu vertreiben.

Drei Soldaten

Alle Soldaten und Kommandeure der Nationalarmee, mit denen wir sprachen, waren bäuerlicher Herkunft. Die

Geschichte von drei Soldaten aus unserer Begleitmannschaft mag typisch sein. Der jüngste, der 23jährige Thol, stammt aus einem kleinen Dorf in der Provinz Battambang. Er war nach der Befreiung 1975 Mitglied des Jugendproduktionskorps, einer Massenorganisation der Kommunistischen Partei, die die Kollektivbauern bei der Arbeit unterstützte. In seinem Dorf habe es nur arme Bauern gegeben, und die Kollektivierung sei von allen unterstützt worden. 1978 sei er, freiwillig wie alle Soldaten des Demokratischen Kampuchea, in die Armee eingetreten. Warum? ,,Aus Nationalbewußtsein", sagt er stolz. Woher er gewußt habe, was das sei, Nationalbewußtsein. ,,Von der Partei, die hat uns erzogen."

Der ebenfalls 23jährige Hem ist schon 1974, also noch während des Krieges gegen die Amerikaner und Lon Nol, in die Armee eingetreten. Er stammt aus Takeo in der Nähe der vietnamesischen Grenze. Dort war er Zeuge von Kämpfen zwischen Befreiungsarmee und Regierungstruppen. Nach Beratung mit dem Dorfvorsteher habe er sich der Befreiungsarmee angeschlossen, ,,um Kampuchea zu befreien". Sein Dorf aber sei gespalten gewesen. Die reicheren Bauern und Wucherer standen auf der Seite der Regierungstruppen.

Auch im Bericht von Ren, 24 Jahre, aus der Nähe der Stadt Battambang, spielt der Widerspruch zwischen armen Bauern und Reichen eine Rolle. Er trat 1973 der Befreiungsarmee bei, nachdem Propagandatrupps für die Befreiung des Landes im Dorf waren. ,,Damals gab es zuviele Ungerechtigkeiten", sagte er, ,,die Reichen beuteten die Armen aus."

Wir befragten die drei nach der neuen strategischen Politik der nationalen Einheit des Demokratischen Kampuchea. Ja, sie sind noch einverstanden mit der Revolution, die 1975–78 stattgefunden hat. ,,Aber nach der Vertreibung der Vietnamesen wird es keinen Sozialismus mehr geben, sondern die Solidarität der ganzen Nation." Warum? ,,Beim Aufbau des Sozialismus wurden Fehler gemacht. Die Bevölkerung war nicht zu 100% zufrieden mit der Revolution". Wer war unzufrieden? ,,Die Unzufriedenen waren meistens Reiche." ,,Aber ihr seid doch in die Armee eingetreten, um auch gegen die Reichen zu kämpfen, die die Amerikaner unterstützten". ,,Ja, aber gegen die Vietnamesen ist nationale Solidarität nötig".

80–90% der Bevölkerung sind, meistens arme, Bauern. Unserem Eindruck nach bilden sie die feste soziale Basis der Regierung des Demokratischen Kampuchea. Heute arbeitet diese Regierung aber auf einem Programm der nationalen Einheit, die die städtische Bourgeoisie und den monarchistischen Adel, jeden, der gegen die vietnamesische Besatzung ist, umfassen soll. Nach der Vertreibung der Vietnamesen soll nicht wieder mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen werden wie vor 1978. Das Privateigentum und die politischen Rechte der besit-

ten", sagte er, ,,die Reichen beuteten die Armen aus."

Wir befragten die drei nach der neuen strategischen Politik der nationalen Einheit des Demokratischen Kampuchea. Ja, sie sind noch einverstanden mit der Revolution, die 1975–78 stattgefunden hat. ,,Aber nach der Vertreibung der Vietnamesen wird es keinen Sozialismus mehr geben, sondern die Solidarität der ganzen Nation." Warum? ,,Beim Aufbau des Sozialismus wurden Fehler gemacht. Die Bevölkerung war nicht zu 100% zufrieden mit der Revolution". Wer war unzufrieden? ,,Die Unzufriedenen waren meistens Reiche." ,,Aber ihr seid doch in die Armee eingetreten, um auch gegen die Reichen zu kämpfen, die die Amerikaner unterstützten". ,,Ja, aber gegen die Vietnamesen ist nationale Solidarität nötig".

80–90% der Bevölkerung sind, meistens arme, Bauern. Unserem Eindruck nach bilden sie die feste soziale Basis der Regierung des Demokratischen Kampuchea. Heute arbeitet diese Regierung aber auf einem Programm der nationalen Einheit, die die städtische Bourgeoisie und den monarchistischen Adel, jeden, der gegen die vietnamesische Besatzung ist, umfassen soll. Nach der Vertreibung der Vietnamesen soll nicht wieder mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen werden wie vor 1978. Das Privateigentum und die politischen Rechte der besit-

zenden Klassen sollen respektiert werden. Sind das nicht doch nur taktische Versprechungen an diese Klassen und das westliche Ausland, jetzt, wo man es braucht?

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea wie ihre Soldaten denken nicht daran, sich von den Zielen der Politik 1975–78 zu distanzieren. ,,Unser Ziel ist ein unabhängiges Kampuchea. Zweitens wollen wir Wohlfahrt und Glück für unser Volk. Auch als wir zwischen 1975 und 1978 dabei waren, den Sozialismus aufzubauen, waren das unsere Ideale ...", sagte uns Ministerpräsident Khieu Samphan (s. KVZ Nr. 9). Die Fehler, die man aus Übereile und Unerfahrenheit gemacht habe, seien 1978 überwunden gewesen.

Aber der Aufbau des Sozialismus ist nur möglich unter der Voraussetzung vollständiger nationaler Unabhängigkeit. Die vietnamesische Invasion hat das Demokratische Kampuchea gelehrt, daß seine Unabhängigkeit immer gefährdet ist, solange nicht der Expansionismus des übermächtigen Nachbarn im Osten vollständig beseitigt ist. Der Hauptwiderspruch in Kampuchea ist noch auf lange Zeit der nationale Widerspruch zu dem von der Sowjetunion gestützten Vietnam. Klassenkampf mit dem Ziel, die alten besitzenden Klassen zu vernichten, begünstigt unter diesen Umständen die Aggressoren, die die Unzufriedenheit dieser Klassen nutzen, und erschwert ein Bündnis mit den benachbarten ASEAN-Staaten und ihren bürgerlichen Regierungen.

(Die ersten beiden Teile dieses Reiseberichts erschienen in der KVZ Nr. 9 und 10)

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat mit ihren Truppen in allen Teilen des Landes Funkverbindung

Trotz Demütigung der KP Italiens kein Triumpf für die KPdSU

krk. Größte Einmütigkeit innerhalb der Reihen der KPdSU sollte die ausnahmslose (und bisher beispiellose) Wiederwahl sämtlicher Mitglieder und Kandidaten des Politbüros demonstrieren. Die Widersprüche zu verbündeten Staaten und Parteien durch Drohungen zu unterdrücken, ist Breschnew *nicht* gelungen. Schärfster Ausdruck dieses Widerspruches war das Redeverbot für den Sprecher der größten Kommunistischen Partei außerhalb des Ostblocks, der KP Italiens, Pajetta. Es hatte schon damit begonnen, daß nicht Parteivorsitzender Berlinguer nach Moskau gereist war. Pajetta, ein alter Intimfeind der Sowjets, forderte in seiner vorbereiteten Rede für Afghanistan eine politische Lösung, ,,die jegliche Einmischung und jegliche Präsenz ausländischer Truppen ausschließt und die die Unabhängigkeit und Blockfreiheit des Landes, sowie das Recht des afghanischen Volkes, sein Schicksal selbst zu bestimmen, garantiert. Zu Polen verlangte er, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des polnischen Volkes voll zu berücksichtigen." Die sowjetische Seite bestand zunächst auf eine Korrektur der Rede. Als diese nicht erfolgte, durfte Pajetta am 5. Verhandlungstag statt im Plenarsaal im Säulensaal des Gewerkschaftshauses reden, wobei ihm nicht mal Applaus gegönnt wurde – in Moskau mehr als unüblich. Sonntag, am Tag darauf, keine Zeile von der Rede erscheint in der Prawda, während die anderen Redner der Veranstaltung in vollem Wortlaut wiedergegeben werden. Erst auf heftigen Protest der Delegation hin wird die Rede am Montag gedruckt. Auf einer Parteiveranstaltung in Florenz bezeichnet der führende KPI-Funktionär Barca das Vorgehen der KPdSU als ,,unangenehm und unverständlich" und besteht auf dem Recht der KPI, einen ,,dritten Weg" zwischen den beiden Blöcken zu gehen. Die Zeitung Corriera della Sera vergleicht die Reaktion der Sowjetführer sogar mit dem Bruch mit Jugoslawien in den fünfziger Jahren.

Der Parteitag brachte auch eine Verschärfung der Widersprüche zu Polen. Einheiten der ,,Solidarität" äußerten scharfe Kritik an der Rede Kanias. Der Bezirksverband Tschenstochau klagte Kania an, weil er ,,in schmerzvoller Weise unsere menschliche und nationale Würde" verletzt hat. Stettin lehnte die Behauptung ab, in den Reihen der ,,Solidarität" gäbe es antisozialistische und konterrevolutionäre Kräfte. Kaum war der Parteitag vorbei, mußte am 4.3. die polnische Führungsspitze zum Rapport bei Breschnew antreten. Das Kommunique der TASS enthält die bisher schärfsten Interventionsdrohungen. Die PVAP solle den Gang der Ereignisse *umkehren*, heißt es. ,,Die sozialistische Gemeinschaft ist fest zusammengefügt, ihr Schutz ist Sache nicht nur jedes Staates, sondern der ganzen sozialistischen Gemeinschaft." In der Erklärung des polnischen Politbüros ist von Umkehr keine Rede.

USA-Regierung erhöht Militärhilfe an El Salvador

lup. Der amerikanische Außenminister Haig hat am vergangenen Donnerstag die Militärs in El Salvador vor einem Militärputsch gewarnt. Es ist ein Eingeständnis, daß die US-Imperialisten sowieso bei der herrschenden Regierungsjunta El Salvadors alle Fäden in der Hand haben. Der ehemalige Major Uoborto d'Aubuisson hatte auf einer geheimen Pressekonferenz erklärt, er hätte das Gefühl, daß sich die USA einer Machtübernahme der Militärs nicht widersetzen würden. Aber warum sollten die USA gegenwärtig Interesse an einer solchen Machtübernahme haben, wo der Christdemokrat Duarte ohnehin nur die Gallionsfigur einer Militärjunta bildet, die sich dank amerikanischer Hilfe am Leben hält? So hat Haig auch gleich erklären lassen, Aubuissons Plan würde ,,ernste Konsequenzen für unsere Fähigkeit zur Aufrechterhaltung unserer Politik haben".

Nachdem Carter dem Militärregime El Salvadors bereits kurz vor seinem Abtritt weitere Militärhilfe in Höhe von 10 Mio. $ bewilligt hatte, hat Reagan vergangene Woche erneut die US-Militärhilfe um 25 Mio. $ aufgestockt. Die Wirtschaftshilfe von 63 Mio. $ für 1981 soll ebenfalls aufgestockt werden, weitere 25 US-Militärberater werden nach El Salvador entsandt. Offiziell befinden sich dort bereits 20. Duarte hat Hilfe in Höhe von insgesamt 300 Mio. $ gefordert.

Die Versuche der US-Regierung, die westeuropäischen Länder auf ihren Kurs in El Salvador einzuschwören, waren nur von begrenztem Erfolg, eine Ablösung der Gallionsfigur Duartes würde sie nur noch erschweren. Die skandinavischen Länder nehmen mehr oder weniger direkt gegen das Militärregime in El Salvador Stellung. Die Bundesregierung hat ,,Verständnis für die amerikanischen Besorgnisse über die Entwicklung in El Salvador" und wegen der Einflußnahme der Sowjetunion und Kubas geäußert. Gleichzeitig hat sie ihre Position wiederholt, in beiden Lagern gäbe es demokratische Kräfte. Jedenfalls verfolgt sie gegenüber El Salvador einen anderen Kurs, der Widersprüche enthält gegenüber dem Kurs der USA, die man nutzen kann. Sie hat erneut ihre Bereitschaft erklärt, in El Salvador zu vermitteln. Der Versuch der Bundesregierung, in Bonn ein Treffen zwischen Duarte und der FDR zu arrangieren, ist aber gescheitert. Ohnehin hatte die FDR bereits früher erklärt, sie sei bereit, mit den USA selber zu verhandeln, die der eigentliche Gegner des Kampfes in El Salvador seien. Ein Gespräch mit Duarte hatte sie davon abhängig gemacht, daß dieser Beweise dafür vorlege, daß er über wirkliche Verhandlungsvollmachten verfüge.

darauf, keine Zeile von der Rede erscheint in der Prawda, während die anderen Redner der Veranstaltung in vol-
ganzen sozialistischen Gemeinschaft." In der Erklärung des polnischen Politbüros ist von Umkehr keine Rede.

USA-Regierung erhöht Militärhilfe an El Salvador

Polen hat auch Rumänien in Bewegung gebracht

Die Parteiführung muß Korrekturen vornehmen / Zugeständnisse an die Sowjetunion

hku. Viele werden erschrocken und enttäuscht gewesen sein, in welcher Weise N. Ceaucescu, Vorsitzender der KP Rumäniens, im vergangenen Herbst zu den Ereignissen in Polen Stellung genommen hat. Ceaucescu erklärte damals vor dem ZK der KPR zu den Ursachen der polnischen Krise: der privaten Produktion, vor allem auf dem Lande, sei zu viel Raum gelassen worden; die PVAP habe nicht rechtzeitig genug energische Maßnahmen gegen ,,antisozialistische Elemente" ergriffen. Die unabhängigen Gewerkschaften erklärte Ceaucescu rundweg für eine Losung und ein Werkzeug der imperialistischen Reaktion. Zwar betonte er gleichzeitig, daß Polen seine Krise nur ohne äußere Einmischung lösen könne; aber es ist sicher, daß diese Stellungnahme der polnischen Sache sehr geschadet hat. Die Tätigkeit der KPR seither bestätigt uns die Vermutung, daß *innenpolitische* Gründe zu dieser Rede geführt haben. Die Klassenkämpfe in Polen haben auch in Rumänien innere Widersprüche in Bewegung gebracht.

● Am 3. September war Ceaucescu kurzfristig in das Kohlerevier Siebenbürgens gereist, dorthin, wo es 1977 zu Bergarbeiterstreiks gekommen war. In der Folge dieser Streiks war 1979 ein Komitee für unabhängige Gewerkschaften gegründet, aber rasch und gründlich wieder zerschlagen worden. Vor den Bergarbeitern sprach Ceaucescu allgemein von Fehlern, veröffentlichte neue Zahlen über einen überplanmäßigen Einkommensanstieg seit 1975 und versprach ,,mehr Demokratie". Demonstrativ erkundigte er sich auf den Märkten nach der Versorgungslage – die nicht gut ist.

● Am 15.9. wird vor dem Kongreß der Volksräte (der lokalen Verwaltung) die Kürzung der Ausgaben für Verwaltung und Verteidigung bekanntgegeben. Das Investitionstempo soll gedrosselt werden und jegliche weitere Verschuldung im Ausland wird verboten.

● Auf dem erwähnten ZK-Plenum am 14./15. Oktober wird die Konzentration der Wirtschaft auf Exportproduktion, Energie und Landwirtschaft festgelegt. Ceaucescu begründet in seiner Rede verschiedene Maßnahmen gegen ,,Bürokratismus", um ,,den Versuchen verschiedener Mißbräuche vorzubeugen oder ungerechte Verleumdung von Parteifunktionären auszuschalten". Die Kader werden verpflichtet, die Herkunft ihres persönlichen Besitzes nachzuweisen; der Erwerb von Zweitwohnungen oder Privathäusern wird untersagt. – Die Volksräte müssen zweimal im Jahr Informationsveranstaltungen durchzuführen.

● Mitte Dezember wird ,,in Erwiderung zahlreicher Leseranfragen" mitgeteilt, daß die geplanten Erzeugerpreis-Erhöhungen für landwirtschaftliche Produkte nicht an den Verbraucher weitergegeben werden. Für 1981 wird eine Preiserhöhung ausgeschlossen. In den Zeitungen wird offener über Versorgungsmängel berichtet.

● Nach einer Serie vorbereitender Konferenzen fand im Februar ein landesweiter ,,Agrarkongreß" mit 11000 Delegierten statt, um über die Landwirtschaft im kommenden Jahrfünft zu beraten. Ceaucescu leitete seine Kongreßrede mit einer knappen, aber weitreichenden Selbstkritik ein: ,,Im Lichte der Erfahrung des sozialistischen Aufbaus in unserem Land erscheint es jetzt sehr offenkundig, daß die These der vorrangigen Industrialisierung zum Nachteil der Entwicklung und Modernisierung der Landwirtschaft, im Grunde zur Nichtachtung der Bedeutung des Anstiegs der Agrarproduktion geführt hat. Die Befolgung dieser Orientierung bewirkt Mißverhältnisse in der allgemeinen sozio-ökonomischen Entwicklung und übt einen negativen Einfluß auf den Lebensstandard der Bevölkerung aus." (Neuer Weg, 21.2.81) Wie dieser Fehler korrigiert werden soll, darüber sind die Angaben spärlich, wenn man von den wiederholten Aufforderungen zu mehr Ordnung und Disziplin absieht. Wieder richtet Ceaucescu das Feuer seiner Kritik auf die Bürokratie, die mehr Papier als Weizen produziere.

Die wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens hat in den vergangenen zehn Jahren insofern mit der Polens Ähnlichkeit gehabt, als die Akkumulationsrate hoch war (bei 33%) und das Tempo der Industrialisierung äußerst schnell, verbunden mit einer allerdings nicht so hohen Verschuldung im Westen. Dem gegenüber blieb das Reproduktionsniveau der Arbeitskraft zurück. Die KPR versucht, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen dieses Kurses abzuwenden.

Die Leitung der staatlichen Industrie wie der fast vollständig vergenossenschafteten Landwirtschaft ist in Rumänien äußerst stark zentralisiert. Die Maßnahmen der KPR zeigen, daß die ,,Bürokratie" ein schweres Problem ist, dem auch mit Ceaucescu-Dekreten nicht beizukommen ist. Unzufriedenheit über diese lastende Bürokratie ist weitverbreitet. Die Politik der KPR zeigt auch, daß es in der Partei und im Volk eine Strömung für Demokratie gibt, die mehr will als die Mitwirkungsrechte und Mitspracherechte für die Arbeiter und Bauern, die möglicherweise jetzt ausgedehnt werden. Denn der Rahmen für die Wahrnehmung dieser Mitwirkungsrechte ist *gesetzt*, und zwar äußerst eng gesetzt. Elementare demokratische Freiheiten fehlen den arbeitenden Klassen Rumäniens, das ist eine Tatsache. Nicht nur unabhängige Gewerkschaften werden in keiner Weise geduldet. Ceaucescu pflegt das damit auszudrücken, daß er und die Partei sich auf das Volk ,,stütze".

Die Staats- und Parteiführung mit Ceaucescu an der Spitze hat die Nation in den letzten 15 Jahren geeint im erfolgreichen Kampf für die Unabhängigkeit des Landes, und als Teil dieses Kampfes ist auch die rasche Industrialisierung verstanden worden. Mit der weltweiten Wirtschaftskrise und den erhöhten Spannungen zwischen den Supermächten ist der Spielraum für die unabhängige Politik Rumäniens enger geworden. Im vergangenen Jahr hat Rumänien vor allem wegen Erdölmangels eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der SU anstreben müssen. Die Fortsetzung des Kurses auf nationale Unabhängigkeit verlangt die Herstellung einer nationalen Einheit auf neuer Ebene; aber es gibt eben gegenwärtig auch Anzeichen für Zugeständnisse aus innenpolitischen Gründen. – Macht die rumänische Staats- und Parteiführung aber Zugeständnisse an den Sozialimperialismus – und die Reise Ceaucescus zu den Moskauer Verhandlungen *über* Polen, anders als 1968, war ein großes Zugeständnis – dann wird es schwerer werden, vorhandene Differenzen in der Partei als Einmischung einer ,,äußeren Macht" wegzuwischen, wie das noch beim XII. Parteitag 1979 gemacht wurde, als der Delegierte Pirvulescu Personenkult und mangelnde Demokratie kritisierte und vom Parteitag entfernt wurde.

Eine Etappe des Kampfes Rumäniens um einen selbständigen und unabhängigen Weg der Entwicklung geht jetzt wohl zu Ende. Verschiedene Kräfte mit unterschiedlichen Interessen haben diesen Kampf getragen. Das ist noch sehr allgemein gesagt. Aber es scheint, als würden diese Kräfte in der gegenwärtigen neuen Situation klarer hervortreten.



Vor den Bergarbeitern sprach Ceaucescu allgemein von Fehlern, veröffentlichte neue Zahlen über einen überplanmäßigen Einkommensanstieg seit 1975 und versprach ,,mehr Demokratie". Demonstrativ erkundigte er sich auf den Märkten nach der Versorgungslage – die nicht gut ist.

Folgen dieses Kurses abzuwenden.

Die Leitung der staatlichen Industrie wie der fast vollständig vergenossenschafteten Landwirtschaft ist in Rumänien äußerst stark zentralisiert. Die Maßnahmen der KPR zeigen, daß die ,,Bürokratie" ein schweres Problem ist, dem auch mit Ceaucescu-Dekreten nicht beizukommen ist. Unzufriedenheit über diese lastende Bürokratie ist weitverbreitet. Die Politik der KPR zeigt auch, daß es in der Partei und im Volk eine Strömung für Demokratie gibt, die mehr will als die Mitwirkungsrechte und Mitspracherechte für die Arbeiter und Bauern, die möglicherweise jetzt ausgedehnt werden. Denn der Rahmen für die Wahrnehmung

dann wird es schwerer werden, vorhandene Differenzen in der Partei als Einmischung einer ,,äußeren Macht" wegzuwischen, wie das noch beim XII. Parteitag 1979 gemacht wurde, als der Delegierte Pirvulescu Personenkult und mangelnde Demokratie kritisierte und vom Parteitag entfernt wurde.

Eine Etappe des Kampfes Rumäniens um einen selbständigen und unabhängigen Weg der Entwicklung geht jetzt wohl zu Ende. Verschiedene Kräfte mit unterschiedlichen Interessen haben diesen Kampf getragen. Das ist noch sehr allgemein gesagt. Aber es scheint, als würden diese Kräfte in der gegenwärtigen neuen Situation klarer hervortreten.



Das chemische Großkombinat Borzesti. Erdöl für seine petrochemische Industrie muß Rumänien inzwischen aus der Sowjetunion importieren.

12 Labourabgeordnete formieren sich als ,,Sozialdemokraten"

hev. An Ostern wollen zwölf Abgeordnete der Labourpartei unter Führung von David Owen, William Rogers, Roy Jenkins und Shirley Williams eine Partei mit dem Namen ,,Sozialdemokraten" gründen. Das haben sie am 2. März in London bekanntgegeben. Mit diesem Schritt versucht ein Teil des rechten Flügels der Labourpartei, von außen den Beschluß des außerordentlichen Parteitages von Wembley Anfang dieses Jahres rückgängig zu machen. Der Parteitag hatte den Einfluß der Parlamentsfraktion in Bezug auf die Wahl des Vorsitzenden eingeschränkt und den Gewerkschaftsstimmen ein Übergewicht von 40 zu 30 Prozent gegen die Fraktion gebracht. Der Führer der Labourpartei Michael Foot hat am 4. März erneut, wie schon in Wembley, einen ähnlichen Versuch von innen her gestartet. Mit 98 zu 41 Stimmen gewann er die Unterstützung der Labourparlamentarier für seinen Vorschlag, der Fraktion 50% der Stimmen bei der Wahl zum Parteivorsitzenden zuzugestehen. – Die Aussichten der neuen Formation werden unterschiedlich eingeschätzt. Foot geht davon aus, daß sie bei Wahlen keinen einzigen Sitz erringen würden. Die Sozialdemokraten selbst spekulieren auf ein erfolgreiches Zusammengehen mit den Liberalen.

Thatcher befürwortet internationale Eingreiftruppe

lup. Unter dem entschiedenen Protest der arabischen Golfstaaten hat die britische Premierministerin Thatcher während ihres USA-Besuchs erklärt, sie unterstütze die Einrichtung einer internationalen Eingreiftruppe am arabischen Golf. Die Bildung einer solchen Truppe hatten die USA nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan beschlossen. Thatcher hat nun ihr Interesse erklärt, sich diesem Vorhaben anzuschließen. Zuvor jedoch müßten die Golfstaaten ihr Einverständnis erklären, meinte Thatcher, und schlug ihrerseits die Einrichtung eines gemeinsamen Marineverbandes der USA, Englands und Frankreichs am Golf vor. Während eines Dinners mit Reagan hatte Thatcher in einer leicht widerlichen Tischrede erklärt, die USA könnten sich jederzeit auf die Treue ihres britischen Verbündeten verlassen. Das wird man sehen. Über die Sowjetunion erkärte M. Thatcher: ,,Wie viele, die ein schlechtes Gewissen haben, kann sie sich nur schwer vorstellen, daß andere nicht im gleichen Maße konspirieren wie sie selbst." Sie muß es wissen.

Islamische Delegation: Friedensplan für Iran und Irak

bep. Die Delegation der Islamischen Konferenz, die beauftragt ist, im Krieg zwischen Iran und Irak zu vermitteln, hat einen Friedensplan vorgelegt. Am 13. März soll das Feuer eingestellt werden. Am gleichen Tag soll der Irak mit dem Rückzug von iranischem Territorium beginnen. Der Abzug soll nach vier Wochen abgeschlossen sein. Über die Kontrolle der Wasserstraße des Schatt el-Arab soll ein von beiden Seiten anerkannter Ausschuß der Islamischen Konferenz beraten. In den Stellungnahmen der beiden kriegführenden Regierungen zeichnet sich eine Auflockerung der Positionen ab: Der Irak beharrt darauf, daß vor einem Truppenrückzug seine Gebietsansprüche anerkannt werden müßten, ist aber offenbar zu einer Feuerpause und Verhandlungen ohne vorherige Zusicherungen bereit. Der iranische Generalstabschef Fallahi hat sich für einen befristeten Waffenstillstand ausgesprochen, ,,um dem Gegner die Möglichkeit des Rückzugs von iranischem Territorium zu geben". Staatspräsident Bani Sadr hat präzisiert, Waffenstillstand und Rückzug der irakischen Truppen müßten *gleichzeitig* beginnen.

Norwegen: erneuter Baustopp für das Kraftwerk Alta

ref. Lillehammer. Am 24.2. hat die norwegische Regierung die Bauarbeiten in Alta erneut gestoppt (s. KVZ 7/81). Begründung: der Schutz samischer Kulturdenkmäler. Gleichzeitig hat sie verkündet, daß der Bau der Straße nach Stilla noch in diesem Jahr abgeschlossen werden soll. Den Samek ist es durch verschiedenartige Aktionen (u.a. einen Besuch von Samefrauen beim Papst und bei der UNO) gelungen, genügend starken Druck auf die norwegische Regierung auszuüben, auch wenn die zentrale Hungerstreikaktion in Oslo nach 31 Tagen in eine kritische Phase gekommen war. Der erneute Baustopp ist eine Atempause. Es ist unwahrscheinlich, daß vor den Wahlen im Herbst weitergebaut wird. Und immerhin ist die norwegische Regierung zu dem Zugeständnis gezwungen worden, den Status der Samek als Urbevölkerung gesetzlich zu verankern. Die Einheit der Samek hat sich in diesem Kampf gestärkt.

Gewerkschaftskongreß in Zimbabwe

lup. Die erste Konferenz des Kongresses der Gewerkschaften Zimbabwes ist am 1. März in Salisbury zu Ende gegangen. 200 Delegierte vertraten ungefähr 200000 Arbeiter aus insgesamt 52 Einzelgewerkschaften. Sie wählten eine Führung des Gewerkschaftsverbandes mit Alfred Makwarimba als Vorsitzenden und Albert Mugabe als Generalsekretär. In einer Begrüßungsansprache erklärte der Ministerpräsident Zimbabwes, Robert Mugabe, der Gründungskongreß der ZCTU sei ein historischer Moment von großer Bedeutung für das Land. ,,Wenn wir zusammengeschlossen sind, wird die Arbeiterklasse eine Macht, mit der man rechnen muß."

Die Gefahr für Spanien ist nicht vorüber

Der Putsch ist gescheitert, aber die Putschisten sind nicht besiegt

bep. ,,Wie im Luxushotel'' würden die 4 am Putschversuch beteiligten Generäle behandelt, die in Kasernen in und um Madrid unter Arrest stehen. So berichten spanische Zeitungen. Sie könnten jeden empfangen und mit mit jedem reden und bekämen auch reichlich Besuch. Um sie herum breite sich eine Atmosphäre der Bewunderung aus. Bei seiner Rede anläßlich der Wiederholung seines Fahneneides in Saragossa warnte der König Juan Carlos letzte Woche erneut davor, die Untersuchungen gegen die Verantwortlichen des Putsches allzusehr auszudehnen. Aus den Informationen, die verschiedene Zeitungen zusammengetragen haben, läßt sich kombinieren, was diese Untersuchung, die nicht stattfinden soll, ergeben würde: Dem Putsch gingen eine umfangreiche Verschwörung und längere Vorbereitungen voraus. In diese Verschwörung waren beträchtliche Teile der Armeeführung mehr oder weniger verwickelt. Zumindest die Tatsache einer solchen Verschwörung war sowohl dem König als auch dem damals amtierenden Ministerpräsidenten Suárez bekannt. Während des Putsches verhielt sich eine Mehrheit der wichtigsten Armeeführer, der Generalkapitäne, die die spanischen Militärregionen kommandieren, abwartend; einige unterstützen die Ziele der Putschisten. Die Mehrheit erklärte ihre Unterstützung für König und Verfassung erst, als sich das Mißlingen des Putschversuchs abzeichnete.

Die Geschichte des Staatsstreichs

Über Vorbereitung und Ablauf des Putsches gibt es verschiedene Versionen. Die vollständigste und nach den bekannten Tatsachen plausibelste ist diese: Es handelte sich möglicherweise um zwei unabhängig voneinander vorangetriebene Verschwörungen. Im Mittelpunkt der einen habe der stellvertretende Generalstabschef, Alfonso Armada, gestanden. Schon vor Monaten sei geplant worden, im März die Regierung zum Rücktritt zu zwingen und das Parlament aufzulösen. Der König sollte eine Zivilregierung unter Aufsicht des Militärs berufen, deren Aufgabe die Unterdrückung des Terrorismus (vor allem Zerschlagung der ETA) und die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage durch drastische Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse sein sollte, um damit die ,,Rückkehr zur Demokratie'' vorzubereiten. Für ein solches Programm erhoffte man die Unterstützung oder wenigstens Duldung durch die westlichen imperialistischen Länder, vergleichbar der Behandlung der türkischen Militärregierung. Seit Dezember erschienen in dem Hetzblatt ,,El Alcazar'', dem Organ der Vereinigung der franquistischen Bürgerkriegskämpfer, mehr oder minder unverhüllte Putschaufrufe und verschlüsselte Anweisungen. Ministerpräsident Suárez habe von den Putschvorbereitungen erfahren und sei zurückgetreten, um dem Druck der Generäle auf einen schärferen Rechtskurs der Regierung nachzugeben und so den Putsch zu vermeiden. Die durch den Rücktritt verursachte politische Krise, vor allem aber die Proteste gegen den Polizeiapparat nach der Aufdeckung des Foltertods des baskischen Häftlings Arregui, wie auch die demonstrativen Rücktritte in der Polizeiführung, die gegen die Bestrafung der Folterer gerichtet waren, hätten aber dazu geführt, daß eine zweite Verschwörergruppe mit dem Guardia-Civil-Oberstleutnant Tejero und dem Befehlshaber der Militärregion Valencia, Bosch, vorschnell losgeschlagen hätte, in der Hoffnung, die Mehrheit des Offizierskorps mitzuziehen. Ob Armada in diesen Coup von vornherein eingeweiht war oder nicht, jedenfalls soll er am Abend des Putsches dem König den Vorschlag gemacht haben, eine provisorische Militärjunta für ein Jahr zu bilden, das Parlament aufzulösen, einige Verfassungsänderungen vorzunehmen und danach Wahlen unter Ausschluß der PCE (Kommunistische Partei Spaniens) vorzubereiten. Der König schloß sich dem Vorschlag der Generäle nicht an. Er wäre sonst wohl auch erledigt gewesen: Im Falle des Gelingens eine Puppe in der Hand der Generäle, im Fall des Scheiterns unwiderruflich kompromittiert. Die Besetzung der Hauptstadt durch eine bei Madrid stationierte Panzerdivision scheiterte nur knapp an der Uneinigkeit ihrer Kommandanten. Erst nach und nach folgte die Mehrheit der regionalen Militärbefehlshaber der Aufforderung des Königs, seinem Kommando zu folgen.

Das Ergebnis des Putschversuchs

Ob es in der Putschnacht zu formellen Absprachen zwischen der meuternden Generalität und dem König gekommen ist oder nicht: Auf jeden Fall haben die reaktionären Militärs einige politische Erfolge erzielt. Eine Säuberung von Armee und Guardia Civil soll es nicht geben. Wahrscheinlich wird es bei einigen Haftstrafen für Offiziere, die allzu deutlich hervorgetreten sind, bleiben. Der Parlamentsbesetzer Tejero war schon vor zwei Jahren der Teilnahme an einer Verschwörung zum Sturz der Regierung überführt worden. Er erhielt ein halbes Jahr Haft, wurde nicht degradiert und bekam ein neues Kommando. In scharfem Gegensatz dazu steht die Behandlung demokratischer Kräfte in der Armee. Die neue Regierung Calvo Sotelo hat einen von der letzten Regierung vorbereiteten Gesetzentwurf fallengelassen, der eine 1977 vom Parlament erlassene Amnestie für politische Vergehen aus der Franco-Zeit auch auf eine Reihe von Offizieren der Demokratischen Militärunion (UMD) ausgedehnt hätte. Die Demokratische Militärunion war eine 1975 gegründete, notwendig geheime Organisation demokratischer Offiziere. Neun von ihnen wurden 1976, als Franco schon tot war, wegen ,,Verschwörung'' zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, nach der Amnestie 1977 zwar freigelassen, aber nicht wieder in den aktiven Dienst aufgenommen.

Die neue Regierung unter Calvo Sotelo ist deutlich nach rechts gerückt. Im Parlament mit absoluter Mehrheit, gegen die Stimmen der PSOE (Sozialisten) und der PCE gewählt, stützt sie sich vor allem auf die bisherige Regierungspartei UCD (Demokratische Zentrumsunion, ein Sammelbecken verschiedener bürgerlicher Parteirichtungen). Die PSOE drängt auf Beteiligung an der Regierung, um ein stärkeres parlamentarisches Gegengewicht gegen die Gefahr einer Militärdiktatur zu schaffen. Relevante Teile der UCD sind offenbar dazu bereit, aber die Generäle sollen ein Veto eingelegt haben. Die Generalität fordert vor allem ein ,,härteres Durchgreifen gegen Terrorismus und Separatismus''. Eine der beiden ETA-Organisationen, die ETA politico-militar, hat inzwischen einen Waffenstillstand, das heißt die Einstellung der bewaffneten Aktionen beschlossen und die Verstärkung der Massenmobilisierung und der Anwendung politischer Kampfmittel angekündigt. Die ETA militar, stärker kleinbürgerlich-nationalistisch geprägt, will die militärischen Aktionen jedoch fortsetzen bis zur Erfüllung relativ weitreichender Forderungen (z.B. Abzug von Polizei und Militär aus dem Baskenland). Die Regierung hat noch nicht erkennen lassen, ob sie in der Autonomie-Frage den Kurs auf eine föderalistische Regelung ändern will. Dafür hat sie sich in einer anderen Frage deutlich geäußert: Sotelo hat ein Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das die spanische Wirtschaft auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig machen soll. Kernstück sind Änderungen des Arbeitsrechts und des Sozialversicherungssystems. Die Kosten der Sozialversicherung, die gegenwärtig hauptsächlich direkt von den Kapitalisten gezahlt werden, sollen erheblich reduziert, die Versicherungen mehr in den Staatshaushalt eingebaut werden – mit anderen Worten: Senkung der Lohnsumme und Einschränkung des Versicherungsschutzes. Eine ,,maßvolle Lohnpolitik'' ist darüber hinaus ausdrücklich Bestandteil dieses Programms. Bei einer Arbeitslosenrate von 12% klagen die Kapitalisten, daß das bestehende Arbeitsrecht Entlassungen allzusehr erschwert; auch das soll geändert werden.

Die Drohung eines neuen Putsches

Der Unternehmerverband, der die industriellen Kapitalisten vertritt, und die Privatbankiersvereinigung sind ebenfalls gegen eine Regierungsbeteiligung der Sozialisten, die möglicherweise gewisse Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung nach sich ziehen würde. Beide haben sich auch gegen eine Militärdiktatur ausgesprochen. Die Gründe liegen auf der Hand: Befürchtungen über schwere Kämpfe und internationale Proteste. Möglicherweise sind auch bestimmte Gegensätze innerhalb der herrschenden Klasse im Spiel, zwischen Teilen der industriellen und Finanzbourgeoisie, Teilen der Staatsbürokratie und dem immer noch starken, wenn auch mit der Entwicklung einer kapitalistischen Landwirtschaft verbürgerlichten Großgrundbesitz. Öffentlich nimmt kein offizielles Organ der Bourgeoisie (abgesehen von der kleinen, offen faschistischen ,,Fuerza Nueva'') Stellung für eine Militärdiktatur. Eine Garantie, daß die reaktionären Militärs nicht schon jetzt heimliche Unterstützung aus Kreisen der Finanzbourgeoisie und des Klerus erhalten, daß diese nicht einen neuen Versuch unternehmen und daß sich die Bourgeoisie dann nicht mit einer ,,modernisierten'' Militärdiktatur abfinden könnte, ist das zweifellos nicht. Die spanische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ist wie die keines anderen europäischen Staates von militärischen Staatsstreichen begleitet (die im 19. Jahrhundert nicht alle reaktionär waren). Bis heute rekrutiert sich das höhere Offizierskorps zu beträchtlichen Teilen noch aus Adel und Grundbesitz und besitzt einen starken Kastengeist wie auch die Einbildung einer historischen Mission zur Wahrung der ,,Einheit und Größe Spaniens'', die es allerdings traditionell gegen das eigene Volk zu verteidigen galt. Die Entwicklung demokratischer Bestrebungen in den Rängen, die sich u.a. in der Gründung der UMD ausdrückte, und die, wenn auch minimalen, Ansätze einer Heeresreform seit dem Übergang zur parlamentarischen Demokratie nach dem Tod Francos haben die reaktionären Generäle in ihren Putschgelüsten wahrscheinlich noch bestärkt, die sich übrigens seit Jahren schon in Drohungen und provokativen Aktionen äußern. Die militärische Sondergerichtsbarkeit und die Kontrolle der höchsten Generalität über die Beförderungen im Offizierskorps stützt die Machtverhältnisse in der Armee. Eine Säule der Reaktion ist seit jeher die Guardia Civil, eine inzwischen 90000 Mann starke Polizeitruppe, militärisch ausgerüstet und von der Bevölkerung sorgfältig getrennt gehalten.

Es ist gegenwärtig überhaupt nicht auszuschließen, daß die reaktionären Kräfte in Polizei und Armee, durchaus aus eigenem Antrieb und vielleicht auch gegen die momentanen Absichten großer Teile der Bourgeoisie, einen neuen Putsch ansteuern, der, ohne den König als Aushängeschild, gegen den Widerstand der politischen Parteien und vor allem der Gewerkschaften und Massenbewegung mit schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen durchgeführt würde. Wie schnell Arbeiterklasse und Massenbewegungen einem solchen Unternehmen erfolgreich entgegentreten können, ist aufgrund der letzten Ereignisse nicht leicht zu beurteilen. Die Demonstrationen am Freitag nach dem Putsch haben gezeigt, daß die überwältigende Mehrheit des spanischen Volkes sich mit einer neuen Diktatur nicht abfinden wird. Noch in der Nacht des Putsches haben lokale und regionale Gewerkschaftskomitees nach konspirativen Beratungen zum Generalstreik aufgerufen. Die Gewerkschaftszentralen haben aber diesen Generalstreik offenbar abgesagt und schließlich die Mobilisierung zu den Kundgebungen drei Tage später beschlossen. Dennoch haben am Tag nach dem Putsch im ganzen Land Warnstreiks stattgefunden, mit Schwerpunkten in Katalonien und im Baskenland.

Der Putschversuch ist gescheitert, aber erst die nächsten Wochen und Monate werden darüber entscheiden, ob dieses Scheitern zu einer wirklichen Niederlage der Reaktion gemacht und ein neuer Versuch vereitelt werden kann, ob die reaktionären Militär- und Polizeicliquen durch ihre Drohungen den reaktionären Kurs der Regierung stärken und die Massen einschüchtern können oder ob sie gar ein neues Blutbad anrichten werden.

pem. Über 4,1 Millionen Ausländer leben derzeit nach offiziellen Angaben in Frankreich, was einem Anteil von 7,5% an der Gesamtbevölkerung entspricht. Die ausländische Bevölkerung konzentriert sich wie die französische auch vor allem im Großraum Paris.

PCF: Aktionen gegen ausländische Arbeiter

,,Einwanderung erhöht nur die Lasten für die Nation''

Putsches gibt es verschiedene Versionen. Die vollständigste und nach den bekannten Tatsachen plausibelste ist diese: Es handelte sich möglicherweise um zwei unabhängig voneinander vorangetriebene Verschwörungen. Im Mittelpunkt der einen habe der stellvertretende Generalstabschef, Alfonso Armada, gestanden. Schon vor Monaten sei geplant worden, im März die Regierung zum Rücktritt zu zwingen und das Parlament aufzulösen. Der König sollte eine Zivilregierung unter Aufsicht des Militärs berufen, deren Aufgabe die Unterdrückung des Terrorismus (vor allem Zerschlagung der ETA) und die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage durch drastische Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse sein sollte, um damit die ,,Rückkehr zur Demokratie'' vorzubereiten. Für ein solches Programm erhoffte man die Unterstützung oder wenigstens Duldung durch die westlichen imperialistischen Länder, vergleichbar der Behandlung der türkischen Militärregierung. Seit Dezember erschienen in dem Hetzblatt ,,El Alcazar'', dem Organ der Vereinigung der franquistischen

ledigt gewesen: Im Falle des Gelingens eine Puppe in der Hand der Generäle, im Fall des Scheiterns unwiderruflich kompromittiert. Die Besetzung der Hauptstadt durch eine bei Madrid stationierte Panzerdivision scheiterte nur knapp an der Uneinigkeit ihrer Kommandanten. Erst nach und nach folgte die Mehrheit der regionalen Militärbefehlshaber der Aufforderung des Königs, seinem Kommando zu folgen.

Das Ergebnis des Putschversuchs

Ob es in der Putschnacht zu formellen Absprachen zwischen der meuternden Generalität und dem König gekommen ist oder nicht: Auf jeden Fall haben die reaktionären Militärs einige politische Erfolge erzielt. Eine Säuberung von Armee und Guardia Civil soll es nicht geben. Wahrscheinlich wird es bei einigen Haftstrafen für Offiziere, die allzu deutlich hervorgetreten sind, bleiben. Der Parlamentsbesetzer Tejero war schon vor zwei Jahren der Teilnahme an einer Verschwörung zum Sturz der Regierung überführt worden. Er er-

schaffen. Relevante Teile der UCD sind offenbar dazu bereit, aber die Generäle sollen ein Veto eingelegt haben. Die Generalität fordert vor allem ein ,,härteres Durchgreifen gegen Terrorismus und Separatismus''. Eine der beiden ETA-Organisationen, die ETA politico-militar, hat inzwischen einen Waffenstillstand, das heißt die Einstellung der bewaffneten Aktionen beschlossen und die Verstärkung der Massenmobilisierung und der Anwendung politischer Kampfmittel angekündigt. Die ETA militar, stärker kleinbürgerlich-nationalistisch geprägt, will die militärischen Aktionen jedoch fortsetzen bis zur Erfüllung relativ weitreichender Forderungen (z.B. Abzug von Polizei und Militär aus dem Baskenland). Die Regierung hat noch nicht erkennen lassen, ob sie in der Autonomie-Frage den Kurs auf eine föderalistische Regelung ändern will. Dafür hat sie sich in einer anderen Frage deutlich geäußert: Sotelo hat ein Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das die spanische Wirtschaft auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig machen soll. Kernstück sind Änderungen des

Finanzbourgeoisie, Teilen der Staatsbürokratie und dem immer noch starken, wenn auch mit der Entwicklung einer kapitalistischen Landwirtschaft verbürgerlichten Großgrundbesitz. Öffentlich nimmt kein offizielles Organ der Bourgeoisie (abgesehen von der kleinen, offen faschistischen ,,Fuerza Nueva'') Stellung für eine Militärdiktatur. Eine Garantie, daß die reaktionären Militärs nicht schon jetzt heimliche Unterstützung aus Kreisen der Finanzbourgeoisie und des Klerus erhalten, daß diese nicht einen neuen Versuch unternehmen und daß sich die Bourgeoisie dann nicht mit einer ,,modernisierten'' Militärdiktatur abfinden könnte, ist das zweifellos nicht. Die spanische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ist wie die keines anderen europäischen Staates von militärischen Staatsstreichen begleitet (die im 19. Jahrhundert nicht alle reaktionär waren). Bis heute rekrutiert sich das höhere Offizierskorps zu beträchtlichen Teilen noch aus Adel und Grundbesitz und besitzt einen starken Kastengeist wie auch die Einbildung einer historischen Mission zur Wahrung der ,,Ein-

Gegenwart'' widmet G. Marchais dem Problem der Nation ein ganzes Kapitel, das er mit der Feststellung einleitet: ,,Ich bin davon überzeugt, daß der Kampf für revolutionäre Veränderungen völlig übereinstimmt mit dem nationalen Kampf für die Verteidigung

tag nach dem Putsch haben gezeigt, daß die überwältigende Mehrheit des spanischen Volkes sich mit einer neuen Diktatur nicht abfinden wird. Noch in der Nacht des Putsches haben lokale und regionale Gewerkschaftskomitees nach konspirativen Beratungen zum Generalstreik aufgerufen. Die Gewerkschaftszentralen haben aber diesen Generalstreik offenbar abgesagt und schließlich die Mobilisierung zu den Kundgebungen drei Tage später beschlossen. Dennoch haben am Tag nach dem Putsch im ganzen Land Warnstreiks stattgefunden, mit Schwerpunkten in Katalonien und im Baskenland.

Der Putschversuch ist gescheitert, aber erst die nächsten Wochen und Monate werden darüber entscheiden, ob dieses Scheitern zu einer wirklichen Niederlage der Reaktion gemacht und ein neuer Versuch vereitelt werden kann, ob die reaktionären Militär- und Polizeicliquen durch ihre Drohungen den reaktionären Kurs der Regierung stärken und die Massen einschüchtern können oder ob sie gar ein neues Blutbad anrichten werden.

PCF: Aktionen gegen ausländische Arbeiter

,,Einwanderung erhöht nur die Lasten für die Nation''

pem. Über 4,1 Millionen Ausländer leben derzeit nach offiziellen Angaben in Frankreich, was einem Anteil von 7,5% an der Gesamtbevölkerung entspricht. Die ausländische Bevölkerung konzentriert sich wie die französische auch vor allem im Großraum Paris. Die Bürgermeister der Regierungsmehrheit verfolgen in Zusammenarbeit mit den für die Unterbringung der ausländischen Arbeiter zuständigen Stellen dabei eine Politik, diese in den Gemeinden zu konzentrieren, in denen die PCF die Mehrheit hat, um so Kosten und Probleme aus ihren Gemeinden fernzuhalten. So befinden sich z.B. im Département Val-de-Marne, das die südöstlichen Vororte von Paris umfaßt, von 41 Wohnheimen für ausländische Arbeiter 33 in Gemeinden, die von der PCF regiert werden. Der Ausländeranteil in diesen Gemeinden liegt ebenfalls um wesentliches höher. ,,Aubervilliers, dessen Ausländeranteil 1975 24,5% war, ist auf 27% gestiegen. Montfermeil von 22 auf 26%, Saint Denis von 24,5 auf 28%. Dagegen liegt man in Raincy bei 5,2%, in Lilas bei 10,5% und in Bourget bei 11%. Diese Gemeinden haben eins gemeinsam: sie werden von Bürgermeistern der Regierungsmehrheit regiert'', erklärt ein Bürgermeister der PCF.

Angesichts z.T. katastrophaler Wohnverhältnisse und der Tatsache, daß gegenwärtig in Frankreich mehr als 1,6 Mio. Menschen arbeitslos sind, ist es unvermeidlich, daß es zu Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen der ausländischen und der französischen Bevölkerung kommt. Die PCF hat angesichts dieser Lage eine Politik eingeschlagen, die in ihren praktischen Auswirkungen sich gegen die ausländischen Arbeiter richtet und z.T. rassistische Züge trägt und die theoretisch nur die Kehrseite eines schon lange von ihr verfolgten Nationalismus ist.

Wenige Wochen vor Weihnachten des vergangenen Jahres versucht der Bürgermeister der Gemeinde St. Maur, der von der Regierungsmehrheit gestellt wird, mit Hilfe der ADEF, einer Gesellschaft, die eine Reihe von Wohnheimen unterhält, sich 300 malischer Arbeiter zu entledigen und sie in die Gemeinde Vitry-sur-Seine abzuschieben, die von der PCF regiert wird. Die Reaktion der PCF darauf ist drastisch. Nicht etwa, daß sie vielleicht Häuser in der Gemeinde St. Maur besetzt. Am *24. Dezember* begibt sich ein Kommando der PCF unter Führung des Bürgermeisters und ausgerüstet mit einem Bulldozzer zu dem fraglichen Wohnheim und macht es kurzerhand unbewohnbar. Wenige Tage später wird eine Demonstration durchgeführt unter der Forderung nach ,,Stopp der Einwanderung'' und nach ,,gleichmäßiger Verteilung der Ausländer auf die einzelnen Départements''; Mitte Februar glaubt die PCF einen weiteren Coup landen zu können. Sie verbindet den Kampf gegen das Rauschgiftproblem mit dem Kampf zur Lösung der Ausländerfrage.

Auf die einfache und unbewiesene Beschuldigung einer marrokanischen Familie durch die Mutter einer algerischen Familie, mit Drogen zu handeln, veranstaltet die PCF von einem Tag auf den anderen eine Demonstration unter der Forderung ,,Vertreibt die Drogen aus Montigny''; eine Forderung, die weder vom Wortlaut noch vom Inhalt sehr weit davon entfernt ist, die Vertreibung der fraglichen Familie nahezulegen.

Ob Zufall oder nicht, wenige Tage nach der Demonstration wird in der Wohnung der Familie, von der die Denunziation ausging, eine größere Menge Rauschmittel von der Polizei gefunden. G. Marchais, der wenige Tage später auf einer öffentlichen Veranstaltung spricht, nimmt dies nicht etwa zum Anlaß, sich bei der marrokanischen Familie zu entschuldigen, die ohne Beweis angeklagt wurde, sondern kommentiert schlicht, die Aktion der PCF sei schließlich doch nicht umsonst gewesen.

Das Auftreten von Marchais in Montigny wie auch die Tatsache, daß bei allen Aktionen der PCF immer führende Mitglieder der Partei anwesend waren, macht deutlich, daß es sich nicht um den Ausrutscher des einen oder anderen Bürgermeisters handelt, sondern um eine Kampagne, die durch die Führung der Partei beschlossen ist. Diese Kampagne ist gleichzeitig nicht nur ein unreflektiertes Nachgeben gegenüber Problemen, wie sie sich tatsächlich stellen, sondern besitzt auch ihre theoretische Fundierung. Noch im ,,Programme commun'' von 1972 hatte die PCF gemeinsam mit der PS (Sozialistische Partei) die Forderung vertreten: ,,Die ausländischen Arbeiter müssen die gleichen Rechte genießen, wie die französischen Arbeiter. Das Gesetz garantiert ihre politischen, sozialen und gewerkschaftlichen Rechte.'' In den jetzt von der PCF vorgelegten 131 Forderungen für die Präsidentschaftswahlen findet sich diese Forderung nicht mehr. Dort werden die Probleme, die sich aus der Tatsache der Einwanderung ergeben, unter dem Punkt Vollbeschäftigung behandelt. Es heißt: Vollbeschäftigung. ,,5. Die offizielle und die illegale Einwanderung stoppen.'' Und wenn G. Marchais dann noch auf der genannten öffentlichen Veranstaltung in Montigny erklärt, daß die Alarmgrenze erreicht sei bei der Einwanderung, einer ,,Einwanderung, die nur die Zahl der Arbeitslosen und derer vergrößert, für die die *französische Nation* aufkommen muß'', so ist der Schritt zu der These, daß die Ausländer das Brot der Franzosen essen, wie es hier heißt, nicht mehr sehr weit. Und entsprechend seiner Logik, daß es die *französische Nation* ist, die die Lasten der Einwanderung zu tragen habe, scheut sich die PCF auch nicht, die Forderung zu erheben, daß die Länder, aus denen die Einwanderer stammen, sich finanziell an der Lösung der Probleme zu beteiligen hätten. Neben diesen beiden Forderungen verlangt die PCF noch die gleichmäßige Verteilung der ausländischen Arbeiter auf die einzelnen Gemeinden, gegen die Taktik der Bürgermeister der Regierungsmehrheit, opfert damit aber auch den Anspruch auf Freizügigkeit der Ausländer.

Diese Politik der PCF, wie sie seit Weihnachten von ihr verfolgt wird, kann nicht nur aus dem Umstand heraus erklärt werden, daß sie hofft, dadurch die eine oder andere Stimme aus kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung bei den kommenden Wahlen zu bekommen, wenngleich das sicherlich zu ihrer beschleunigten Umsetzung geführt haben dürfte. Diese Politik hat ihre Ursache und ist nur Ausdruck eines schon lange in anderen Fragen von der PCF praktizierten Nationalismus.

In seinem Buch ,,Hoffnung in der Gegenwart'' widmet G. Marchais dem Problem der Nation ein ganzes Kapitel, das er mit der Feststellung einleitet: ,,Ich bin davon überzeugt, daß der Kampf für revolutionäre Veränderungen völlig übereinstimmt mit dem nationalen Kampf für die Verteidigung der nationalen Integrität Frankreichs, damit, es aus der Krise herauszuführen, seine Möglichkeiten zur Geltung zu bringen und dadurch ihm eine Zukunft zu sichern, die seiner Vergangenheit angemessen ist.''

Die These von der ,,Einheit des nationalen und des revolutionären Kampfes'' wird dann fortgesetzt in der Betrachtung, daß es die Nation schon zu einigem gebracht hat: ,,Frankreich hat schon gute Positionen im Nuklearbereich, in der Luft- und Raumfahrt und in bestimmten Bereichen der Elektronik. Ebenso ist es gut plaziert im Bereich des Fernmeldewesens, in den vielschichtigen Aktivitäten der Informatik ... Aber es ist eine Illusion zu glauben, daß die *Nation* daraus einen Vorteil ziehen kann ohne mit der amerikanischen Vorherrschaft zu brechen; französisch produzieren, das bedeutet auch das.''

Ist es hier der US-Imperialismus, der verhindert, daß die französische Nation aus ihrer wirtschaftlichen Stärke einen Vorteil ziehen kann, so waren es zuvor die ausländischen Arbeiter, die der französischen Nation erhöhte Lasten auferlegen. Hat die PCF den ersten Umstand bereits in der Parole ,,französisch produzieren'' zusammengefaßt, die sich scheinbar gegen den US-Imperialismus richtet, so zögert sie noch, auch dem anderen Teil die Form einer zündenden Parole zu geben. Sie bräuchte die gleiche Parole nur mit dem Hinweis zu versehen, daß ,,französisch produzieren'' nicht nur bedeutet, unter der Kontrolle der Franzosen, sondern auch durch Franzosen zu produzieren.

Die gewerkschaftliche Frauenbewegung in Westdeutschland

„Die Emanzipation der Frauen ist ein Teil des Kampfes um die Emanzipation des arbeitenden Menschen“

wal. 1978 waren 1482349 weibliche und 6269174 männliche Mitglieder im DGB organisiert. Die weiblichen Mitglieder haben gegenüber dem Vorjahr um 80000 zugenommen. Im DGB werden vor allem die Fragen der erwerbstätigen Frauen behandelt, und das Ziel ist es, den Kampf um die Forderungen der Frauen auch gemeinsam mit den Männern zu führen. Damit die Interessen und Belange der lohnabhängigen Frauen in den Gewerkschaften berücksichtigt und vertreten werden, müssen sie selbst im Rahmen der Gewerkschaftsarbeit eine eigenständige Möglichkeit haben, ihre Interessen und Forderungen einbringen zu können. Bei der Neugründung des DGB 1949 wurde eine Hauptabteilung „Frauen“ geschaffen, Frauenausschüsse und Frauenkonferenzen bilden seitdem die gewerkschaftlichen Organe der Frauenarbeit.

Friedrich Engels schrieb im „Ursprung der Familie“, daß durch die Einbeziehung der Frauen in die Produktion die familiäre Arbeitsteilung als geschichtlich überholt angesehen werden kann, denn die Vorherrschaft des Mannes in der Ehe falle als „einfache Folge seiner ökonomischen Vorherrschaft mit dieser von selbst.“

Bis heute ist jedoch festzustellen, daß weder durch die Berufstätigkeit der Frau noch durch gesetzliche Bestimmungen die soziale Benachteiligung der Frau und ihre spezielle Unterdrückung beseitigt ist. Die Berufstätigkeit der Frau trägt zunächst im Kapitalismus, trotz der ihr innewohnenden positiven Tendenzen, mehr zur Doppelbelastung der Frau als zu ihrer Befreiung bei.

Aus diesem Grunde ist es richtig, daß die Gewerkschaften Abteilungen bilden, die die Probleme der Frauen berücksichtigen und sich besonders für die Rechte der Frauen einsetzen. Allerdings gibt es Auseinandersetzungen um diese Frage in den Gewerkschaften. In den 50er Jahren war noch eine Haltung im DGB verbreitet, die für die Frauen die Hausfrauen- und Mutterrolle betonte und eine ablehnende Haltung zur Frauenarbeit einnahm. Diese Erfahrungen machen die Frauen auch heute noch häufig genug in den Gewerkschaften (z.B. wurde in einigen Einzelgewerkschaften die Auflösung der Frauenausschüsse diskutiert, DPG, HBV). Auch in den Betrieben machen Frauen die Erfahrungen, daß ihre Forderungen nicht von den männlichen Kollegen unterstützt werden.

1969 wurde auf dem DGB-Bundesfrauen-Kongreß ein Programm für Arbeitnehmerinnen“ verabschiedet, das im wesentlichen noch heute gültig ist. „Die berufliche Tätigkeit der Frauen ist für die Frauen selbst von wesentlicher Bedeutung, für die Volkswirtschaft unentbehrlich, für die Gesellschaft notwendig. – Die Frauen sichern durch berufliche Tätigkeit nicht nur ihre Existenz; sie entwickeln durch sie ihre Fähigkeiten und erhalten Impulse zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit!“ (Präambel des Programms) Die IG Metall schreibt in den 12 Thesen zur gewerkschaftlichen Frauenarbeit: „Die Gleichstellung der Geschlechter und die Befreiung der Menschheit ist letztenendes nicht zu verwirklichen, ohne die Aufhebung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit. Die Emanzipation der Frauen ist ein Teil des Kampfes um die Emanzipation des arbeitenden Menschen.“

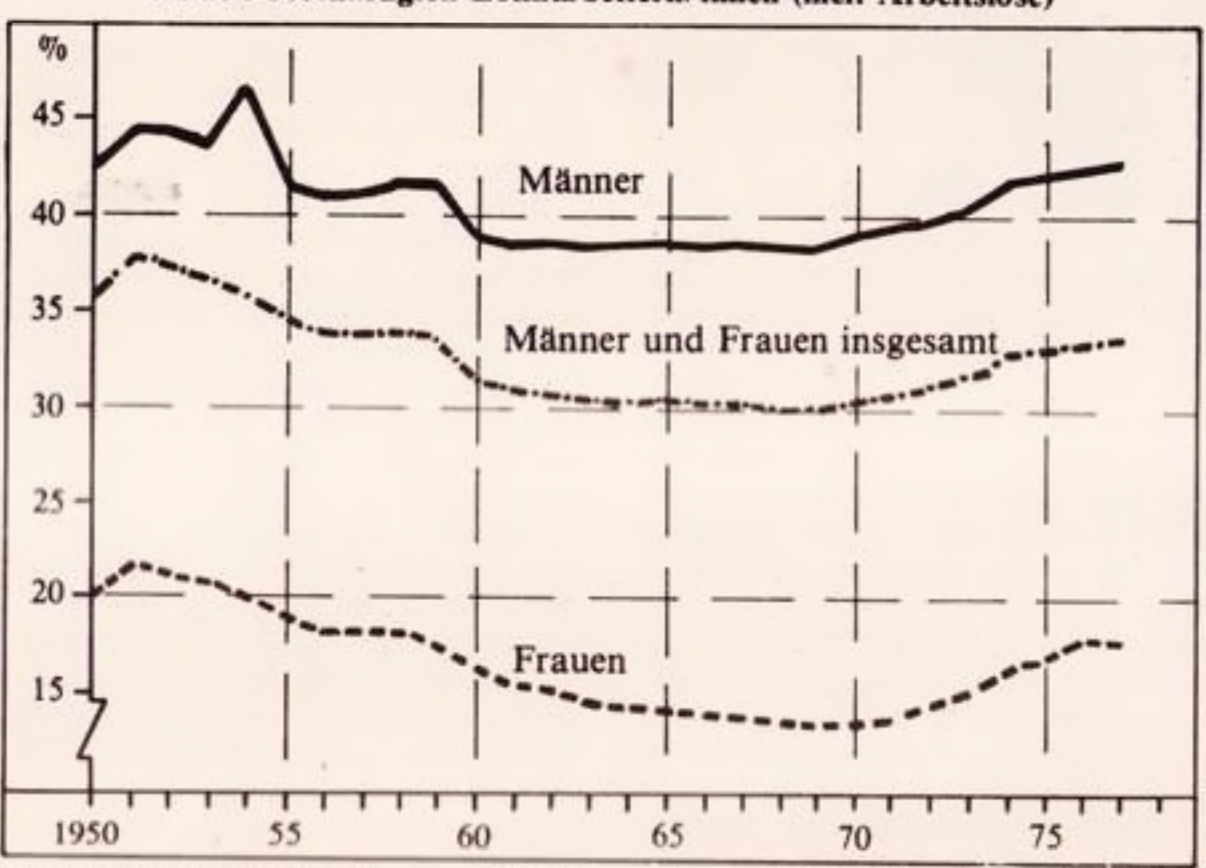
Wie aus dem Schaubild ersichtlich ist, ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Frauen relativ gering. Es gibt verschiedene Hindernisse, die den Zugang der Frauen zu den Gewerkschaften erschweren:
– Doppelbelastung, Beruf, Haushalt, Kinder,
– ein großer Teil der Frauen sieht die Erwerbstätigkeit als etwas vorübergehendes an,
– Ehemänner verbieten ihren Frauen die gewerkschaftliche Arbeit,
– Frauen arbeiten häufig in Kleinbetrieben.

Betriebsgröße	gewerk. Org. grad	Anteil an erwerbst. Frauen
Kleinbetriebe (1 – 10 Beschäftigte)	11%	22%
Mittelbetriebe (11 – 100 Beschäftigte)	23%	30%
größere Betriebe (101 – 500 Beschäft.)	18%	18%
Großbetriebe (über 500 Beschäft.)	42%	24%

In den 50er Jahren konzentrierten sich die gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfe darauf, minimale Voraussetzungen und Bedingungen für Frauenarbeit zu schaffen, denn der Verschleiß der weiblichen Arbeitskraft führte dazu, daß in der ersten Hälfte der 50er Jahre rund 85% aller sozialversicherten Frauen vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze berufsunfähig und invalide wurde.

Die gewerkschaftliche Frauenarbeit konzentrierte sich in diesen Jahren auf folgende Forderungen und Fragen:
– gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit,
– Verkürzung der Arbeitszeit,
– Ausbau der Mutterschutzgesetze,
– spezifische Arbeitsschutzmaßnahmen für Frauen.
Im Kampf gegen die „Frauenlohnklauseln“ in den Tarifverträgen wurde 1954 ein Erfolg errungen. Das Bundesarbeitsgericht untersagte diese offene Diskriminierung der Frauen.

Anteil der im DGB organisierten Männer und Frauen an den beschäftigten Lohnarbeitern/innen (incl. Arbeitslose)



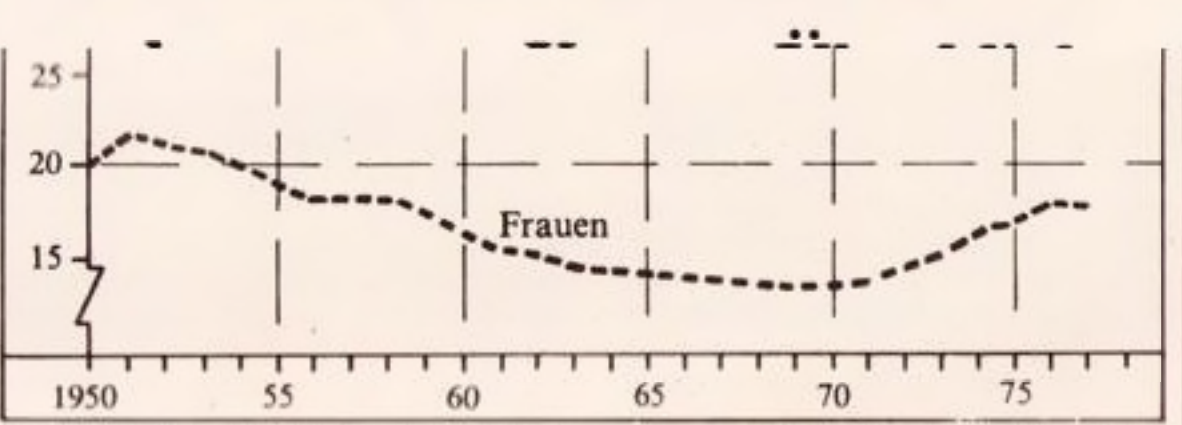
Quelle: DGB-Geschäftsberichte, zit. n. Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 3/80, S. 139

In den 60er Jahren wurde die Forderung nach Gleichstellung der Frau mit dem Mann sowohl im Arbeitsleben als auch in der Familie und anderen gesellschaftlichen Bereichen die übergreifende Thematik der gewerkschaftlichen Frauenarbeit. Es traten stärker Forderungen zur Vergesellschaftung verschiedener Reproduktionsbereiche (Kindererziehung, Altersversorgung etc.) in den Vordergrund.

Aus den Protokollen der Bundesfrauenkonferenzen der 70er Jahre geht hervor, daß jetzt nicht allein einzelne Forderungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Frauen aufgestellt werden, sondern diskutiert wird, daß das Programm für lohnabhängige Frauen dahingehend ergänzt wird, daß „. . . die Stellung der Frauen im Arbeitsleben, in Familie und Gesellschaft herausgearbeitet wird.“

Zur Bundestagswahl 1976 sagte der DGB zur Gleichberechtigung der Frauen in Prüfstein 4 folgendes:
Der DGB fordert die volle Gleichberechtigung der Frauen.
Das bedeutet in der Gesellschaft:
– Gleiche Chancen für Mädchen und Jungen in der schulischen und beruflichen Ausbildung.
– Unterricht für Mädchen und Jungen nach den gleichen Lehrplänen.
– Ausbildungspflicht für alle Jugendlichen.
Das bedeutet für die Familie:
Es sind alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit die Frauen erwerbstätig sein können. Die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt ist zu erleichtern durch
– Überwindung der traditionellen Arbeitsteilung von Männern und Frauen.
– Gemeinsame Kindererziehung durch Männer und Frauen.
– Bereitstellung von familienergänzenden Erziehungseinrichtungen wie Kindertagesstätten und Ganztagsschulen.
– Weitere Verbesserung der Freistellungsmöglichkeiten von Erwerbstätigen zur Pflege erkrankter Kinder.
– Anerkennung der Kindererziehung als notwendige gesellschaftliche Aufgabe. Dazu muß Müttern und Vätern zur Betreuung der Kinder nach Ablauf der Mutterschutzfrist ein bezahlter Sonderurlaub gewährt werden. Außerdem müssen die Zeiten der Kindererziehung in der Rentenversicherung angerechnet werden.
– Arbeitszeitverkürzung für Männer und Frauen.
Das bedeutet in der Arbeitswelt:
– Schaffung gleicher Arbeitsmarktchancen für Frauen durch geeignete Bildungsangebote und Arbeitsbeschaffungsprogramme.
– Gleiche Aufstiegschancen für Frauen bei gleichzeitiger Öffnung von Berufen, die heute praktisch den Frauen verschlossen sind.
– Verbesserung des Mutterschutzgesetzes.
– Verbesserung der Rentenversicherung der Frauen durch einen Härteausgleich für Lohndiskriminierung und gleiche Bewertung der pauschalen Ausfallzeiten von Männern und Frauen.
– Ausbau einer eigenständigen sozialen Sicherung für die Frauen.
Mit der sich entwickelnden Krise, in der in den letzten Jahren verstärkt Frauen arbeitslos wurden, und der drohenden Kriegsgefahr, die die Ankündigung ‚Frauen in die Bundeswehr' hervorbrachte, machte sowohl die gewerkschaftliche als auch die autonome Frauenbewegung große Fortschritte. In diesem Jahr haben die Frauen durch viele Beschlüsse auf den Gewerkschaftstagen im DGB durchgesetzt, daß der internationale Frauentag als Kampftag auch vom DGB gefeiert wird. Die Entschließungen auf den Gewerkschaftstagen zur Frauenpolitik, die in den letzten Jahren verabschiedet wurden, umfassen weitgehende Fragen der Gleichstellung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen, der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik und stellen richtige Forderungen gegen die Benachteiligung der Frauen in diesen Bereichen auf. Weiterhin sprechen sie sich entschieden gegen jegliche Dienstverpflichtung der Frauen aus.

Genauso wie am 1. Mai ist es richtig, im DGB den Kampf darum zu führen, daß die Forderungen der Frauen am 8. März, dem Internationalen Frauentag, erhoben werden. Der DGB hat kein zentrales Flugblatt an diesem Tag herausgebracht, sondern nur wenige Einzelgewerkschaften oder DGB-Landesverbände. Das zeigt, daß es weiter Kampf um diesen Tag geben wird.



chm. Zum Intenationalen Frauentag
freiung bei.
Aus diesem Grunde ist es richtig, daß die Gewerkschaften Abteilungen bilden, die die Probleme der Frauen berücksichtigen und sich besonders für die Rechte der Frauen einsetzen. Allerdings gibt es Auseinandersetzungen um diese Frage in den Gewerkschaften. In den 50er Jahren war noch eine Haltung im DGB verbreitet, die für die Frauen die Hausfrauen- und Mutterrolle betonte und eine ablehnende Haltung zur Frauenarbeit einnahm. Diese Erfahrungen machen die Frauen auch heute noch häufig genug in den Gewerkschaften (z.B. wurde in einigen Einzelgewerkschaften die Auflösung der Frauenausschüsse diskutiert, DPG, HBV). Auch in den Betrieben machen Frauen die Erfahrungen, daß ihre Forderungen nicht von den männlichen Kollegen unterstützt werden.
1969 wurde auf dem DGB-Bundesfrauen-Kongreß ein Programm für Arbeitnehmerinnen“ verabschiedet, das im wesentlichen noch heute gültig ist. „Die berufliche Tätigkeit der Frauen ist für die Frauen selbst von wesentlicher Bedeutung, für die Volkswirt-
die gewerkschaftliche Arbeit,
– Frauen arbeiten häufig in Kleinbetrieben.
Betriebsgröße | gewerk. Org. grad | Anteil an erwerbst. Frauen
Kleinbetriebe (1 – 10 Beschäftigte) | 11% | 22%
Mittelbetriebe (11 – 100 Beschäftigte) | 23% | 30%
größere Betriebe (101 – 500 Beschäft.) | 18% | 18%
Großbetriebe (über 500 Beschäft.) | 42% | 24%
In den 50er Jahren konzentrierten sich die gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfe darauf, minimale Voraussetzungen und Bedingungen für Frauenarbeit zu schaffen, denn der Verschleiß der weiblichen Arbeitskraft führte dazu, daß in der ersten Hälfte der 50er Jahre rund 85% aller sozialversicherten Frauen vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze berufsunfähig und invalide wurde.
Quelle: DGB-Geschäftsberichte, zit. n. Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 3/80, S. 139
In den 60er Jahren wurde die Forderung nach Gleichstellung der Frau mit dem Mann sowohl im Arbeitsleben als auch in der Familie und anderen gesellschaftlichen Bereichen die übergreifende Thematik der gewerkschaftlichen Frauenarbeit. Es traten stärker Forderungen zur Vergesellschaftung verschiedener Reproduktionsbereiche (Kindererziehung, Altersversorgung etc.) in den Vordergrund.
Aus den Protokollen der Bundesfrauenkonferenzen der 70er Jahre geht hervor, daß jetzt nicht allein einzelne Forderungen zur Verbesserung der
Jungen in der schulischen und beruflichen Ausbildung.
– Unterricht für Mädchen und Jungen nach den gleichen Lehrplänen.
– Ausbildungspflicht für alle Jugendlichen.
Das bedeutet für die Familie:
Es sind alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit die Frauen erwerbstätig sein können. Die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt ist zu erleichtern durch
– Überwindung der traditionellen Arbeitsteilung von Männern und Frauen.
– Gemeinsame Kindererziehung durch Männer und Frauen.
Die steigende Arbeitslosigkeit unter
schaftliche als auch die autonome Frauenbewegung große Fortschritte. In diesem Jahr haben die Frauen durch viele Beschlüsse auf den Gewerkschaftstagen im DGB durchgesetzt, daß der internationale Frauentag als Kampftag auch vom DGB gefeiert wird. Die Entschließungen auf den Gewerkschaftstagen zur Frauenpolitik, die in den letzten Jahren verabschiedet wurden, umfassen weitgehende Fragen der Gleichstellung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen, der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik und stellen richtige Forderungen gegen die Benachteiligung der Frauen in diesen Bereichen auf. Weiterhin sprechen sie sich entschieden gegen jegliche Dienstverpflichtung der Frauen aus.
Genauso wie am 1. Mai ist es richtig, im DGB den Kampf darum zu führen, daß die Forderungen der Frauen am 8. März, dem Internationalen Frauentag, erhoben werden. Der DGB hat kein zentrales Flugblatt an diesem Tag herausgebracht, sondern nur wenige Einzelgewerkschaften oder DGB-Landesverbände. Das zeigt, daß es weiter Kampf um diesen Tag geben wird.

Die autonome Frauenbewegung: Kurzer Überblick

Eine verstärkte Zusammenarbeit in und mit den Gewerkschaften bahnt sich an

chm. Zum Intenationalen Frauentag haben allein in Frankfurt und Umgebung 39 deutsche und ausländische Frauengruppen aufgerufen unter dem Motto „Frauen gegen Gewalt und Krieg“. Der größte Teil der deutschen Gruppen gehört zu den „autonomen Frauengruppen“ (partei- und verbandsunabhängig). Alle Gruppen haben sich im Frauenforum zusammengeschlossen, das auch nach dem 8. März seine Arbeit fortsetzen will. Sie soll sich in drei Arbeitsgruppen vollziehen: Frauen für Frieden, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und mehr Rechte für Ausländerinnen. Alle drei Themen gehören, zumindest in dieser Deutlichkeit, nicht zu den „frauenspezifischen“, die die Diskusssion in den Frauengruppen seit ihrer Entstehung beherrschen.

Die Anfänge der autonomen Frauenbewegung in der BRD gehen auf das Jahr 1968 zurück. Sieben weibliche Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes in Westberlin gründeten den „Aktionsrat für die Befreiung der Frau“.

Die Notwendigkeit einer eigenen Organisation für Frauen wurde damit begründet, daß die Frauen in der Gesellschaft einer besonderen Unterdrückung ausgesetzt seien; um sich gegen diese besondere Unterdrückung zur Wehr zu setzen, müßten sie sich eigene Organisationen schaffen, zumal die besondere Unterdrückung der Frauen auch im SDS vorhanden sei.

Im Verlauf der Kämpfe gegen den §218 der 70er Jahre wurden die ersten Frauenzentren gegründet, die die Aufgabe hatten, Frauen, die eine Abtreibung brauchen, zu unterstützen. Seitdem ist ein weitgespanntes Netz von Selbsthilfeeinrichtungen aufgebaut worden: Therapiegruppen für psychisch erkrankte Frauen, ein feministisches Gesundheitszentrum in Westberlin, Medizingruppen, Frauenbuchläden, Frauenverlage, Frauenzeitungen und Frauenhäuser. Die Frauenhäuser werden von den dafür gegründeten eingetragenen Vereinen „Frauen helfen Frauen“ in Selbstverwaltung geführt. Gerade um diese Selbstverwaltung müssen die Frauengruppen einen zähen Kampf führen gegen die Kontrollversuche des Staatsapparates.

Für die Zusammenfassung ihrer Arbeit auf einem bestimmten Gebiet und auch für die Festlegung weiterer Aufgaben hat sich innerhalb der Frauenbewegung die Form des Tribunals entwickelt. Das letzte dieser Tribunale fand 1980 gegen den §218 in Frankfurt statt.

Die Sommeruniversität der Frauen besteht seit 1975. Sie hat sich zu einem Forum für die Auswertung der Tätigkeit, aber auch für die Reflexion der theoretischen Grundlagen dieser Tätigkeit entwickelt. 1980 war das Thema „Biederer Alltag – radikale Träume“ und hatte als Schwerpunkt die Berufstätigkeit der Frau. Ein Jahr zuvor bildete die Untersuchung der Hausarbeit, des Arbeitsmarkts für Frauen und der Familienpolitik der bürgerlichen Parteien einen Schwerpunkt der Diskussionen.



Trotz des vollständigen Demonstrationsverbots, das die Stadt Frankfurt für den 7.3. verhängt hatte, fand die geplante Frauendemonstration zum Internationalen Frauentag statt. Es gelang den ca. 1000 Demonstrationsteilnehmerinnen, unter ihnen zahlreiche ausländische Frauen, trotz der Polizeisperren den geplanten Kundgebungsort zu erreichen. Das Demonstrationsverbot wurde mit der Befürchtung vor „Eingriffen anarchistischer Kräfte“ begründet. Sympathisanten der RAF und der Aktionskreis der Freunde und Verwandte der Gefangenen hatte eine Demonstration zur Unterstützung des Hungerstreiks für den gleichen Tag angemeldet.

Die steigende Arbeitslosigkeit unter den Frauen, die große Zahl arbeitsloser (weiblicher) Jugendlicher, Auflösungserscheinungen innerhalb der autonomen Frauengruppen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975 haben erneut zu einer Auseinandersetzung um die Klassenbasis der Frauenbewegung und um ihre Aufgaben geführt. Immer mehr Frauen, die in Frauengruppen arbeiten, sind zugleich auch gewerkschaftlich organisiert. Die mangelhafte Kenntnis über die Lage der arbeitenden Frauen, über die Entwicklung des politischen Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik und international wurden auf dem Treffen des Frauenforums zur Vorbereitung des 8. März beklagt. Versuche eines Zusammenschlusses um konkrete Forderungen sind vorhanden. Das zeigt das Buch von Marielouise Janssen-Jurreit „Frauenprogramm“: „Es ist an der Zeit, daß auch deutsche Frauen aus den verschiedensten Arbeits- und Aktionsgruppen und Berufen ihre Forderungen zusammentragen und zu einem gemeinsamen Programm kommen . . .“ Das Buch gibt einen Überblick über die Lage der Frau in der BRD am Arbeitsplatz, sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft, über die Ausbildung von Mädchen und Frauen, behandelt die Stellung der Frauen sowohl im Steuerrecht als auch in der Rentenreform, das Frauenbild in der Erziehung in Schule und Familie und ihre rechtliche Stellung. Das „Frauenprogramm“ selbst, das zum Schluß abgedruckt ist, enthält richtige und falsche Forderungen, so z.B. die Einrichtung von Ganztagskindertagesstätten, damit die Frauen arbeiten gehen können, aber auch die Durchlöcherung des Verbots der Nachtarbeit für Frauen, weil es sie von vielen qualifizierten Berufen ausschließe.

Brokdorf, 28. Februar



wiv. Trotz des allgemeinen Demonstrationsverbotes und trotz verschiedener Appelle, nicht nach Brokdorf zu gehen, waren über 100000 Menschen den Aufrufen zur Demonstration am 28.2. in Brokdorf gefolgt.

Bereits um 8 Uhr morgens versammelten sich rund 5000 Demonstrationsteilnehmer in Wilster. Teils waren sie schon die Tage vorher angereist, teils Freitagnacht direkt losgefahren. Hier wurde die Demonstration mit einer Auftaktkundgebung bei gleichzeitiger Formierung des Demonstrationszuges in Richtung Bauplatz begonnen. Der Abmarsch erfolgte gegen 10 Uhr, rund 20000 waren es schon.

Zur gleichen Zeit befanden sich bereits 20–30000 Demonstranten (teils aus Hamburg, vor allem der gesamte „Nordzug" – Schleswig-Holstein, dänische Teilnehmer usw.) auf dem Marsch in Richtung Bauplatz. Tausende auf der Straße St. Margarethen – Brokdorf und Wilster (zur Orientierung vgl. Karte). Aus diesem Demonstrationszug heraus wurden auf der NWK-Straße (rechte Begrenzung des Bauplatzes) Angriffe auf den Zaun durchgeführt. Mit Einsatz von rund 1000 Polizisten wurde im Verlauf des Vormittags/Mittags die NWK-Straße geräumt. Die Demonstranten zogen sich ein Stück zurück.

Währenddessen bewegte sich der weiter angewachsene Demonstrationszug entlang der in Heiligenstedten ein Wochenende zuvor festgelegten Hauptroute Wilster – Dammfleth – Rotenmeer – Bauplatz – Brokdorf. Bereits zu diesem Zeitpunkt war klar, daß die Polizei *massive* Sperren auf den Straßen zum Bauplatz nicht würde halten können. Die „kluge" und „zurückhaltende" Taktik der Polizei konnte nur noch den Zweck verfolgen, Zeit zu gewinnen. Vor allem sollte verhindert werden, daß ein Aufmarsch und Zusammenschluß am Bauplatz selber vor Einbruch der Dunkelheit stattfinden konnte. Die „Öffnung" der Sperren bestand dann darin, daß Einzeldurchgang für die Demonstranten bei gleichzeitig schikanöser Abtasterei erlaubt wurde. Bei einer solchen Sperre in Dammfleth kam der Hauptdemonstrationszug zum Stehen. Einzeldurchgang und Schikane sollte von Seiten der Demonstranten nicht zugelassen werden und außerdem wäre es nicht möglich gewesen, die Lautsprecherwagen des „Aktionskreis Leben – Gewerkschafter gegen Atom" mitzuführen. Daraufhin wurde die Polizei ultimativ aufgefordert, einen Container wegräumen zu lassen. Darauf mußte sich die Polizei einlassen, weil sie vorn und hinten von Demonstranten selber eingekeilt war. Gegen 14 Uhr war der Container beiseite geschafft und der Weg frei für den Demonstrationszug und die Lautsprecherwagen.

Zwei Stunden dauerte es, bis um 16 Uhr die Lautsprecherwagen die Wiese in rund 700 Meter Entfernung vom Bauplatz erreicht hatten. Die ganze Zeit über riß der Strom der Demonstranten zwischen Wilster und dem Bauplatz nicht ab. Nach kurzer Verzögerung durch einen Angriff der Polizei auf die Lautsprecherwagen, der erfolgreich zurückgeschlagen wurde, begann die politische Kundgebung, das erklärte Ziel aller Aufrufe zur Demonstration am 28.2. Daß diese nicht *direkt* am Bauplatz stattfand, lag lediglich daran, daß Gräben eine Weiterfahrt nicht zuließen. Auf der Kundgebung sprachen der Bauer Heinrich Voss, ein Vertreter der IG Druck und Papier Hamburg, Robert Jungk und zwei Vertreter von Bürgerinitiativen.

Gegen 17 Uhr wurde zum geordneten Rückmarsch aufgerufen, auf der gleichen Route Bauplatz – Rotenmeer – Dammfleth – Wilster. Kurz vor Dammfleth, bei schon einbrechender Dämmerung, gelang es der Polizei, durch massiven Knüppeleinsatz mehrerer Hundertschaften und mit Hilfe zweier Hubschrauberstaffeln den Lautsprecherwagen erst hinten und dann vorn vom Demonstrationszug abzukoppeln und die Fahrer zu verhaften. Nachgeschobene Begründung: Der Verdacht, daß es sich quasi um den „Munitionswagen" der Demonstration gehandelt habe. *Politisch* sicher richtig! Gegen 20 Uhr befanden sich alle Demonstranten wieder auf der Rückfahrt.

Obwohl der Ablauf der Demonstration *insgesamt* der politischen Zielsetzung entsprach und viel Chaos z.B. durch staatliche Bedrohung der Busunternehmer verursacht wurde, was zur Fahrt mit zig Tausend PKWs zwang, zeigten sich dennoch ziemliche Schwächen. Durch das Fehlen einer *einheitlichen* Demonstrationsleitung und Fehlern in der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung fanden faktisch 3 Demonstrationen in einer statt: der „Nordzug" bewegte sich zwischen B 5 und Bauplatz, der Haupt-Demonstrationszug auf der festgelegten Route und drittens bestand den ganzen Tag über ein gewaltiger Rückstau von Wilster bis weit hinter Itzehoe, alles mehr oder weniger unabhängig voneinander. Das liefert natürlich Stoff für die unterschiedlichen Einschätzungen, ändert aber nichts daran, daß die Demonstration am 28.2. ein politischer Erfolg war.



Bereits um 8 Uhr morgens versammelten sich rund 5000 Demonstrationsteilnehmer in Wilster. Teils waren sie schon die Tage vorher angereist, teils Freitagnacht direkt losgefahren. Hier wurde die Demonstration mit einer Auftaktkundgebung bei gleichzeitiger Formierung des Demonstrationszuges in Richtung Bauplatz begonnen. Der Abmarsch erfolgte gegen 10 Uhr, rund 20000 waren es schon.

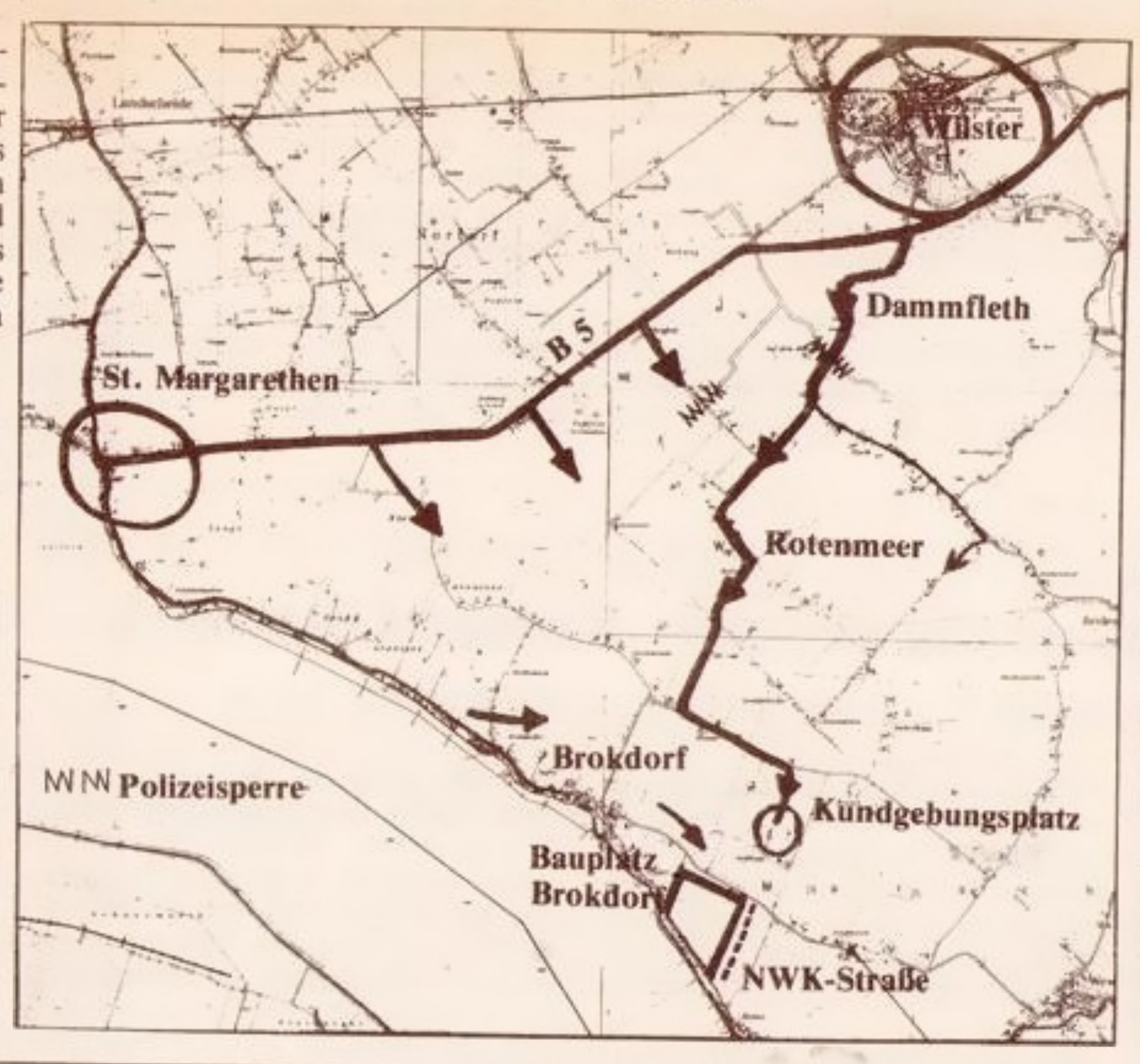
Zur gleichen Zeit befanden sich bereits 20–30000 Demonstranten (teils aus Hamburg, vor allem der gesamte „Nordzug" – Schleswig-Holstein, dänische Teilnehmer usw.) auf dem Marsch in Richtung Bauplatz. Tausende auf der Straße St. Margarethen – Brokdorf und Wilster (zur Orientierung vgl. Karte). Aus diesem Demonstrationszug heraus wurden auf der NWK-Straße (rechte Begrenzung des Bauplatzes) Angriffe auf den Zaun durchgeführt. Mit Einsatz von rund 1000 Polizisten wurde im Verlauf des Vormittags/Mittags die NWK-Straße geräumt. Die Demonstranten zogen sich ein Stück zurück.

Währenddessen bewegte sich der weiter angewachsene Demonstrationszug entlang der in Heiligenstedten ein Wochenende zuvor festgelegten Hauptroute Wilster – Dammfleth – Rotenmeer – Bauplatz – Brokdorf. Bereits zu diesem Zeitpunkt war klar, daß die Polizei *massive* Sperren auf den Straßen zum Bauplatz nicht würde

werden und außerdem wäre es nicht möglich gewesen, die Lautsprecherwagen des „Aktionskreis Leben – Gewerkschafter gegen Atom" mitzuführen. Daraufhin wurde die Polizei ultimativ aufgefordert, einen Container wegräumen zu lassen. Darauf mußte sich die Polizei einlassen, weil sie vorn und hinten von Demonstranten selber eingekeilt war. Gegen 14 Uhr war der Container beiseite geschafft und der Weg frei für den Demonstrationszug und die Lautsprecherwagen.

Zwei Stunden dauerte es, bis um 16 Uhr die Lautsprecherwagen die Wiese in rund 700 Meter Entfernung vom Bauplatz erreicht hatten. Die ganze Zeit über riß der Strom der Demon-

zeigten sich dennoch ziemliche Schwächen. Durch das Fehlen einer *einheitlichen* Demonstrationsleitung und Fehlern in der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung fanden faktisch 3 Demonstrationen in einer statt: der „Nordzug" bewegte sich zwischen B 5 und Bauplatz, der Haupt-Demonstrationszug auf der festgelegten Route und drittens bestand den ganzen Tag über ein gewaltiger Rückstau von Wilster bis weit hinter Itzehoe, alles mehr oder weniger unabhängig voneinander. Das liefert natürlich Stoff für die unterschiedlichen Einschätzungen, ändert aber nichts daran, daß die Demonstration am 28.2. ein politischer Erfolg war.





Wie von der Bourgeoisie lautstark gefordert, ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen J. Leinen als Sprecher des BBU wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Er habe trotz des Demonstrationsverbotes aufgerufen, am 28.2. in Brok-



dorf zu demonstrieren. Als Beweismittel werden Presseerklärungen des BBU und Leinens Auftreten in der „Tagesschau" am 23.2. angeführt. Die Polizei konnte die 100000 nicht aufhalten. Jetzt soll die Staatsanwaltschaft ran.



dorf zu demonstrieren. Als Beweismittel werden Presseerklärungen des BBU und Leinens Auftreten in der „Tagesschau" am 23.2. angeführt. Die Polizei konnte die 100000 nicht aufhalten. Jetzt soll die Staatsanwaltschaft ran.



Presseübersicht

Handelsblatt 2.3.1981:

Verpuffte Gewalt.

Von Norbert Middeke

Barschel sprach angesichts des besonnenen Polizei-Einsatzes von einem „Lehrstück für rechtsstaatliche Demokratie" – doch angesichts der Tatsache, daß ein harter Kern von über tausend Köpfen zählenden Krawall-Profis doch noch in blinder Wut gegen den Bauzaun des Atommeilers anrannte, muß sich das Maß der Zufriedenheit in Grenzen halten. Der Polizei, aber auch der großen Mehrheit der friedlichen Atomkraftgegner auf den eisigen Feldern der Wilster Marsch gebührt ein uneingeschränktes Lob.

Handelsblatt 3.3.1981

„Legal, illegal, scheißegal?" Wie das Recht verkommt.

Von Rainer Nahrendorf.

Das eigentlich Bedrückende aber ist, daß eine trotz gerichtlich bestätigten Verbots durchgeführte Demonstration als politische Durchsetzung des einen Grundrechtes gefeiert und dieser Rechtsbruch auch noch gelobt wird. Die schlesweg-holsteinische Landesregierung hat mit ihrer Strafanzeige gegen das geschäftsführende Vorstandsmitglied des BBU, Josef Leinen, ein notwendiges Zeichen gesetzt. Weder die Gerichte noch die vollziehende Gewalt können es dazu kommen lassen, daß sich der Slogan der Berliner Hausbesetzer – „Legal, illegal, scheißegal" – bestätigt ... Wenn richterliche Durchsuchungsbefehle aus Sorge vor einer Eskalation der Gewalttätigkeiten mit Hinweis auf das Verfassungsgebot der Verhältnismäßigkeit nicht mehr vollzogen werden, kapituliert der Rechtsstaat vor der Gewalt. Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.

Frankfurter Allgemeine 4.3.1981

Wie viele Feldschlachten noch?

Von Johann Georg Reißmüller.

In Brokdorf ist es diesmal noch glimpflich abgegangen. ... Doch harmlos war es nicht, was da an der Elbe einen Tag lang vor sich ging. Viele Polizisten wurden verletzt, Hubschrauberbesatzungen waren gefährdet; die Gewalttäter hatten sogar eine mobile Sendestation zu Gebote. Und welch eine Konzentration von Polizei war nötig, um Schlimmeres zu verhüten. In ganz Norddeutschland hätte am vergangenen Wochenende nichts passieren dürfen, was gleichfalls starke Ordnungskräfte verlangte. Wer aber will garantieren, daß es nicht einst zweimal Brokdorf am selben Tag geben wird? ... Die Ordnung muß aufs neue ins Bewußtsein gehoben werden, die sich die westdeutsche Teilnation mit dem Grundgesetz gegeben hat. Wer den Bau in Brokdorf ablehnt, darf sich, sofern er sich genügend Kenntnisse verschafft hat und alles sorgfältig bedacht hat, auf der Seite der besseren Argumente fühlen. Aber wenn er, ... die Auseinandersetzung um Richtig oder Falsch in einen Kampf des Guten gegen das Böse gesteigert sieht, öffnet er sich der Versuchung, alle Mittel für erlaubt zu halten, auch physische ... Auch dem Staat kommt es nicht zu, über die Nutzung oder Nichtnutzung von Kernenergie mit absolutem Wahrheitsanspruch zu entscheiden ... Ihre (Regierung und Bundestag) Entscheidungen sind der gerichtlichen Überprüfung unterworfen; wenn sie, sofern angefochten, dort bestanden haben, sind sie von allen Bürgern zu respektieren. ... Die Demonstrationsfreiheit ist ein Stück der Meinungsfreiheit. Es wird höchste Zeit, sie wieder an diesen Platz zu rücken, nachdem sie über ein Jahrzehnt lang mit Taten und Worten in eine Art Ausnahmerecht des auf der Straße Stärkeren zum Durchbrechen und Beseitigen von Recht umgefälscht worden ist. Wer demonstriert, verwandelt sich damit nicht in eine höhere Autorität, sondern gibt nur seine Ansicht kund – eine unter vielen. Die allmählich zur üblen Gewohnheit werdenden Feldschlachten in Brokdorf haben mit dem Recht auf freies Kundgeben von Meinungen nichts zu tun.

Tageszeitung 3.3.1981

100000 machten vom Widerstandsrecht Gebrauch

Sie haben einen Teil Deutschlands zurückerobert, der von bewaffneter staatlicher Macht besetzt und verbarrikadiert war, um dort von ihrem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung durch Demonstration unter freiem Himmel Gebrauch zu machen. Sie haben die staatliche Ordnung mißachtet, um gegen eine atomverseuchte Zukunft zu demonstrieren ... werden die 100000 ihren Platz in der Geschichte haben, die ein bißchen Zivilcourage aufgebracht und in der Wilster Marsch ein Zeichen gesetzt haben – gegen den Staat, der nicht willens und nicht in der Lage ist, die Lebensinteressen des Volkes zu vertreten. Wird sind stolz, dabei gewesen zu sein.

Tageszeitung 4.3.1981

Brokdorf-Demo. Zwischen Frust und Begeisterung.

Trotz ihres großen Erfolges einer gelungenen breiten Mobilisierung hat die Brokdorf-Demonstration ihr ursprüngliches Ziel einer Platzbesetzung und Verhinderung des Weiterbaus nicht erreicht. Konnte sie dieses Ziel gegen 10000 in vollem Wichs postierte Polizisten überhaupt erreichen? Hätte der Sturm auf den Bauplatz mehr gebracht als blutige Köpfe? Was übrig blieb von der angekündigten Platzbesetzung waren unorganisierte Einzelaktionen ... Und wo waren die Parolen, Lieder, Transparente, Sprechchöre, die Phantasie, wo war die Power? ... Ist unsere argumentative Kraft und politische Substanz auf einzelne hilflose Bauzaun-Aktionen beschränkt? Daß Brokdorf und die große Beteiligung an dieser verbotenen Demonstration auch etwas mit dem Selbstbewußtsein der „neuen Jugendbewegung" zu tun hat, zeigte sich für mich auf den Vorbereitungstreffen, wo in vielen Beiträgen die Militanz mit jener Selbstverständlichkeit diskutiert und akzeptiert wurde, die man aus dem Häuserkampf kennt ... Die dabei zu spürende Euphorie kann eine gründliche Vorbereitung und realistische Einschätzung der eigenen Möglichkeiten aber nicht vergessen machen.

Die juristischen Angriffe auf das Demonstrationsrecht werden immer willkürlicher

hel. Mit dem Demonstrationsverbot von Brokdorf hat die Bourgeoisie einen weiteren Versuch zur völligen Beseitigung des Demonstrationsrechts unternommen. Ein Demonstrationsverbot für einen Zeitraum von drei Tagen und eine Region von etwa 200 Quadratkilometern ist in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel. Die Verbotsverfügung des Kreises Steinburg untersagte eine Demonstration ,,*am Baugelände des Kernkraftwerkes und in seiner näheren und weiteren Umgebung*'', wobei sechs umliegende Gemeinden und die Stadt Wilster ausdrücklich eingeschlossen wurden. ,,*Das Verbot gilt zugleich für jede andere gegen das Kernkraftwerk gerichtete Versammlung unter freiem Himmel und jeden anderen Aufzug, die in den genannten Bereichen in der Zeit vom 27.2.1981 bis 1.3.1981 einschließlich stattfinden sollten, unabhängig davon, ob diese noch angemeldet werden sollten oder nicht*''.

Nach einheitlicher Rechtsauffassung bürgerlicher Kommentatoren zum Versammlungsgesetz ist ein solch generelles Verbot absolut unzulässig. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schleswig hat dieses Verbot im Prinzip aufrechterhalten, allerdings zunächst eingeschränkt auf einen Radius von etwa fünf Kilometern um das Baugelände herum, der durch diejenigen Punkte begrenzt war, an denen die Landesregierung nach eigenen Angaben Polizeisperren vorbereitet hatte – und an denen sie dann auch später tatsächlich aufgebaut waren.

Die ,,Erkenntnisse'', auf die das Verwaltungsgericht die Aufrechterhaltung des Verbotes stützte, bestanden aus einer Reihe von in der Verbotsverfügung zusammengestellten Auszügen aus Flugblättern einiger Anti-AKW-Gruppen, die zu den Demonstrationen vom 21.12.80 am Bauplatz in Brokdorf und vom 2.2.81 in Hamburg herausgegeben worden waren und in denen unter anderem zum ,,praktischen Widerstand'' gegen das Kernkraftwerk Brokdorf aufgerufen wurde. Unter diesen ,,Erkenntnissen'' findet sich überhaupt nur ein Aufruf zur Demonstration vom 28.2.81, in dem festgehalten wird, daß man sich den Widerstand gegen das Kernkraftwerk nicht vorschreiben lassen werde. Auch im folgenden argumentiert die Verbotsverfügung ausschließlich mit den *bisherigen* Erfahrungen des Staatsapparates in den vorangegangenen Aktionen vom 21.12.80 in Brokdorf und 2.2.81 in Hamburg.

Das Verwaltungsgericht Schleswig folgerte daraus: ,,*Die der Kammer vorliegenden Unterlagen ergeben mit hinreichender Sicherheit, daß Gewaltanwendung gegen die Baustelleneinrichtungen und insbesondere gegen den um das künftige Kraftwerksgelände gezogenen Bauzaun, die nach mehreren Flugblättern als Angriffsziele für Zerstörungsaktionen vorgesehen sind, zu erwarten ist ... Dagegen liegen keine ausreichenden Anhaltspunkte dafür vor, daß es an anderen Orten zu Ausschreitungen insbesondere zu Gewaltanwendungen gegen Personen und Sachen kommen wird. Die bloße Möglichkeit und der Hinweis auf frühere Ausschreitungen anläßlich einer Demonstration in Hamburg reichen dazu nicht aus. Mit dieser Begründung ließe sich ... jede Demonstration untersagen.*''

Es ist deutlich, daß die Verwaltungsgerichte offenbar bereit sind, Demonstrationsverbote weiträumig zu bestätigen, wenn die Landesregierung nur ,,ausreichende Anhaltspunkte für Ausschreitungen'' von Demonstrationsteilnehmern liefert. Dabei werden den Landesregierungen *Beweise* im Eilverfahren vor den Verwaltungsgerichten nicht abgenötigt. Nach der prozessualen Verfahrensweise reicht es aus, wenn die Behörde, die das Demonstrationsverbot erlassen hat, die von ihr vorhergesagten ,,Ausschreitungen'' *glaubhaft* macht, das heißt, sie schlicht behauptet. In großem Stil ist dies erstmals im Dezember 1978 gegenüber den Demonstrationen praktiziert worden, die zur Unterstützung des iranischen Volkes im Kampf gegen das Schah-Regime in vielen Städten der Bundesrepublik durchgeführt wurden. Nachdem es im November 1978 in Frankfurt bei einer solchen Demonstration zu größeren Auseinandersetzungen mit der Polizei, die die Demonstration angegriffen hatte, gekommen war, wurden danach nahezu alle Demonstrationen in der BRD mit der Begründung verboten, daß den Behörden ,,Erkenntnisse'' vorlägen, nach denen Teilnehmer der Frankfurter Demonstration auch nach Hamburg, Kiel usw. unterwegs seien, um dort ebenfalls für ,,blutige Straßenschlachten'' zu sorgen. Die Verwaltungsgerichte haben diese Verbote seinerzeit ohne Ausnahme im Eilverfahren bestätigt.

In einem in Hamburg anschließend durchgeführten Hauptsacheverfahren vor dem Verwaltungsgericht hat die Stadt Hamburg trotz ausdrücklicher Auflage seitens des Gerichts nicht einmal den Versuch unternommen, einen Beweis für diese seinerzeit behaupteten ,,Erkenntnisse'' zu erbringen und hat das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht unter anderem aus diesem Grunde verloren.

Im Eilverfahren braucht die Staatsgewalt demgegenüber nicht nur nicht zu beweisen, sie braucht nicht einmal die Quelle offenzulegen, aus denen sie ihre ,,Erkenntnisse'' schöpft. So kritisierte Stoltenberg das Verwaltungsgericht Schleswig, weil es ohne mündliche Anhörung der Landesregierung entschieden habe. In der schriftlichen Verbotsverfügung hätten aus Gründen geheimdienstlichen Quellenschutzes nicht alle Erkenntnisse über drohende Gewalt in Brokdorf offengelegt werden können (FAZ, 2.3.81). Allerdings haben die Prozeßvertreter der Landesregierung, die zu der mündlichen Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg in der Nacht vor der Demonstration per Hubschrauber eingeflogen worden waren, solche zusätzlichen ,,Erkenntnisse'' der Landesregierung dem Gericht nicht präsentieren können. Insbesondere die von der Landesregierung bereits eine Woche vor der Demonstration über die Presse ausgestreuten Meldungen über angebliche Drohungen gegen einzelne Bauern und Bewohner der Wilstermarsch wurden in der Verhandlung als reine Gerüchte aus zweiter und dritter Hand kolportiert. Dennoch hat das Oberverwaltungsgericht das Verbot in seinem ursprünglichen Umfang bestätigt und damit die Rechtssicherheit für die Bourgeoisie wieder hergestellt. Vom Spruch des Bundesverfassungsgerichts – sofern es dazu kommt – ist ebenfalls nichts Gutes zu erwarten.

Nach der Demonstration in Hamburg vom 2.2.81, die in der gesamten Innenstadt verboten war und entlang der alten Bannmeile, die Ende der sechziger Jahre von der Studentenbewegung beseitigt worden war, geführt wurde, hat die Bourgeoisie damit innerhalb kurzer Zeit erneut das Versammlungsrecht für eine ganze Region außer Kraft gesetzt und in dem verbotenen Bereich eine Art polizeiliches Kriegsrecht praktizieren wollen. Demgegenüber ist die Demonstration erfolgreich durchgeführt worden, und es bleibt festzuhalten, daß das Ziel der Demonstration, eine Kundgebung am Bauplatz durchzuführen, erreicht worden ist.

Die Demonstration am 28.2. hat die Bedingungen des Kampfes gegen das Kernenergieprogramm verbessert

jük. Daß durch die Demonstration am 28.2. der Bau des Kernkraftwerks Brokdorf nicht sofort gestoppt sowie das Kernenergieprogramm der Bourgeoisie zu Fall gebracht werden kann, haben alle Aufrufe zur Demonstration richtig festgestellt. Die Tatsache, daß ca. 100000 trotz umfangreichen Demonstrationsverbots sowie eines 11000 Mann starken Polizeiaufgebots mobilisiert werden konnten, zum Teil auch zum Bauplatz durchgekommen sind, hat die Bedingungen für die Ausdehnung dieses Kampfes und Erreichung dieses Ziels verbessert. In der großen Masse der Gegner des Kernenergieprogramms liegt ein entscheidender Erfolg dieser konkreten Aktion. Daran ändert auch nichts, daß die Organisation der Demonstration verschiedentlich desolat war, etliche nicht zum Bauplatz gekommen sind, gleichzeitig aber nicht Bescheid wußten, was ,,vorne'' lief usw. Auch nicht, daß der Bauplatz noch nicht zur Wiese geworden ist, wie manche Autonome Initiativen jetzt meinen. Insgesamt sind doch recht wenige nicht in die Wilstermarsch und Umgebung gekommen. Diese Tatsache sowie die große Zahl der Demonstranten trotz des massiven Einsatzes des staatlichen Unterdrückungsapparates beunruhigt die Bourgeoisie und ihre parlamentarischen Vertreter auch gegenwärtig am meisten. Verbittert schreibt ein Handelsblattschreiberling: ,,Wie das Recht verkommt''. Alle Versuche vor dem 28.2., die Mobilisierung zu spalten, sind eigentlich nach hinten losgegangen. Tage vor der Demonstration rückten alle parlamentarischen Vertreter der herrschenden Klasse zusammen, CDU, SPD, FDP und die Schleswig-Holsteinische Wählervereinigung haben in einer gemeinsamen Landtagserklärung aufgerufen, nicht nach Brokdorf zu gehen. Auch der SPD-Parteivorstand hat sich so geäußert. Ebenso die CDU. Die Bundesregierung hat das Demonstrationsverbot begrüßt und zur ,,Mäßigung'' aufgerufen. Wirkung sollte das haben vor allem in den norddeutschen Landesverbänden von SPD und FDP, die an der Frage der Kernenergie gespalten sind, sowie auf Jusos, Judos sowie die Bürgerinitiativen und Organisationen, vor allem BBU. Ein kläglicher Versuch der Jusos, nur eine Kundgebung in Wilster zu machen, schlug fehl. Alle Initiativen und Organisationen blieben dabei, zur Demonstration zum Bauplatz aufzurufen, gegen das Kernkraftwerk Brokdorf. Insofern hatte die Aktion auch eine einheitliche Kraft. Die Widersprüche haben sich nach der Demonstration in und zwischen den bürgerlichen Parteien erneut verstärkt, an der Frage der Kernenergie und dem Demonstrationsrecht. In der deutschen Presseagentur mußte FDP-Generalsekretär Verheugen feststellen, daß es in Brokdorf eine Demonstration gegeben habe, ,,der innerlich ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung nahestand''. Sicher und zwar aus etlichen demokratischen Bewegungen sowie aus Teilen der Arbeiterklasse. Denn wenngleich die Vorstände der großen Industriegewerkschaften zum Teil noch für den Weiterbau der Kernkraftwerke sind, gibt es in den Gewerkschaften beträchtliche Strömungen, die gegen das Kernenergieprogramm sind. Selbst beim Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms, der zuerst nur ganze 5 Zeilen zum Kernenergieprogramm beinhaltete, ist jetzt ein Gutteil des Leitantrags der IGM zur Kernenergie übernommen worden, wo zumindestens etliche Sicherungen beim Bau und bei der Entsorgung gefordert werden.

Die Demonstration am 28.2. ist im wesentlichen durch Bürgerinitiativen und politische Organisationen getragen worden, sie haben auch die Hauptkraft gestellt. Gewerkschaftskörperschaften, die aufgerufen haben, konzentrieren sich im wesentlichen auf den Raum Hamburg, vereinzelt in Norddeutschland. Gleichwohl haben gegenüber z.B. Brokdorf '77 Gewerkschaftsmitglieder und Körperschaften direkter in die Mobilisierung eingegriffen. Daß das Demonstrationsrecht erkämpft worden ist, führt gegenwärtig zu heftigen Kontroversen zwischen Bundesregierung und CDU. Letztere will das Demonstrationsrecht verschärfen, die Bundesregierung meint, es reicht aus, man muß es nur anwenden. Zum Kräfteverhältnis zwischen Demonstration und Staatsapparat schreibt die FAZ: ,,In ganz Norddeutschland hätte am vergangenen Wochenende nichts passieren dürfen, was gleichfalls starke Ordnungskräfte verlangt. Wer aber will garantieren, daß es nicht einst zweimal Brokdorf am selben Tag geben wird.''

Die Forderungen der Bewegung gegen Kernkraftwerke sind klar und eindeutig

frb. Die Passage zur Energiepolitik und zur Kernenergie im Grundsatzprogramm des DGB wird sich in der verabschiedeten Fassung vom Vorstandsentwurf erheblich unterscheiden. Der Entwurf hatte sich praktisch einer Stel-
gierung nach eigenen Angaben Polizeisperren vorbereitet hatte – und an denen sie dann auch später tatsächlich aufgebaut waren.

Die ,,Erkenntnisse'', auf die das Verwaltungsgericht die Aufrechterhaltung des Verbotes stützte, bestanden aus einer Reihe von in der Verbotsverfügung zusammengestellten Auszügen aus Flugblättern einiger Anti-AKW-Gruppen, die zu den Demonstrationen vom 21.12.80 am Bauplatz in Brokdorf und vom 2.2.81 in Hamburg herausgegeben worden waren und in denen unter anderem zum ,,praktischen Widerstand'' gegen das Kernkraftwerk Brokdorf aufgerufen wurde. Unter diesen ,,Erkenntnissen'' findet sich überhaupt nur ein Aufruf zur Demonstration vom 28.2.81, in dem festgehalten wird, daß man sich den Widerstand gegen das Kernkraftwerk nicht vorschreiben lassen werde. Auch im folgenden argumentiert die Verbotsverfügung ausschließlich mit den *bisherigen* Erfahrungen des Staatsapparates in den vorangegangenen Aktionen vom 21.12.80 in Brokdorf und 2.2.81 in Hamburg.

vorhergesagten ,,Ausschreitungen'' *glaubhaft* macht, das heißt, sie schlicht behauptet. In großem Stil ist dies erstmals im Dezember 1978 gegenüber den Demonstrationen praktiziert worden, die zur Unterstützung des iranischen Volkes im Kampf gegen das Schah-Regime in vielen Städten der Bundesrepublik durchgeführt wurden. Nachdem es im November 1978 in Frankfurt bei einer solchen Demonstration zu größeren Auseinandersetzungen mit der Polizei, die die Demonstration angegriffen hatte, gekommen war, wurden danach nahezu alle Demonstrationen in der BRD mit der Begründung verboten, daß den Behörden ,,Erkenntnisse'' vorlägen, nach denen Teilnehmer der Frankfurter Demonstration auch nach Hamburg, Kiel usw. unterwegs seien, um dort ebenfalls für ,,blutige Straßenschlachten'' zu sorgen. Die Verwaltungsgerichte haben diese Verbote seinerzeit ohne Ausnahme im Eilverfahren bestätigt.

In einem in Hamburg anschließend durchgeführten Hauptsacheverfahren vor dem Verwaltungsgericht hat die Stadt Hamburg trotz ausdrücklicher

Bewohner der Wilstermarsch wurden in der Verhandlung als reine Gerüchte aus zweiter und dritter Hand kolportiert. Dennoch hat das Oberverwaltungsgericht das Verbot in seinem ursprünglichen Umfang bestätigt und damit die Rechtssicherheit für die Bourgeoisie wieder hergestellt. Vom Spruch des Bundesverfassungsgerichts – sofern es dazu kommt – ist ebenfalls nichts Gutes zu erwarten.

Nach der Demonstration in Hamburg vom 2.2.81, die in der gesamten Innenstadt verboten war und entlang der alten Bannmeile, die Ende der sechziger Jahre von der Studentenbewegung beseitigt worden war, geführt wurde, hat die Bourgeoisie damit innerhalb kurzer Zeit erneut das Versammlungsrecht für eine ganze Region außer Kraft gesetzt und in dem verbotenen Bereich eine Art polizeiliches Kriegsrecht praktizieren wollen. Demgegenüber ist die Demonstration erfolgreich durchgeführt worden, und es bleibt festzuhalten, daß das Ziel der Demonstration, eine Kundgebung am Bauplatz durchzuführen, erreicht worden ist.

ten trotz des massiven Einsatzes des staatlichen Unterdrückungsapparates beunruhigt die Bourgeoisie und ihre parlamentarischen Vertreter auch gegenwärtig am meisten. Verbittert schreibt ein Handelsblattschreiberling: ,,Wie das Recht verkommt''. Alle Versuche vor dem 28.2., die Mobilisierung zu spalten, sind eigentlich nach hinten losgegangen. Tage vor der Demonstration rückten alle parlamentarischen Vertreter der herrschenden Klasse zusammen, CDU, SPD, FDP und die Schleswig-Holsteinische Wählervereinigung haben in einer gemeinsamen Landtagserklärung aufgerufen, nicht nach Brokdorf zu gehen. Auch der SPD-Parteivorstand hat sich so geäußert. Ebenso die CDU. Die Bundesregierung hat das Demonstrationsverbot begrüßt und zur ,,Mäßigung'' aufgerufen. Wirkung sollte das haben vor allem in den norddeutschen Landesverbänden von SPD und FDP, die an der Frage der Kernenergie gespalten sind, sowie auf Jusos, Judos sowie die Bürgerinitiativen und Organisationen, vor allem BBU. Ein kläglicher Versuch der Jusos, nur eine Kundgebung in Wilster zu machen, schlug fehl. Alle Initiativen

Nuklearkabinett in vertraulicher Sitzung über dessen dritte Fortschreibung beraten. Vorgesehen ist u.a.: Subvention für Kohleveredelung, gesetzliche Beschränkung des Öleinsatzes in der Elektrizitätsversorgung, politische Un-
cherungen beim Bau und bei der Entsorgung gefordert werden.

Die Demonstration am 28.2. ist im wesentlichen durch Bürgerinitiativen und politische Organisationen getragen worden, sie haben auch die Hauptkraft gestellt. Gewerkschaftskörperschaften, die aufgerufen haben, konzentrieren sich im wesentlichen auf den Raum Hamburg, vereinzelt in Norddeutschland. Gleichwohl haben gegenüber z.B. Brokdorf '77 Gewerkschaftsmitglieder und Körperschaften direkter in die Mobilisierung eingegriffen. Daß das Demonstrationsrecht erkämpft worden ist, führt gegenwärtig zu heftigen Kontroversen zwischen Bundesregierung und CDU. Letztere will das Demonstrationsrecht verschärfen, die Bundesregierung meint, es reicht aus, man muß es nur anwenden. Zum Kräfteverhältnis zwischen Demonstration und Staatsapparat schreibt die FAZ: ,,In ganz Norddeutschland hätte am vergangenen Wochenende nichts passieren dürfen, was gleichfalls starke Ordnungskräfte verlangt. Wer aber will garantieren, daß es nicht einst zweimal Brokdorf am selben Tag geben wird.''

Die Forderungen der Bewegung gegen Kernkraftwerke sind klar und eindeutig

Die Grundsätze des DGB bleiben ohne Konsequenz

frb. Die Passage zur Energiepolitik und zur Kernenergie im Grundsatzprogramm des DGB wird sich in der verabschiedeten Fassung vom Vorstandsentwurf erheblich unterscheiden. Der Entwurf hatte sich praktisch einer Stellungnahme enthalten. Jetzt sollen, folgt der Kongreß den Vorschlägen der Antragsberatungskommission, vier Grundsätze zur Energiepolitik aufgestellt werden, deren vierter sich zur Kernenergie äußert. Zwar schließt das Grundsatzprogramm damit die Beteiligung des DGB am Kampf gegen die Anwendung der Kernenergie nicht aus, aber die Grundsätze sind so sehr nach allen Seiten offen (verwaschener noch als der IGM-Vorschlag, worin immerhin ,,Vorbedingungen'' gestellt werden), daß die Gewerkschaftsvorstände auch weiterhin als Befürworter der Kernkraft auftreten können.

Positiv ist, daß die Auseinandersetzung konzentriert wird auf zwei Fragen: 1. Können Kernkraftwerke beim gegenwärtigen Stand der Kenntnis und der Technik sicher betrieben werden? 2. Ist die Entsorgung der radioaktiven Brennstoffe gesichert?

Innerhalb des KBW gab und gibt es vielleicht auch noch eine Auffassung, die sich um die Beantwortung dieser konkreten Fragen durch Vortäuschung höherer Einsicht herumgedrückt hat. Das ging dann so: ,,Nicht in den Kernkraftwerken liegt die Bedrohung, sondern in der herrschenden Bourgeoisie, die sie besitzt. Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse können Kernkraftwerke zu einem mächtigen Instrument der Bewältigung der Natur werden. Unter der Herrschaft der Bourgeoisie kann das Volk Kernkraftwerke nicht zulassen.'' (KVZ 49/1976) Solche Argumente sind in Wirklichkeit Phrasendrescherei, die an den Stolz des Produzenten zu appellieren sucht, bestenfalls aber Verdummung bedeutet. Schon die Genossen aus Münster in der KVZ vom 9.2., Seite 8, haben darauf hingewiesen, daß ein Kernkraftwerk nicht schon dadurch sicherer wird, daß es auf dem Staatsgebiet eines sozialistischen Staates erbaut wird. Es geht bei der Kernenergie nicht darum, daß ihre Anwendung *unter der Herrschaft der Bourgeoisie* gegenwärtig nicht zu verantworten ist, sondern es geht darum, daß die Nutzung der Kernenergie überhaupt gegenwärtig nicht beherrschbar und die Möglichkeit ihrer Beherrschung unbekannt ist. Dies ist Ergebnis der erreichten Entwicklung der Produktivkräfte und des menschlichen Wissens von der Natur, aber damit nicht notwendig auch Ergebnis der Gesellschaftsform, unter der diese Entwicklung vor sich gegangen ist.

Wir gehen davon aus, daß das private Eigentum an Produktionsmitteln die Entwicklung der Produktivkräfte und der Erkenntnis fesselt. Dies läßt sich beweisen und zeigt sich immer wieder. Aber man muß unterscheiden zwischen den unmittelbaren Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise auf die Produktionsmethoden und objektive Grenzen der Naturerkenntnis und technischer Beherrschbarkeit. Etwa sehen die westdeutschen Sicherheitsvorschriften für Kernkraftwerke vier unabhängige Notkühlsysteme vor, während die USA eine solche Vorschrift nicht kennen. Dazu schrieb die ,,Atomwirtschaft'' im März 1979: ,,Hier scheint die amerikanische Praxis die wirklichen Erfordernisse auf Sicherheit weit besser zu treffen.'' Spätestens seit dem Unfall in Harrisburg weiß man, welche ,,Erfordernisse'' hinter solchen Sprüchen stehen. Diese Sorte Verbrechen lassen sich mit Beseitigung der Kapitalistenherrschaft *sofort* verhindern. Man verniedlicht aber die Kritik an der Anwendung der Kernenergie, wenn man sie auf diesen Aspekt reduzieren würde. Dies zeichnet die Kernenergie auch nicht gegenüber irgendeiner anderen Technologie aus. Vielmehr zeichnet sie aus, daß sie im Gegensatz zu anderen gegenwärtig, so der Stand der Diskussion, nicht beherrschbar ist. Man kann heute nicht sagen, ob die Nutzung der Kernenergie noch unter der Herrschaft der Bourgeoisie, sollte diese noch länger andauern, möglich wird, ob sie nach Befreiung der Produktivkräfte und der wissenschaftlichen Forschung von ihren kapitalistischen Fesseln möglich wird, oder ob sich irgendwann herausstellt, daß sich eine Nutzung überhaupt verbietet.

Der Ausbau der Kernkraftwerke ist Teil des Energieprogramms der Bundesregierung. Am 11. Februar hat das Nuklearkabinett in vertraulicher Sitzung über dessen dritte Fortschreibung beraten. Vorgesehen ist u.a.: Subvention für Kohleveredelung, gesetzliche Beschränkung des Öleinsatzes in der Elektrizitätsversorgung, politische Unterstützung des Erdgasgeschäftes mit der UdSSR, Verschärfung der Wärmeschutzverordnungen, Vereinheitlichung der Genehmigungsverfahren bei Kernkraftwerken, Inbetriebnahme neun weiterer Kernkraftwerke (darunter Neckarwestheim II, Isar II, Biblis C, Lingen, Wyhl). Das Energieprogramm ist Ausdruck der zunehmenden Unfähigkeit des Privatkapitals, die vergesellschaftete Produktion zu organisieren. Es versucht eine Lösung der Energieversorgung im Interesse des herrschenden Finanzkapitals, und entsprechend sind die Mittel dieser Lösung. Viele seiner einzelnen Maßnahmen müssen bekämpft werden; aber es lenkt gerade von der besonderen Tragweite des Einsatzes der Kernenergie ab, wenn der Kampf dagegen dem ,,Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm'' untergeordnet wird. Das Ziel der Bewegung gegen die Kernkraftwerke ist eindeutig und unterstützenswert, weil richtig: Kein Bau weiterer Kernkraftwerke, Stillegung der bestehenden.

Gegenüber all diesen Irrtümern ist die Fragestellung im DGB Grundsatzprogramm wohltuend klar. Ganz im Gegenteil aber die Antwort darauf. Da heißt es, Sicherheit und gesicherte Entsorgung müßten gewährleistet sein. Im Satz zuvor aber wird der Ausbau, begrenzt zwar (offenbar wegen mangelnder Lust zum Risiko), aber doch *ausdrücklich zugestanden*. Also ist Sicherheit und Entsorgung gewährleistet? Vielleicht nur im ,,unumgänglichen Ausmaß''? Wozu dann die Aufstellung von Bedingungen, wenn sie gar nicht erst ernst genommen werden? Damit kann man sich in den Gewerkschaften überhaupt nicht zufrieden geben.

Die Stellung zur Kernenergie im DGB-Grundsatzprogramm

Im *Entwurf* des Vorstands vom Oktober 1979 heißt es im Kapitel *13. Öffentliche und freie Gemeinwirtschaft*:

Die wachsende Bedeutung der friedlichen Nutzung der Kernenergie erfordert staatliches Eigentum an allen Kernbrennstoffen und eine strenge Kontrolle des Kernbrennstoffkreislaufs im Hinblick auf eine Koordinierung der gesamten Energiepolitik aus Gründen des Arbeits- und Bevölkerungsschutzes.

Die *Vorschläge der Antragsberatungskommission* sehen – nach Anträgen u.a. von ÖTV und IGM – ein eigenes Kapitel *14. Energiepolitik* vor. Darin heißt es nach einem Hinweis auf die Bedeutung energiepolitischer Entscheidungen:

2. Die Energiepolitik muß gemessen werden an ihren langfristigen Wirkungen auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung insgesamt, d.h. insbesondere auch in ihrer Wirkung auf die Beschäftigungs- und Arbeitsplatzsituation der Arbeitnehmer. Sie muß aber ebenso gemessen werden an ihrer Verträglichkeit mit der Zielsetzung eines konsequenten und wirksamen Arbeits- und Umweltschutzes.

3. Auf dieser Grundlage ergeben sich aus der Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes vier Grundsätze für das energiepolitische Handeln:

– Es sind alle Möglichkeiten zur rationellen Einsparung von Energie auszuschöpfen.

– Die Bemühungen zur Entwicklung, Weiterentwicklung nichtnuklearer, vor allem regenerativer Energiequellen sind wesentlich zu verstärken.

– Die Nutzung heimischer Energiequellen, vor allem der Kohle, hat Vorrang.

– Die Kernenergie ist nur in unumgänglichen Ausmaß auszubauen. Dabei ist eine sichere Entsorgung, die Sicherung der im Kernenergiebereich tätigen Arbeitnehmer und der Schutz der Bevölkerung sowie der Ausschluß der Verwendung spaltbaren Materials zu Zwecken der atomaren Rüstung zu gewährleisten.

4. Das Ziel einer Überführung von markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum hat gerade für den Bereich der Energiegewinnung, -erzeugung und -versorgung besondere Bedeutung.

IG Metall: Streiks, Kundgebungen, Demonstrationen

Donnerstag, 5.3.: Mindestens 110000 Arbeiter aus 260 Betrieben beteiligten sich an den Aktionen. *Bezirk Frankfurt:* 6000 Beschäftigte in zehn Betrieben in mindestens einstündigen Warnstreiks, darunter allein Ford Saarlouis mit 4000 Beschäftigten. *Bezirk Stuttgart:* Rund 2500 Beschäftigte in fünf Betrieben im Warnstreik, darunter SWF mit 800 und Alfing mit 1200 Beschäftigten. *Verwaltungsstelle Berlin:* 1000 Arbeiter bei Borsig in zweistündigem Warnstreik, 1250 streikten zwei Stunden bei KWU. *Bezirk Hamburg:* 1000 Beschäftigte bei Still führen Warnstreik durch und demonstrierten durch Billstedt. Bei Sauer und Sohn (430 Beschäftigte) Streik ab 12 Uhr. *Verwaltungsstelle Bremen:* Bei Daimler streikte die Frühschicht und führte eine Demonstration und Kundgebung im Stadtteil durch. *Bezirk Hannover:* Insgesamt 13000 Beschäftigte in 16 Betrieben im Warnstreik, darunter 460 bei Peine Salzgitter, 1200 beim Walzwerk Peine, 5300 bei Salzgitter Hüttenwerke, 3500 bei Teves. *Bezirk Essen:* 34000 Beschäftigte aus 150 Betrieben beteiligten sich an den Warnstreiks. Darunter in *Mühlheim* bei KWU 4000, in *Unna* 57 Betriebe mit 7000 Beschäftigten und in *Dortmund* 26000 Beschäftigte in 32 Betrieben. *Gummersbach:* 8000 Beschäftigte in 28 Betrieben. *Wuppertal:* 8500 Beschäftigte in 17 Betrieben. *Bielefeld:* Mehr als 10000 Beschäftigte in 35 Betrieben. *Hattingen:* 1100 Beschäftigte aus drei Betrieben. *Gevelsberg:* 4600 Beschäftigte aus elf Betrieben. *Siegburg:* 6300 Beschäftigte aus 24 Betrieben.

Freitag, 6.3.: Insgesamt beteiligen sich 180000 Arbeiter an den Aktionen. Allein in den *VW-Werken* legen 120000 für eine Stunde die Arbeit nieder. *Westberlin:* Bei Daimler-Benz in Marienfelde streiken 2000. *Gütersloh:* 900 streiken bei Westfalia. *Lengerich:* 200 bei Hazemach Warnstreik. *Osnabrück:* 250 Beschäftigte bei Dirks und Söhne im Warnstreik. *Paderborn:* Bei Kleine und Deutsche Gerätebau (2000) Warnstreik. *Detmold:* 1500 Beschäftigte aus drei Betrieben im Warnstreik. *Bebra:* 500 bei Massey, Siemens 200. *Frankfurt:* VDM Luftfahrttechnik und Ota streikten ab 14 Uhr. *Hanau:* 600 Beschäftigte der Vacuum Schmelze im Warnstreik. *Gießen:* 600 Beschäftige von Voko. *Friedrichshafen:* In der Zahnradfabrik zwei Warnstreiks, 200 Arbeiter. Bei Escher-Wyss 650 im Warnstreik. *Sindelfingen:* Warnstreik und Kundgebung bei Daimler-Benz mit 12000 Beschäftigten von 9 bis 10.20 Uhr. *Ludwigsburg:* Warnstreik bei Krone mit 250 Beteiligten. *Bezirk Hagen:* Warnstreiks in 50 Betrieben mit 20000 Beteiligten. *Bezirk Hannover, Alfeld:* Dresser Europ 300 Beteiligte. Dassel 140 Beteiligte. *Stadthagen:* 100 Beschäftigte bei Kabelmetall. *Goslar:* Fricke und Co. 85 Beschäftigte. Fuba 1 Stunde Betriebsversammlung. *Hameln:* alle 10 Beschäftigten bei Hupe führten einen Warnstreik durch. *Hannover:* Bode-Panzer, Luis Eiler, Kometeus. *Bremen:* AG Weser 2500 Beschäftigte im Warnstreik. *Rendsburg:* Krüger Werft Streik ab 12.30 Uhr. *Hamburg:* Ortmann und Herbst Warnstreik, Kundgebung. Eschwill Warnstreik. *Witten:* 950 Beschäftigte aus zwei Betrieben im Warnstreik. *Hamm:* Estel-Rohr 500 Beteiligte. *Dinslaken:* 7 Betriebe.



Am Donnerstag streikte bei Daimler in Bremen die Frühschicht. 2500 versammelten sich nach der Frühstückspause vor dem Tor und demonstrierten durch den Stadtteil.


1250 Beschäftigte der KWU in Westberlin streikten am Donnerstag für zwei Stunden.


VW-Werk Kassel Baunatal am Freitagmorgen: 8000 Arbeiter der Frühschicht versammeln sich vor dem Werkstor. Auf der Kundgebung spricht der 2. Bevollmächtigte der IGM-Kassel, Karl Lips. In der Spätschicht streiken am gleichen Tag weitere 8000 von 18 bis 19 Uhr. Am Samstag informierte die IG Metall in vielen Städten mit Flugblättern und Ständen über die Forderungen. In der nächsten Woche werden die Streiks fortgesetzt.

Betriebsratswahlen: Hoechst Hauptwerk

Je 4 Listen stehen bei den Arbeitern und bei den Angestellten zur Wahl

kow.Frankfurt. Bei den Betriebsratswahlen im Hauptwerk der Hoechst AG (28000 Beschäftigte) vom 10. bis 13.3. werden sowohl bei den Arbeitern wie bei den Angestellten jeweils 4 Listen zur Wahl stehen. Bei den Angestellten die IG Chemie (Listenführer Weber, SPD; 1978 bei den BR-Wahlen 25% der Stimmen), DAG (56%) und VUA (Vereinigung unabhängiger Arbeitnehmer des Hoechst-Konzerns; 14%) und erstmals die Liste ,,Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit''. Bei den Arbeitern IG Chemie (Listenführer Brand, SPD; 71%), Europäische Union (IG Chemie-Ausländerliste; 15%), VUA (14%) und die neue Liste ,,Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit''.

Die Kollegen der zuletzt genannten Liste hatten mit einer Unterschriftensammlung (1400 Unterschriften) die Initiative für Persönlichkeitswahl ergriffen, was jedoch von allen bisher im Betriebsrat vertretenen Fraktionen abgelehnt wurde.

DAG und noch mehr VUA (Flugblatt: ,,Eine Alternative zu den Gewerkschaften... Die Probleme der 80er Jahre sind bereits vorgezeichnet Sie heißen Energie, Umwelt und Rohstoffe...'') treten als Spalter und Vertreter von Sonderinteressen auf, was aber bisher nicht von der ganzen Belegschaft erkannt wird, da die IG Chemie Betriebsräte selber die Herausbildung einheitlicher Kampffronten gegen das Kapital behindern und teilweise den anderen (DAG bei den Angestellten) weitgehend das Feld Überlassen. Die DAG tritt für die unbedingte Beibehaltung der betrieblichen Vertrauensleute (d.h. von allen Belegschaftsmitgliedern unter Aufsicht des Betriebsleiters gewählte, von den Kapitalisten geschulte VL) ein. Der bisherige Betriebsrat rühmt sich seiner inneren Geschlossenheit und seiner vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Werksleitung.

In der Leistungsbilanz, die der Betriebsratsvorsitzende Brand jetzt mündlich auf der Betriebsversammlung gab, wurde besonders die Sicherheit der Arbeitsplätze, die Erhöhung der Jahresprämie 1979 und die Ausdehnung der Jubiläumszuwendung hervorgehoben. Die gewichtigsten Argumente, die der bisherige Betriebsrat für sich ins Feld führt, sind die sicheren Arbeitsplätze, die Einführung des Monatslohns 1974 und die Bejahung des von den Schichtarbeitern bevorzugten Schichtsystems (lange Viererschicht, also 12 Stunden Tagschicht/24 Stunden frei/12 Stunden Nachtschicht/48 Stunden frei usw.)

Der Betriebsratsvorsitzende Brand steht für eine Politik, den Kapitalisten in Zeiten der Hochkonjunktur auf dem Verhandlungswege sozusagen im Handschlag materielle Verbesserungen abzuknöpfen. Insbesondere der Monatslohn ist ein Beispiel dafür: ausgehandelt am Ende einer langandauernden und steilen Kapitalakkumulation, sichert er den Arbeitern einen monatlich festen Lohn, unabhängig von Produktionsmenge und Anzahl der Arbeitstage. Zudem ist per Betriebsvereinbarung geregelt, daß der Monatslohn (abgesehen von Schichtzulagen und persönlichen Zulagen der ganze Effektivlohn) jeweils mit dem Prozentsatz der Tariferhöhung steigt. Schlecht daran ist, daß der Monatslohn auf der analytischen Arbeitsplatzbewertung basiert und damit weitere Arbeitsteilung, Intensivierung und Umbesetzung keine Schranke setzt.

Bereits in der Krise 1974/75 war für viele Arbeiter und Angestellte spürbar, daß man mit dem Vertrauen, in wirtschaftlich günstigen Zeiten mit beständigem Arbeitskräftebedarf werden schon wie von selbst einige Brocken für uns abfallen, nicht mehr hinkommt. Rationalisierung besonders bei Angestellten und Handwerkern, beständiger Belegschaftsabbau durch Einstellungstopp, Senkung des Anfangslohns, Lohnausfall bei Kurzarbeit, Einführung neuer Werkausweise zur genaueren Kontrolle der Belegschaft usw. machen die gewerkschaftliche Organisierung von Gegenmaßnahmen immer dringlicher. Durch den bisherigen Betriebsrat wird dies jedoch nicht unterstützt, sondern noch behindert, so ist die Meinung vieler Kollegen. Die Hoechst-Kapitalisten weigern sich seit Jahren beharrlich, gewerkschaftlich gewählte Vertrauensleute zuzulassen.

Die Liste ,,Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit'' (sämtlich Mitglieder der IG Chemie bis auf 2 bereits 1976 ausgeschlossene Sozialdemokraten) drückt den Protest eines Teils der Belegschaft gegen die beschriebene Betriebsratsarbeit und gegen das Herunterkommenlassen der gewerkschaftlichen Tätigkeit aus. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Hoechst Hauptwerk fällt auch in den letzten Jahren weiter ab, auf inzwischen 29%.

Das Arbeitsprogramm der neuen Liste, das wir insgesamt positiv finden, hat zum Kernpunkt die Verbesserung der Informationsarbeit und enthält ansonsten gewerkschaftliche Forderungen zum Monatslohn und Gehaltsrahmen, zur Schichtarbeit, Gesundheitsschutz, Arbeitsplatzdatei, Sozialpolitik und Disziplinarmaßnahmen.

Stunde die Arbeit nieder. *Westberlin:* Bei Daimler-Benz in Marienfelde streiken 2000. *Gütersloh:* 900 streiken bei Westfalia. *Lengerich:* 200 bei Hazemach Warnstreik. *Osnabrück:* 250 Beschäftigte bei Dirks und Söhne im Warnstreik. *Paderborn:* Bei Kleine und Deutsche Gerätebau (2000) Warnstreik. *Detmold:* 1500 Beschäftigte aus drei Betrieben im Warnstreik. *Bebra:* 500 bei Massey, Siemens 200. *Frankfurt:* VDM Luftfahrttechnik und Ota streikten ab 14 Uhr. *Hanau:* 600 Beschäftigte der Vacuum Schmelze im Warnstreik. *Gießen:* 600 Beschäftige von Voko. *Friedrichshafen:* In der Zahnradfabrik zwei Warnstreiks, 200 Arbeiter. Bei Escher-Wyss 650 im Warnstreik. *Sindelfingen:* Warnstreik und Kundgebung bei Daimler-Benz mit 12000 Beschäftigten von 9 bis 10.20 Uhr. *Ludwigsburg:* Warnstreik bei Krone mit 250 Beteiligten. *Bezirk Hagen:* Warnstreiks in 50 Betrieben mit 20000 Beteiligten. *Bezirk Hannover, Alfeld:* Dresser Europ 300 Beteiligte. Dassel 140 Beteiligte. *Stadthagen:* 100 Beschäftigte bei Kabelmetall. *Goslar:* Fricke und Co. 85 Beschäftigte. Fuba 1 Stunde Betriebsversammlung. *Hameln:* alle 10 Beschäftigten bei Hupe führten einen Warnstreik durch. *Hannover:* Bode-Panzer, Luis Eiler, Kometeus. *Bremen:* AG Weser 2500 Beschäftigte im Warnstreik. *Rendsburg:* Krüger Werft Streik ab 12.30 Uhr. *Hamburg:* Ortmann und Herbst Warnstreik, Kundgebung. Eschwill Warnstreik. *Witten:* 950 Beschäftigte aus zwei Betrieben im Warnstreik. *Hamm:* Estel-Rohr 500 Beteiligte. *Dinslaken:* 7 Betriebe.


1250 Beschäftigte der KWU in Westberlin streikten am Donnerstag für zwei Stunden.


VW-Werk Kassel Baunatal am Freitagmorgen: 8000 Arbeiter der Frühschicht versammeln sich vor dem Werkstor. Auf der Kundgebung spricht der 2. Bevollmächtigte der IGM-Kassel, Karl Lips. In der Spätschicht streiken am gleichen Tag weitere 8000 von 18 bis 19 Uhr. Am Samstag informierte die IG Metall in vielen Städten mit Flugblättern und Ständen über die Forderungen. In der nächsten Woche werden die Streiks fortgesetzt.

Sie heißen Energie, Umwelt und Rohstoffe...'') treten als Spalter und Vertreter von Sonderinteressen auf, was aber bisher nicht von der ganzen Belegschaft erkannt wird, da die IG Chemie Betriebsräte selber die Herausbildung einheitlicher Kampffronten gegen das Kapital behindern und teilweise den anderen (DAG bei den Angestellten) weitgehend das Feld Überlassen. Die DAG tritt für die unbedingte Beibehaltung der betrieblichen Vertrauensleute (d.h. von allen Belegschaftsmitgliedern unter Aufsicht des Betriebsleiters gewählte, von den Kapitalisten geschulte VL) ein. Der bisherige Betriebsrat rühmt sich seiner inneren Geschlossenheit und seiner vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Werksleitung.

In der Leistungsbilanz, die der Betriebsratsvorsitzende Brand jetzt mündlich auf der Betriebsversammlung gab, wurde besonders die Sicherheit der Arbeitsplätze, die Erhöhung der Jahresprämie 1979 und die Ausdehnung der Jubiläumszuwendung hervorgehoben. Die gewichtigsten Argumente, die der bisherige Betriebsrat für sich ins Feld führt, sind die sicheren Arbeitsplätze, die Einführung des Monatslohns 1974 und die Bejahung des von den Schichtarbeitern bevorzugten Schichtsystems (lange Viererschicht, also 12 Stunden Tagschicht/24 Stunden frei/12 Stunden Nachtschicht/48 Stunden frei usw.)

stellten und Handwerkern, beständiger Belegschaftsabbau durch Einstellungstopp, Senkung des Anfangslohns, Lohnausfall bei Kurzarbeit, Einführung neuer Werkausweise zur genaueren Kontrolle der Belegschaft usw. machen die gewerkschaftliche Organisierung von Gegenmaßnahmen immer dringlicher. Durch den bisherigen Betriebsrat wird dies jedoch nicht unterstützt, sondern noch behindert, so ist die Meinung vieler Kollegen. Die Hoechst-Kapitalisten weigern sich seit Jahren beharrlich, gewerkschaftlich gewählte Vertrauensleute zuzulassen.

Die Liste ,,Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit'' (sämtlich Mitglieder der IG Chemie bis auf 2 bereits 1976 ausgeschlossene Sozialdemokraten) drückt den Protest eines Teils der Belegschaft gegen die beschriebene Betriebsratsarbeit und gegen das Herunterkommenlassen der gewerkschaftlichen Tätigkeit aus. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Hoechst Hauptwerk fällt auch in den letzten Jahren weiter ab, auf inzwischen 29%.

Das Arbeitsprogramm der neuen Liste, das wir insgesamt positiv finden, hat zum Kernpunkt die Verbesserung der Informationsarbeit und enthält ansonsten gewerkschaftliche Forderungen zum Monatslohn und Gehaltsrahmen, zur Schichtarbeit, Gesundheitsschutz, Arbeitsplatzdatei, Sozialpolitik und Disziplinarmaßnahmen.

Tarifabschlüsse im Metallbereich

Folgende Tarife im Metallbereich sind 1981 bereits abgeschlossen:

Elektrohandwerk, Rheinland-Rheinhessen	61 Pfg/h ≙ 5,4%
Elektro-Sanitärhandwerk, Rheinland-Pfalz	56 Pfg/h ≙ 5,2%
Sanitärhandwerk, Saarland	5,8%
KFZ-Handw., Saarland	51 Pfg/h ≙ 5,2%
Elektrohandwerk, Saarland	5,4%
Mechanikerhandwerk, Rheinl.-Pfalz	5,0%
Heizungsindustrie, Saarland	5,8%
Mechanikerhandwerk, Hessen	5,2%
Schlosser-, Maschinenbauer-, Werkzeugmacher- und Schmiedehandwerk, Bayern	5,5%
Tankstellenbau, NRW (10 Monate Laufzeit; umgerechnet auf 12 Monate ergibt sich 6,24%)	5,2%
Elektrohandwerk, NRW	5,2%
Schlosser- und Schmiedeh., NRW	5,2%
Elektro- und Metallmechaniker, WB	5,8%
Einzelverträge der IG Metall, NRW (auf Effektivlohn)	5,2%

Neue Streikwelle in Italien

mah. Am 3.3. haben in ganz Italien die Beschäftigten des öffentlichen Nahverkehrs gestreikt. Die Streikbeteiligung lag in Norditalien zwischen 85 und 95%, in Mittel- und Süditalien bei 75%. Die Gewerkschaften fordern Lohnerhöhungen zwischen 50000 und 80000 Lire vor Kündigung des Tarifvertrages (erst am 31.12.), da aufgrund der galoppierenden Inflation die im Rahmen der ,,Scala mobile'' stattgefundenen Lohnerhöhungen für die meisten Beschäftigten völlig unzureichend sind. Die örtlich (z.B. in Rom) starken ,,Autonomen Gewerkschaften'' (außerhalb der großen Gewerkschaftsverbände CGEL, CESL und OEL) verlangen Lohnerhöhungen bis zu 200000 Lire und haben versucht, den Streik zu boykottieren (in Rom haben zwar 80% der Arbeiter und Angestellten, jedoch nur 50% der Fahrer gestreikt); sie haben am 5.3. einen eigenen Streik durchgeführt. Am Ende der Woche streikten auch die Beschäftigten der Fähren und das Flugpersonal für sofortige Lohnerhöhungen.

Großbritannien: Streik im öffentlichen Dienst

dog. Ab Montag beginnen im öffentlichen Dienst in Großbritannien Streiks, mit denen die Forderung nach 15% mehr Lohn und Gehalt, mindestens 10 Pfund mehr durchgesetzt werden soll. Die neun Gewerkschaften, die sich auf die Forderung und ein gemeinsames Vorgehen geeinigt hatten, vertreten 600000 Gewerkschaftsmitglieder. Ab Dienstag werden sich die Beschäftigten in den Rechenzentren und Finanzämtern dem Streik anschließen. Steuern sollen über die Post und die Banken eingezogen werden. Der zuständige Minister, Lord Soames, hat erklärt, daß es möglich sei, daß ein Abschluß von 7% zustandekommt, der die öffentlichen Haushalte aber um nicht mehr als die von der Regierung ausgegebene Lohnleitlinie von 6% belasten soll. In den Krankenhäusern haben die Handwerker schon seit einer Woche Überstunden verweigert und Dienst nach Vorschrift gemacht. Für die Lehrer wurden in der letzten Woche 7,5% mehr Gehalt vereinbart.



,,Europas Fischer fordern eine europäische Fischereipolitik.'' Am 5.3. hatten DGB, ÖTV, NGG und IGM in Bremerhaven zur Kundgebung aufgerufen. Rund 5000 kamen. Seitdem mit der Einführung der 200-Seemeilen-Zone in der EG das ,,EG-Meer'' geschaffen wurde, zu dem alle Mitgliedsstaaten gleichberechtigt Zugang haben, liegen sich die Imperialisten über die Aufteilung der Fischfangrechte in den Haaren. Ein Ausweichen in Fanggründe vor Drittländern ist nur möglich mit entsprechenden Verträgen. Einige Länder haben durchaus Interesse, Verträge über Fangrechte zum gegenseitigen Nutzen abzuschließen. Aber nicht die einzelnen EG-Mitgliedsstaaten, sondern die EG insgesamt wäre dann der Verhandlungspartner. Daher hat der Hauskrach der EG den Abschluß solcher Verträge bislang verhindert. Die Bundesregierung, die sich jetzt als ,,Opfer'' dieser Uneinigkeit hinstellt, ist in Wirklichkeit Betreiber der EG-Regelung, denn: ,,Die BRD allein befindet sich in einer schlechten Verhandlungsposition, weil sie keine interessanten Fangmöglichkeiten zum Tausch anbieten kann... Außerdem kann die Gemeinschaft in Fischereiverhandlungen ihr handelspolitisches Gewicht in die Waagschale werfen.'' (Möcklinghoff) Die Bundesregierung braucht die EG als Druckmittel. Die NGG hatte auf dem 8. Gewerkschaftstag 1978 den Abschluß bilateraler Verträge gefordert. Statt mit dänischem Fisch oder Zolldrohungen müßte die BRD dann ihre Fänge vor Kanada oder Norwegen selbst bezahlen.

Brasilien: Gewerkschaftsführer zu Haftstrafen verurteilt

dog. In der vorletzten Woche wurden 11 Führer der brasilianischen Metallarbeitergewerkschaft zu Haftstrafen zwischen 2 und 2½ Jahren verurteilt, unter ihnen ist auch der Vorsitzende der Gewerkschaft, Luis Inacio da Silva, genannt ,,Lula''. Ihr Aufruf zum Streik, der im April/Mai 1980 41 Tage dauerte, sei Aufruf zum ,,kollektiven Ungehorsam gegen das Gesetz''. Die Regierung hatte den Streik für illegal erklären lassen, den Gewerkschaftsvorstand abgesetzt und die Büros mit Regierungsbeamten besetzt. Lula ist auch Vorsitzender der Arbeiterpartei, die 1982 bei den ersten Wahlen seit 1964 kandidieren will. Gegen das Urteil fanden in Sao Paulo Demonstrationen statt, bei Ford wurde am Tag nach der Urteilsverkündung gestreikt.

7%-Forderung für die Textil- und Bekleidungsindustrie

dog. Die Sicherung der Realeinkommen ist das Ziel der Gewerkschaft Textil und Bekleidung in der Tarifrunde 1981, erklärten Hauptvorstand und Beirat nach einer gemeinsamen Sitzung am 27.2. In allen Tarifgebieten außer Westberlin und Saarland laufen die Tarife zum 30.4. aus. Hauptvorstand und Beirat beschlossen als Forderung eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7%. In der Textilindustrie sollen in diesem Rahmen auch Verbesserungen bei den Jahressonderzahlungen gefordert werden, in der Bekleidungsindustrie soll die Erhöhung der Lohngruppe 4 als DM-Betrag auch für die Lohngruppen 1 bis 3 gezahlt werden.

Baum will Prozente und niedrige

Vertagung der Verhandlungen bis zum 20.3. / Widersprüche im Regierungslager mühsam gekittet

vol. Nach zweieinhalb Stunden gegenseitigen Vortrags ist die erste Verhandlung im Tarifkampf öffentliche Dienste beendet gewesen. Fast genau so lange hat die Beratung der Regierungsvertreter und der Vertreter der Kommunen gedauert, um sich auf eine Erklärung für Fernsehen und Presse zu einigen. Baum hat dann erklären dürfen: ,,Mit der Struktur der Forderung bin ich einverstanden, mit der Höhe nicht.'' Das Abgehen der Regierungsvertreter von dem noch einen Tag vorher durch die Presse lancierten Nullangebot ist sicherlich ein erster Erfolg für die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst. Was allerdings dieses Eingehen auf einen Prozentabschluß tatsächlich bedeutet, wird man am 20.3. sehen, wenn es um Höhe und Laufzeit gehen wird. Gerade weil die Defizite der öffentlichen Haushalte aufgrund ihrer Krisenpolitik zugunsten der Kapitalisten rasant steigen, sind die Widersprüche im Lager der Regierungen und Kommunen auch nur vorläufig durch Baums Erklärung zugedeckt. Inzwischen steht es selbst in einigen Presseorganen der Bourgeoisie, daß ein Festgeldabschluß vielleicht doch annehmbarer wäre als ein prozentualer Abschluß, der den Bauabschluß übersteigt (4%).

Kluncker als Sprecher der Gewerkschaften hat sich zu Verhandlungen am 20.3. bereit erklärt, wenn das ,,Gerede über Sonderopfer im öffentlichen Dienst'' aufhöre. Gefordert hat er weiterhin einen Abschluß entsprechend der gewerblichen Wirtschaft, wobei er den Bauabschluß ausdrücklich als ,,Datum'' ausgeschlossen hat. Das ,,Datum'', auf das offensichtlich sowohl Regierungen als auch Gewerkschaften warten, ist der Abschluß in der Metallindustrie. Gelingt es der IGM, die bisherigen Abschlüsse, die zwischen 5,2 und 6,3% (alle auf das Jahr umgerechnet) liegen, im oberen Teil auch für die Metallindustrie durchzusetzen, kann der ÖTV durchaus noch ein 5% Abschluß mit ähnlichen Anstregungen gelingen. Die Absicht Baums ist aber in allen Reden und Äußerungen bisher eindeutig ein niedrigerer Abschluß, um die Tarife nach unten zu öffnen gegen den Druck der Inflation und Arbeitslosigkeit.

Die 14 Tage bis zum nächsten Verhandlungstermin schaffen Raum für die notwendigen Beratungen wie auch die Unterstützung der Aktionen der IGM. Die Große Tarifkommission der ÖTV hat am 25./26.2. nicht nur über die Lohntarife verhandelt, sondern auch drei weitere Tarifverträge besprochen, die direkt oder indirekt in den Lohntarifverhandlungen mit zur Debatte stehen. Dies ist der Tarifvertrag über Zusatzurlaub bei Schicht-, Wechselschichtarbeit und Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten. Dieser ist bei Post und Bahn inzwischen abgeschlossen, bei den Gebietskörperschaften versuchen die Regierungen weiterhin eine Allgemeingültigkeit dieser Regelungen zu verhindern. Zweitens die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. Diese ist durch die Regelung des Krankenkassenbeitrags für Rentner schon um 5,9% gekürzt (der Anteil der Zusatzversorgung), jetzt wollen die Regierungen eine Begrenzung der Zusatzrente auf unter 75% des letzten Bruttolohnes durchsetzen mit dem Argument, daß auch die Nettolöhne schon darunter liegen. Drittens die Verhandlungen über ein neues Rationalisierungsschutzabkommen.

Die Aktionen der IGM in der Stadt wie auch die Verbreitung von Solidaritätsadressen durch die IGM gibt den Belegschaften im öffentlichen Dienst die Möglichkeit, die Verbindungen zu stärken. Am 17.3. wird die ÖTV eine Kundgebung gegen die Kürzungspolitik der NRW-Landesregierung in Düsseldorf veranstalten, auf der die Intensivierung und Ausdehnung der Mehrarbeit angegriffen wird. Dies wie auch die Belegschafts- und Abteilungsversammlungen können zusätzlich zur Beratung über den Verhandlungsspielraum der Gewerkschaften wie auch der Vorbereitung nach dem ersten Angebot genutzt werden.

Demonstration gegen Stillegung der Maxhütte zeigt Wirkung

anh.Nürnberg. Die Demonstration von 15 000 in Sulzbach-Rosenberg am 21.2. gegen eine Stillegung der Maxhütte des Klöckner-Konzerns und der damit verbundenen Erzbergwerke (s. KVZ 9/81) hat erste Wirkung gezeigt. Die Demonstration und Kundgebung hatte sich dagegen gerichtet, daß Klöckner, das vor 5 Jahren die Hütte von Flick gekauft hatte, die Werke gegen eine Stillegungsprämie der EG schließen würde. Anlaß war, daß der Vorstand von Klöckner angeblich wegen fehlender staatlicher Unterstützung ein ,,Sanierungsprogramm'' nicht durchführen werde.

In der folgenden Woche mußte die bayerische Staatsregierung nun zusagen, daß es an ihr nicht liegen würde, wenn die Maxhütte geschlossen würde. In den nächsten 5 Jahren wären 60 Mio. DM aus dem Haushalt flüssig zu machen, im wesentlichen über die Grenzlandförderung und über die ,,Gemeinschaftsaufgabe'' für strukturschwache Gebiete, wonach Sulzbach-Rosenberg als Förderungsschwerpunkt mit 20 % Investitionszuschüssen gilt. Diese Gelder kämen, sobald das Bundesforschungsministerium einen Teil der anderen Investitionen fördern würde und Klöckner der Landesregierung ein Konzept vorlege, wonach die Maxhütte ,,bis über das Jahr 2000 konkurrenzfähig'' sein könne.

Der Aufsichtsrat hat daraufhin am 27.2. den Vorstand beauftragt, erste Einkäufe für das ,,Investitionsforschungsprogramm'' zu tätigen. Damit wurde ein Teil der angekündigten 213 Mio-Investitionen als Forschung deklariert. Es handelt sich dabei um die Umrüstung der bestehenden Oxygen-Stahlwerke nach dem KMS-Verfahren, wonach der Schrotteinsatz wesentlich erhöht und die Stahlwerke konzentriert werden können. Solch ein Verfahren ist aber schon bei der Umrüstung der Stahlwerke in Osnabrück im Einsatz, zu forschen ist da nicht viel. Dennoch signalisierten die bayerischen Bundestagsabgeordneten fast einhellig, da ließe sich schon etwas aus den für solche Förderungen vorgesehenen 140 Mio. des Forschungsministers in den Haushaltsberatungen umschichten.



15 000 beteiligten sich an der Abschlußkundgebung auf dem Platz vor dem Sulzbacher Rathaus. Das sind ¾ der Einwohner von Sulzbach-Rosenberg.

30% des Programms soll hierdurch finanziert werden, also noch einmal bis zu 60 Mio. DM. Damit bestünde etwa die Hälfte der Investitionen aus Zuschüssen, deren Rückzahlung ausgesetzt werden kann.

Die Wahrscheinlichkeit von Stillegungen ist damit wohl gesunken. Trotz langer Kohletransportwege und Wege für Halbzeug von und nach anderen Klöckner-Werken bietet die Maxhütte bei solchen Subventionen wohl schon ein einträgliches Geschäft. Die Erzkosten sind gering, da es selbst am Ort gefördert wird, und abgesehen von kleinen Elektrostahlwerken wie den Lech-Werken hat die Maxhütte ein Monopol vor allem auf dem Profilstahlmarkt in Bayern.

Die Forderungen der Stahlarbeiter sind damit aber keineswegs erfüllt. Zum einen fehlt weiter eine Erklärung des Vorstandes vor der Betriebsversammlung, was nun genau geplant ist. Gleichzeitig hat Klöckner eine Erklärung der westdeutschen Stahlkonzerne vom Donnerstag mitunterzeichnet, in der von EG-Kommission und Bundesregierung verlangt wird, staatliche Subventionen zu beschränken, diese als Zoll in der EG anteilig auf die Tonne Stahl zu erheben und lieber Stillegungsprämien zu zahlen. Das ist insofern bedeutend, als bisher Klöckner als einziger westdeutscher Stahlkonzern nicht am Eurofer 2 - Stahlkartell teilgenommen hat.

Zum anderen sind bereits in den letzten 10 Jahren bei 43 Mio. DM Staatszuschüssen 2500 Arbeiter überflüssig gemacht worden, die Unfallzahlen sind 1979 auf eine Rekordhöhe seit 1974 gestiegen, Grundlage der ,,Sanierung'' der Hütte ist weiterhin ein im Durchschnitt 1 DM niedrigerer Effektivlohn als in NRW. Auf der Demonstration gab es deshalb auch viele Transparente, die sich gegen die verschärfte Hetze bei der Arbeit und die schlechten Löhne richteten. Daher wurde auf der Kundgebung am 21.2. die von der IGM ausgebene Parole ,,Der Kampf beginnt'' voll unterstützt.

acm. Seit eineinhalb Jahren wird der Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms in den Einzelgewerkschaften diskutiert und die Antragsberatungskommission hat nach Prüfung von 512 Änderungsanträgen jetzt auch ihre Vorschläge unterbreitet. Mit dem neuen Grundsatzprogramm soll das alte von 1963 abgelöst werden. Das Programm besteht aus einer Präambel, in der die Stellung und die Aufgaben der Gewerkschaften in dieser Gesellschaft auch im Zusammenhang mit den Zielen in der Welt formuliert werden. Dem schließen sich die Forderungen auf verschiedensten Gebieten des

Wichtige Fortschritte sind erkennbar

Die Vorschläge für das neue DGB-Grundsatzprogramm / Kongreß vom 12. bis 14. März

ternehmen werden zurückgedrängt oder den Großunternehmen wirtschaftlich untergeordnet. Die Arbeitnehmer, die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind noch weitgehend von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Die Arbeitskraft ist ihre einzige Einkommensquelle.''

,,damit'' das ,,Gesamtwohl'' ausgehend von den Interessen der Arbeiterbewegung bestimmt. Was sonst bei ,,Gesamtwohl'' Einschluß der Interessen der Kapitalistenklasse vorsieht, ist hier tendenziell ausgeschlossen.

Weiterhin ist natürlich auch die Festlegung auf das Grundgesetz enthalten, durch das Pochen auf die Grundrech-

teressen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt. Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.''

Und hier ist die Kommission in etwa dem gefolgt, was DGB-Vorsitzender Vetter in einem Beitrag der ,,Gewerk-

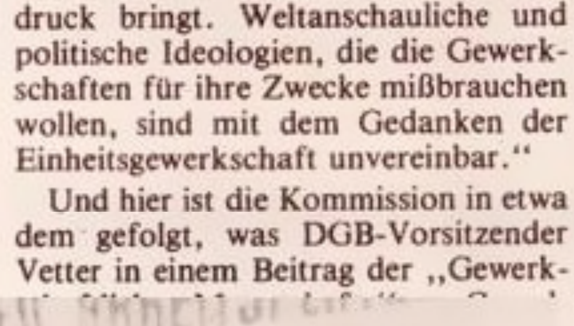
Bedeutung der internationalen Politik wird hervorgehoben

Eine wichtige Entwicklung ist auch zu verzeichnen in der Behandlung der Weltlage, des Kampfes der Völker und der Friedenspolitik. War in der alten Präambel und im Vorschlag ursprünglich nur kurz auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie auch des deutschen Volkes eingegangen, so hat jetzt die Antragskommission einen umfassenden Absatz vorgeschlagen, in dem es neben bekannten Forderungen nach Abrüstung u.a. auch heißt: ,,Eine europäische und internationale Frie-

schaften hat sich zu Verhandlungen am 20.3. bereit erklärt, wenn das ,,Gerede über Sonderopfer im öffentlichen Dienst'' aufhöre. Gefordert hat er weiterhin einen Abschluß entsprechend der gewerblichen Wirtschaft, wobei er den Bauabschluß ausdrücklich als ,,Datum'' ausgeschlossen hat. Das ,,Datum'', auf das offensichtlich sowohl Regierungen als auch Gewerkschaften warten, ist der Abschluß in der Metallindustrie. Gelingt es der IGM, die bisherigen Abschlüsse, die zwischen 5,2 und 6,3% (alle auf das Jahr umgerechnet) liegen, im oberen Teil auch für die Metallindustrie durchzusetzen, kann der ÖTV durchaus noch ein 5% Abschluß mit ähnlichen Anstregungen gelingen. Die Ab-

schutzabkommen.

Die Aktionen der IGM in der Stadt wie auch die Verbreitung von Solidaritätsadressen durch die IGM gibt den Belegschaften im öffentlichen Dienst die Möglichkeit, die Verbindungen zu stärken. Am 17.3. wird die ÖTV eine Kundgebung gegen die Kürzungspolitik der NRW-Landesregierung in Düsseldorf veranstalten, auf der die Intensivierung und Ausdehnung der Mehrarbeit angegriffen wird. Dies wie auch die Belegschafts- und Abteilungsversammlungen können zusätzlich zur Beratung über den Verhandlungsspielraum der Gewerkschaften wie auch der Vorbereitung nach dem ersten Angebot genutzt werden.





15 000 beteiligten sich an der Abschlußkundgebung auf dem Platz vor dem Sulzbacher Rathaus. Das sind ¾ der Einwohner von Sulzbach-Rosenberg.

nicht am Eurofer 2 - Stahlkartell teilgenommen hat.

Zum anderen sind bereits in den letzten 10 Jahren bei 43 Mio. DM Staatszuschüssen 2500 Arbeiter überflüssig gemacht worden, die Unfallzahlen sind 1979 auf eine Rekordhöhe seit 1974 gestiegen, Grundlage der ,,Sanierung'' der Hütte ist weiterhin ein im Durchschnitt 1 DM niedrigerer Effektivlohn als in NRW. Auf der Demonstration gab es deshalb auch viele Transparente, die sich gegen die verschärfte Hetze bei der Arbeit und die schlechten Löhne richteten. Daher wurde auf der Kundgebung am 21.2. die von der IGM ausgebene Parole ,,Der Kampf beginnt'' voll unterstützt.

Wichtige Fortschritte sind erkennbar

Die Vorschläge für das neue DGB-Grundsatzprogramm / Kongreß vom 12. bis 14. März

acm. Seit eineinhalb Jahren wird der Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms in den Einzelgewerkschaften diskutiert und die Antragsberatungskommission hat nach Prüfung von 512 Änderungsanträgen jetzt auch ihre Vorschläge unterbreitet. Mit dem neuen Grundsatzprogramm soll das alte von 1963 abgelöst werden. Das Programm besteht aus einer Präambel, in der die Stellung und die Aufgaben der Gewerkschaften in dieser Gesellschaft auch im Zusammenhang mit den Zielen in der Welt formuliert werden. Dem schließen sich die Forderungen auf verschiedensten Gebieten des Kampfes in der kapitalistischen Gesellschaft an. In diesem Artikel wird auf die Auseinandersetzung um die Präambel eingegangen; im Rahmen des Kongresses und seiner Ergebnisse wird dann nochmals insgesamt zum Programm Stellung genommen. (Außerdem werden auf der Seite 9 dieser KVZ noch die gravierenden Änderungsvorschläge für das Kapitel ,,Energiepolitik'' vorgestellt.)

Widersprüchliches in der Analyse der kapitalistischen Verhältnisse

In der Diskussion ist die Präambel am meisten umstritten, denn in ihr drükken sich die strategischen Positionen der Gewerkschaft aus, in ihr wird das Verhältnis zum Gegner – den Kapitalisten und den Eigentumsverhältnissen, aber auch zum Staat – gefaßt. In ihr wird der Charakter der Einheitsgewerkschaft beschrieben.

Auffällig ist, daß aus der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus Konsequenzen gezogen werden, was an nachfolgenden Zitaten zu erkennen ist. Dabei finden immer die Fassungen der Antragsberatungskommission ihre Berücksichtigung.

,,Seit Beginn der Industrialisierung werden die sozialen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durch den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit geprägt. Den Interessen der Unternehmer an maximalen Gewinnen stehen die Interessen der Arbeitnehmer an sicheren Arbeitsplätzen, menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen und ausreichenden Einkommen gegenüber.'' Und: ,,Die Entwicklung der BRD hat die alten Besitz-und Machtverhältnisse nicht grundlegend geändert. Die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort. Die Kleinunternehmen werden zurückgedrängt oder den Großunternehmen wirtschaftlich untergeordnet. Die Arbeitnehmer, die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind noch weitgehend von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Die Arbeitskraft ist ihre einzige Einkommensquelle.''

Bislang kam der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit in der Präambel nicht vor. Hier liegt ein erheblicher Fortschritt, der sich auch in der Kennzeichnung der ,,alten Besitz- und Machtverhältnisse'' als ,,nicht grundlegend geändert'' fortsetzt. Wobei ,,nicht grundlegend'' Schlüsse auf Änderung zuläßt, wo aber in der Präambel sonst keine Hinweise zu finden sind. Aber diese Aussagen und Festlegungen der gesellschaftlichen Verhältnisse werden doch an verschiedenen Punkten relativiert und es tauchen solche schwammigen Begriffe wie ,,ihren gerechten Anteil am Ertrag der Arbeit durchsetzen'' oder ,,den Kampf für die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer fortzusetzen'' auf, die auch einen Widerspruch bilden, denn wo es einen Gegensatz von Kapital und Arbeit gibt, kann es keine ,,Gleichberechtigung'' geben. Hier werden also falsche Konzessionen gemacht. Ebenso, wenn das ,,Gesamtwohl'', wie im Programm von 1963, weiter enthalten ist. Aber hier ist äußerst interessant, wie die Formulierung gewählt ist. ,,Als gemeinsame Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten nehmen der DGB und die in ihm vereinten Gewerkschaften die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen aller Arbeitnehmer und ihrer Familien wahr und dienen *damit* (Einfügung nach dem Willen der Antragsberatungskommission, *acm*) den Erfordernissen des Gesamtwohls.'' Die bürgerliche Presse hat getobt. Warum? Die FAZ schrieb in einem Kommentar: ,,So wird im Grundsatzprogramm der Begriff des Gemeinwohls mit den Zielen dieser Gewerkschaften gleichgestellt. Die Gewerkschaft will bestimmen, was dieses Gemeinwohl zu sein hat.'' Tatsächlich wird durch die Einfügung von ,,damit'' das ,,Gesamtwohl'' ausgehend von den Interessen der Arbeiterbewegung bestimmt. Was sonst bei ,,Gesamtwohl'' Einschluß der Interessen der Kapitalistenklasse vorsieht, ist hier tendenziell ausgeschlossen.

Weiterhin ist natürlich auch die Festlegung auf das Grundgesetz enthalten, durch das Pochen auf die Grundrechte, wo aber erstmals auch das ,,Widerstandsrecht'' hinzugefügt worden ist.

Bleiben also insgesamt noch die Formulierungen von reformistischen Auffassungen geprägt, so ist aber doch unschwer ein Fortschritt, eine radikalere Ansicht und Anlyse der Verhältnisse zu erkennen, die dem tatsächlichen Verlauf der Widersprüche und der Entwicklung der Arbeiterbewegung auch mehr entsprechen. Wobei noch weitgehendere Anträge von einzelnen Gewerkschaften wie Holz und Kunststoff und Druck und Papier, die die Streichung des ,,Gesamtwohls'' vorsahen, wohl keine Mehrheit finden werden.

Umstrittene Beschreibung der Einheitsgewerkschaft

An diesem Punkt hat es die konträrsten Debatten innerhalb der Gewerkschaften gegeben, die vor allem über die Frage gingen: sollen die Kommunisten als Strömung bzw. Richtung in der Arbeiterbewegung vorkommen oder muß sich gegenüber ihnen deutlich abgegrenzt werden. Der Abschnitt, den die Antragskommission vorschlägt, lautet:

,,Die Einheitsgewerkschaft ist aus den Erfahrungen der Arbeitnehmer vor und während der Weimarer Republik und der Verfolgung durch den Nationalsozialismus entstanden. Sie hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen, in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt. Sie erübrigt konkurrierende Gewerkschaften. Die interne Vielfalt der Meinungen verpflichtet auf der Grundlage von Toleranz zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt. Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.''

Und hier ist die Kommission in etwa dem gefolgt, was DGB-Vorsitzender Vetter in einem Beitrag der ,,Gewerkschaftlichen Monatshefte'' zur Grundsatzdebatte formuliert hatte: ,,Fazit: Es ist historisch richtig, daß Christlich-Soziale und Sozialdemokraten immer viel *Toleranz* aufgebracht haben, mit kommunistischen Kollegen in einer Gewerkschaft zusammenzuarbeiten; das kann so bleiben und ist mit der Formulierung des Entwurfs nicht ausgeschlossen. Aber es kann uns nicht abverlangt werden, daß wir bei der Erläuterung der historischen Grundlagen der Einheitsgewerkschaft eine Richtung ausdrücklich mit einbeziehen, die in ihrem Verhältnis zu den Gewerkschaften eine so problematische Geschichte aufweist. Das ,vor allem' ist ein Angebot, das unsere Toleranz beweist; auf eine Nennung von Traditionen, Strömungen, Richtungen ganz zu verzichten, wäre ein schlechter Formelkompromiß, ein Armutszeugnis angesichts unserer Geschichte'' (2/81, S. 70/71).

Gegenüber solchen Formulierungen hatte die Gewerkschaft Holz und Kunststoff die Streichung der Strömungen und Richtungen insgesamt verlangt und die Gewerkschaft Druck und Papier, GEW, HBV und DGB-Landesbezirk Hessen wollten in ähnlich lautenden Anträgen berücksichtigt wissen, daß die Wurzel der Einheitsgewerkschaften auch im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus zu suchen ist, was jetzt auch enthalten ist – aber bei Beibehaltung der einseitigen Nennung der Strömungen und Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Gerade gegenüber diesen Anträgen war in der Presse in den letzten Wochen auch Sturm gelaufen worden und bislang haben sich hier also auch traditionell-sozialdemokratische Auffassungen durchgesetzt, die insbesondere auch wohl den Druck der Reaktion fürchten.

Bedeutung der internationalen Politik wird hervorgehoben

Eine wichtige Entwicklung ist auch zu verzeichnen in der Behandlung der Weltlage, des Kampfes der Völker und der Friedenspolitik. War in der alten Präambel und im Vorschlag ursprünglich nur kurz auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie auch des deutschen Volkes eingegangen, so hat jetzt die Antragskommission einen umfassenden Absatz vorgeschlagen, in dem es neben bekannten Forderungen nach Abrüstung u.a. auch heißt: ,,Eine europäische und internationale Friedensordnung muß das Lebensrecht aller Nationen, ihr Selbstbestimmungsrecht und die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen respektieren. Den Gebrauch militärischer Gewalt, von welcher Seite auch immer, lehnen die Gewerkschaften ab ... Entspannung, Abrüstung und Frieden haben für die an der Nahtstelle zweier Bündnissysteme gelegene und exponierte Bundesrepublik ganz besonderes Gewicht ... Die Gewerkschaften fordern das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und der Anwendung atomarer Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien. Ziel der Gewerkschaften bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung.

Die Beseitigung von Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit, Analphabetentum und Unterdrückung ist eine wichtige Bedingung für eine stabile Friedensordnung.''

Gegenüber solchen fortgeschrittenen Positionen – die durch die Betonung auf ,,europäische und internationale'' Friedensordnung auch z.B. den Kampf in Westdeutschland um einen Friedensvertrag als gegeben erscheinen lassen und keine zwingende Festlegung auf irgendwelche Militärbündnisse enthält, sondern eher die brisante Stellung der BRD in Bezug auf die Kriegsgefahr hervorhebt – ist es schade, daß es auch zu folgenden Aussagen kommt: ,,Der anhaltende Rüstunswettlauf gefährdet zunehmend den Frieden in der Welt. Das gilt auch für die Aufrüstung der Dritten Welt, wo schon lokale Krisenherde die Gefahr weltweiter Konflikte in sich bergen.'' Demgegenüber hätte die direkte Unterstützung der Völker in ihren Befreiungskämpfen und gegen jedwede Unterdrückung das Richtige ausgedrückt.

„Rock ist keine Lebensform, sondern ein Geschäft“

acm. Das ist die Kernaussage des Buches „Hard-Rock“, von R. Herfurtner, das im März bei rororo erschienen ist und aus der Rockscene der Siebziger erzählt. Mehr oder weniger eine Abrechnung mit dem Rockgeschäft, dem Aussteigen und der „Alternative“, die sich doch als eine den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft *folgende* herausstellt. Die Abrechnung damit erfolgt über eine Romanhandlung, in der Poppy Vogler, Mitte 20, über sein Leben in der Scene rekapituliert.

Abitur, Rumflippen, Aufgabe des Studiums, Gelegenheitsverkäufer und Kleinladenbesitzer mit Fernostartikeln, Einstieg in die Rockscene, leben in dieser Kultur: „*Es* lief. *Es*. *Es* bot sich was an, ich stieg ein und ließ *es* laufen. Der Mechanismus der Scene bewegte mich. Ich wurde dann Roadie, baute die Anlagen vieler deutscher Gruppen auf, war *in the music*. Doch je mehr ich von den Produktionsbedingungen des Rockgeschäfts begriff, desto weniger funktionierte die Musik als Stimmungsstimulans, als das ich sie liebte und brauchte. Ich wurde wieder Hörer. Fing an, für die Zeitung zu schreiben. In der Scene blieb ich. Aufgehoben.“ (S. 73/74)

In der Romanhandlung wird über das Einsetzen von Storys – Poppy's Rock-Geschichten für einen Piratensender – die Rockscene entmythologisiert. Bill Hailey und Elvis Presley bleiben auf der Strecke, die Wiederbelebungsversuche von Rolling Stones und Beatles Anfang der Siebziger werden auf den *Geschäftsinhalt* gebracht. Er enthüllt die Produktionsbedingungen der kleinen Gruppen, die Illusionen seines Freundes Al über die Möglichkeiten, als Produzent „groß rauszukommen“. Er schildert die widerliche „Promotion-Arbeit“, wo lange Haare genauso zum Geschäft eines Managers gehören, wie die Brutalität und Verlogenheit in der Branche. Er läßt Udo Lindenberg, im Roman alias Ulf Lagerkrantz, als ein „krankhaft chauvinistisches Schwein“ Revue passieren. Er erzählt aber auch von den Sehnsüchten der Jugend nach Freiheit, raus aus dem Arbeitsalltag und der Entfremdung. Vom Rockerleben und der Verbindung zur Rolling-Stones-Musik, wo am Ende aber auch nur Frust und Alltag bleiben. Er berichtet von Uwe, dem Rocker, der aus der Jugendstrafanstalt entlassen, den Hard-Rock als Ausdruck der Unzufriedenheit und Rebellion gegen die herrschenden Verhältnisse ansieht und in ihm lebt, aber kaputt gemacht worden ist.

Diese Geschichten geben dem Roman etwas Dokumentarisch-analysierendes, der aber doch die Gefühle und Empfindungen der Scene auszudrücken vermag. Da ist noch Lyndy, Poppy's Freundin, deren Beziehung aber zerbricht am Alltag in der Scene. Sie versucht, Sängerin in der Rockscene zu werden. Aber die Scene ist kein Ort der Selbstverwirklichung der Frau: „Wir sprachen über Lyndy und meine Bedenken, ob sie es schaffen konnte. Wollo sagte: What can a poor girl do? Es kann Groupie werden ... Und genau daran merkt man auch, daß der Rock nicht der Fortschritt war, als den man ihn ausgab, sagte Wollo, weil für die Frau nur die Rolle der Verehrerin vorgesehen war, die dem Mann-Star zu Füßen liegen darf und die am Bühneneingang wartet, bis man sie als Groupie benutzt.“ (S. 156/57)

Die Beschreibungen der Scene sind eindrucksvoll. Wie sich alles um ‚connections‘ (Verbindungen, Beziehungen) dreht, alle auf die große Entdeckung usw. hoffen, aber doch alles elendig und ernüchternd ist, und viele Leute kaputt gemacht werden. „Ich sagte: Jeder merkt irgendwann, daß Rock keine Lebensform ist, sondern ein Geschäft. Ein bißchen phantasievoller vielleicht, ein bißchen toleranter ... Aber doch ein Geschäft mit Marktgesetzen, den Gewinn im Auge, nicht den Menschen ... Das ist wirklich merkwürdig, sagte ich, je mehr ich nachdenke, desto kaputter wird das Ganze. Solang ich nur an die Musik denke, spüre ich noch die guten Vibrations. Aber dahinter ist ein Abgrund. Alles hohl. Dampf, der entweicht beim Zugreifen. Ein Mythos, irgendwo ganz unerreichbar und eine Masse ausgeflippter Typen auf der Suche nach dem erlösenden Rock-Riff.“ (S. 122)

In der Kritik der Illusion einer „Lebensform“, einer „Alternative“ hat das Buch eine Wirkung und läßt sich auch auf die neueren Entwicklungen – Punk, New Wave – anwenden. Denn auch da entwickeln sich, auch in der BRD und bei den Tausenden von Gruppen, wieder die Marktgesetze mit den Firmen- und Produktionsrechten, den Zwängen zum Erfolg. Unter bestehenden Verhältnissen ist das unvermeidlich und sagt auch noch nichts über die Musik selber. Die Behandlung des Widerspruchs, die Versachlichung des Phänomens wird aber über das Buch erleichtert und darin liegt sein Wert, gegenüber einer ganzen Reihe von Büchern über die Rockmusik, ihre Stars, welche immer schön am Mythos stricken.

bed. Eine Woche lang bestreikten die 1149 Schüler und Eltern der Gesamtschule Kastellaun (Hunsrück) den Unterricht mit der Forderung: Das rheinland-pfälzische Kultusministerium soll endlich die seit 17 Jahren geforderte Oberstufe an der IGS einrichten. Eltern, Schüler und die „Bürgerinitiative Oberstufe für Kastellaun“ erheben diese Forderung zur Verbesserung des Schulangebotes im Hunsrück und wegen der unzumutbar langen Anfahrtswege zu anderen Gymnasien. Kultusministerin Laurien war, wie von den Streikenden gefordert, nach Kastellaun gekommen, hatte dort aber das Nein wiederholt. Die Schulelternversammlung beendete den Streik mit einer Resolution, in der sie ihre Bereitschaft bekräftigt, jederzeit wieder zum Streik aufzurufen. Die Zukunft der Kinder dürfe „nicht an der finanziellen Frage scheitern.“



„Keine Klasse über 25 Schüler – Einstellung aller arbeitslosen Lehrer“

20000 Schüler demonstrieren in Hamburg gegen den Schulentwicklungsplan

trg.Hamburg. Mehr als 20000 Hamburger Schüler protestierten am 26.2.81 gegen den SEPL (Schulentwicklungsplan), gegen Schulschließungen, Unterrichtsausfall und die Bewirtschaftungsmaßnahmen des Hamburger Senats. Auf der Abschlußkundgebung wurde berichtet, daß am Vormittag 50000 Schüler an 150 Schulen den Unterricht boykottiert hätten. Mittags hatten mehr als 6000 Demonstranten vor der Schulbehörde protestiert. Senator Grolle und Landesschulrat Neckel mußten eine 12köpfige Delegation empfangen, die die Forderungen der Schüler überbrachte.

Worum ging es im einzelnen beim Kampf der Schüler?

Seit Ende Januar liegt der Referentenentwurf des Schulentwicklungsplans für Hamburg den Gremien zur Mitbestimmung vor. Am 3. März sollte die offizielle Debatte darum abgeschlossen sein. Danach will die Behörde darangehen, bis zum Herbst einen endgültigen Plan zu erarbeiten, der Richtlinie für die Bau-, Renovierungs- und Beschäftigungsplanung im Schulbereich bis 1990 sein soll. Der SEPL sieht vor, daß bis 1990 ca. 60 Schulen geschlossen und eine Reihe von Schulen nur als Grundschulen weitergeführt werden sollen. Begründet werden die Planung und die angestrebten Schulschließungen vom Senat mit sinkenden Schülerzahlen. In der Auseinandersetzung um den Plan an den einzelnen Schulen und in den Bezirken kam heraus, daß die Grundlagen der Planung auf wackeligen Füßen stehen. Für den Süderelberaum z.B. wird auf Grund der Zahlen von 1977 von einem Wohnungszuwachs von 1300 Einheiten bis 1985 ausgegangen. Tatsächlich werden aber bis 1985 über 2500 Wohnungen gebaut. Entscheidend für den Widerstand gegen die Schulentwicklungsplanung des Senats ist, daß Eltern, Schüler und Lehrer sich nicht mehr mit den schlechten Zuständen an den Schulen abfinden wollen und die Forderung nach qualitativer und quantitativer Verbesserung der Ausbildung stellen. Der Senat will die jetzigen Mißstände festschreiben; Eltern, Schüler und Lehrer wollen die Verhältnisse verbessern. Am stärksten ist der Widerstand dort, wo drastische Verschlechterungen geplant sind: Wenn durch Schulschließungen die Schulwege für jüngere Schüler länger werden, oder im Laufe der Schulausbildung mehrfach die Schule gewechselt werden muß.

Gleichzeitig wird der Kampf gegen die Bewirtschaftungsmaßnahmen geführt. Sie führen durch Nichteinstellung von Lehrern und anderem Personal nicht nur zur aktuellen Verschlechterung, sondern bilden dann später die Grundlage für die langfristige Planung. So war es auch mit den Sparmaßnahmen 1975/76, deren Festlegungen heute Ausgangspunkt der Schulentwicklung sind.

Sofort nach Bekanntwerden der Sparpläne haben Lehrerkonferenzen, Elternräte, Schülerräte und die GEW Beschlüsse gefaßt und gegen den SEPL protestiert. Die Schülerkammer ging daran für den 26.2.81 einen „Landesweiten Schulstreik“ vorzubereiten unter den Forderungen:

- Keine Klasse über 25 Schüler
- Beseitigung des Unterrichtsausfalls
- Einstellung aller arbeitslosen Lehrer

In vielen Schulen wurden Vollversammlungen durchgeführt, wo die Teilnahme am Streik beschlossen wurde. Durch den Drohbrief des Landesschulrat Neckel, der 3 Tage vor dem Schulstreik allen Hamburger Schülern verlesen werden mußte, ließen sich die Schüler von ihrem Kampf nicht abhalten. In dem Brief wurden die Schüler darauf hingewiesen, daß unentschuldigtes Fernbleiben vom Unterricht eingetragen wird, daß, wenn Klassenarbeiten geschrieben werden, sie mit 6 beurteilt werden und das die Eltern benachrichtigt werden. Die Schulleiter wurden außerdem angewiesen den Zusammenschluß der Schüler zu verhindern. In Wandsbek z.B. ließ ein Schulleiter eine Beratung von Schülern zum SEPL, die in den Schulräumen stattfand, von der Polizei auflösen. „Die Räume wären nicht ordnungsgemäß angemeldet worden.“

Ganze Lehrerkollegien, GEW-Betriebsgruppen beschlossen daraufhin sofort, daß keine Arbeiten an diesem Tag geschrieben werden. Der Delegation mußten Grolle und Neckel am Streiktag zusichern, daß sie einen Brief an alle Schulleiter schreiben, daß keine Sanktionen, wie angekündigte Schulverweise, verhängt werden.



Basisgruppen legen Grundforderungen fest
Mehrheitsverhältnisse günstig für Fortschritte auf dieser vds-MV

das Einsetzen von Storys – Poppy's Rock-Geschichten für einen Piratensender – die Rockscene entmythologisiert. Bill Hailey und Elvis Presley bleiben auf der Strecke, die Wiederbelebungsversuche von Rolling Stones und Beatles Anfang der Siebziger werden auf den Geschäftsinhalt gebracht. Er enthüllt die Produktionsbedingungen der kleinen Gruppen, die Illusionen seines Freundes Al über die Möglichkeiten, als Produzent „groß rauszukommen“. Er schildert die widerliche „Promotion-Arbeit“, wo lange Haare genauso zum Geschäft eines Managers gehören, wie die Brutalität und Verlogenheit in der Branche. Er läßt Udo Lindenberg, im Roman alias Ulf Lagerkrantz, als ein „krankhaft chauvinistisches Schwein“ Revue passieren. Er erzählt aber auch von den Sehnsüchten der Jugend nach Freiheit, raus aus dem Arbeitsalltag und der Entfremdung. Vom Rockerleben und der Verbindung zur Rolling-Stones-Musik, wo am Ende aber auch nur Frust und Alltag bleiben. Er berichtet von Uwe, dem Rocker, der aus der Jugendstrafanstalt entlassen, den Hard-Rock als Ausdruck der Unzufriedenheit und Rebellion gegen die herrschenden Verhältnisse ansieht und in ihm lebt, aber kaputt gemacht worden ist.

gesetzen, den Gewinn im Auge, nicht den Menschen ... Das ist wirklich merkwürdig, sagte ich, je mehr ich nachdenke, desto kaputter wird das Ganze. Solang ich nur an die Musik denke, spüre ich noch die guten Vibrations. Aber dahinter ist ein Abgrund. Alles hohl. Dampf, der entweicht beim Zugreifen. Ein Mythos, irgendwo ganz unerreichbar und eine Masse ausgeflippter Typen auf der Suche nach dem erlösenden Rock-Riff.“ (S. 122)

In der Kritik der Illusion einer „Lebensform“, einer „Alternative“ hat das Buch eine Wirkung und läßt sich auch auf die neueren Entwicklungen – Punk, New Wave – anwenden. Denn auch da entwickeln sich, auch in der BRD und bei den Tausenden von Gruppen, wieder die Marktgesetze mit den Firmen- und Produktionsrechten, den Zwängen zum Erfolg. Unter bestehenden Verhältnissen ist das unvermeidlich und sagt auch noch nichts über die Musik selber. Die Behandlung des Widerspruchs, die Versachlichung des Phänomens wird aber über das Buch erleichtert und darin liegt sein Wert, gegenüber einer ganzen Reihe von Büchern über die Rockmusik, ihre Stars, welche immer schön am Mythos stricken.

bung wurde berichtet, daß am Vormittag 50000 Schüler an 150 Schulen den Unterricht boykottiert hätten. Mittags hatten mehr als 6000 Demonstranten vor der Schulbehörde protestiert. Senator Grolle und Landesschulrat Neckel mußten eine 12köpfige Delegation empfangen, die die Forderungen der Schüler überbrachte.

Worum ging es im einzelnen beim Kampf der Schüler?

Seit Ende Januar liegt der Referentenentwurf des Schulentwicklungsplans für Hamburg den Gremien zur Mitbestimmung vor. Am 3. März sollte die offizielle Debatte darum abgeschlossen sein. Danach will die Behörde darangehen, bis zum Herbst einen endgültigen Plan zu erarbeiten, der Richtlinie für die Bau-, Renovierungs- und Beschäftigungsplanung im Schulbereich bis 1990 sein soll. Der SEPL sieht vor, daß bis 1990 ca. 60 Schulen geschlossen und eine Reihe von Schulen nur als Grundschulen weitergeführt werden sollen. Begründet werden die Planung und die angestrebten Schulschließungen vom Senat mit sinkenden Schülerzahlen. In der Auseinandersetzung um den Plan an den einzelnen Schulen und in den Bezirken kam heraus, daß die Grundlagen der Planung auf wackeli-

stand gegen die Schulentwicklungsplanung des Senats ist, daß Eltern, Schüler und Lehrer sich nicht mehr mit den schlechten Zuständen an den Schulen abfinden wollen und die Forderung nach qualitativer und quantitativer Verbesserung der Ausbildung stellen. Der Senat will die jetzigen Mißstände festschreiben; Eltern, Schüler und Lehrer wollen die Verhältnisse verbessern. Am stärksten ist der Widerstand dort, wo drastische Verschlechterungen geplant sind: Wenn durch Schulschließungen die Schulwege für jüngere Schüler länger werden, oder im Laufe der Schulausbildung mehrfach die Schule gewechselt werden muß.

Gleichzeitig wird der Kampf gegen die Bewirtschaftungsmaßnahmen geführt. Sie führen durch Nichteinstellung von Lehrern und anderem Personal nicht nur zur aktuellen Verschlechterung, sondern bilden dann später die Grundlage für die langfristige Planung. So war es auch mit den Sparmaßnahmen 1975/76, deren Festlegungen heute Ausgangspunkt der Schulentwicklung sind.

Sofort nach Bekanntwerden der Sparpläne haben Lehrerkonferenzen, Elternräte, Schülerräte und die GEW Beschlüsse gefaßt und gegen den SEPL

In vielen Schulen wurden Vollversammlungen durchgeführt, wo die Teilnahme am Streik beschlossen wurde. Durch den Drohbrief des Landesschulrat Neckel, der 3 Tage vor dem Schulstreik allen Hamburger Schülern verlesen werden mußte, ließen sich die Schüler von ihrem Kampf nicht abhalten. In dem Brief wurden die Schüler darauf hingewiesen, daß unentschuldigtes Fernbleiben vom Unterricht eingetragen wird, daß, wenn Klassenarbeiten geschrieben werden, sie mit 6 beurteilt werden und das die Eltern benachrichtigt werden. Die Schulleiter wurden außerdem angewiesen den Zusammenschluß der Schüler zu verhindern. In Wandsbek z.B. ließ ein Schulleiter eine Beratung von Schülern zum SEPL, die in den Schulräumen stattfand, von der Polizei auflösen. „Die Räume wären nicht ordnungsgemäß angemeldet worden.“

Ganze Lehrerkollegien, GEW-Betriebsgruppen beschlossen daraufhin sofort, daß keine Arbeiten an diesem Tag geschrieben werden. Der Delegation mußten Grolle und Neckel am Streiktag zusichern, daß sie einen Brief an alle Schulleiter schreiben, daß keine Sanktionen, wie angekündigte Schulverweise, verhängt werden.



Heidelberg. Über 2000 demonstrierten am 7.2. in Heidelberg gegen die Wohnungsnot. Gefordert wurde, leerstehenden Wohnraum durch die Stadt zur Verfügung zu stellen und Rücknahme von Strafanzeigen gegen Instandbesetzer.



Saarbrücken. Am 4.2. führten die Studenten einen eintägigen Warnstreik durch mit den Forderungen: Keine Mittelkürzungen an der Universität, Verbesserung der Studiensituation, Aussetzen der Prüfungsanforderungen. 90% der Seminare blieben leer. Nachmittags wurden mit 1000 Studenten Aktionen in der Stadt durchgeführt.

Basisgruppen legen Grundforderungen fest

Mehrheitsverhältnisse günstig für Fortschritte auf dieser vds-MV

vol. In einem Thesenpapier haben die Basisgruppen nach heftigen Auseinandersetzungen ihre „Essentials“ für die weitere Mitarbeit im vds vorgelegt: Gründung eines Projektbereichs Antimilitarismus, der die Kämpfe gegen Rekrutenvereidigungen und die Militarisierung der Gesellschaft unterstützt.

Grundlage der Tätigkeit sollen sein der Krefelder Aufruf, der Aufruf der Russell Peace Foundation und Frauen für den Frieden. Die Stoßrichtung der Tätigkeit zielt auf Neutralisierung der BRD, vollständige Abrüstung und soziale Verteidigung. Im Internationalismus soll der erste Schwerpunkt bei der Unterstützung der Kämpfe der Völker Mittel- und Zentralamerikas für Unabhängigkeit und Freiheit sein. Der zweite Schwerpunkt der Nahe Osten mit der Unterstützung vom Kampf des palästinensischen Volkes, Iran/Irak, Unterstützung des Volkes von Afghanistan und alternativer Türkeihilfe. Ein dritter Schwerpunkt soll die Unterstützung der sozialistischen Opposition in den Staaten Osteuropas sein. Die Basisgruppen sind für eine Einladung des unabhängigen polnischen Studentenverbandes durch den vds, ein Polen-Seminar und die Unterstützung der Polen-Veranstaltung Ende April in Offenbach. Weitere grundlegende Programmpunkte der Basisgruppen: Aufbau eines Projektbereichs (PB) Repression und Rechtshilfe und Aufklärungskampagnen, PB Ökologie, Kommunales Wohnen, Frauenreferat, das auch autonome Frauengruppen unterstützt und PB Kultur.

Im Gegensatz zu dem MSB und den Jusos ist die Bereitschaft in den Basisgruppen, sich einfach an die sowjetische Kriegspolitik anzuhängen und auf die sozialimperialistische Propaganda der Entspannung reinzufallen, erheblich geringer. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg wird allerdings mit einer pazifistischen Zielrichtung (soziale Verteidigung) geführt, die der SU indirekt entgegenkommt. Diese Unsicherheit über die Möglichkeit des erfolgreichen Kampfes gegen die Schürung der Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte zeigt sich auch in der Unentschiedenheit über die Grundlagen des Kampfes in den Nebeneinanderstellen von Krefelder Appell und Aufruf der Russell Peace Foundation. Diese Unsicherheit und Unentschiedenheit wird sich aber gerade in der Auseinandersetzung über die Unterstützung des Kampfes des polnischen Volkes und der polnischen Studenten besser klären lassen.

Im Teil zum Kampf gegen die Bildungsreform und die Hochschulbürokratie bestärken die Basisgruppen die Forderung nach Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungshoheit und Finanzhoheit und betonen den Rätecharakter der studentischen Vertretungen, d.h. ihre Bindung und Kontrolle durch die Studenten, die sie vertreten. Die Forderungen gegen die Studienreform, zum BAföG und Lehrerstudium sind noch nicht ausgearbeitet. Dieser Mangel öffnet MSB und Jusos die Möglichkeit als Vertreter der Studenten in Studien- und sozialen Fragen aufzutreten, was zu einer willkürlichen Aufspaltung der Interessen der Studentenbewegung führen kann. Einziger Fixpunkt ist die Ablehnung einer Novellierung des HRG, die nichts an den undemokratischen Strukturen bei Studien- und Prüfungsreform ändert.

Die Basisgruppen wollen von diesen „Essentials“ ihre weitere Mitarbeit abhängig machen, d.h. wenn sie nicht mit in das vds-Programm aufgenommen werden, werden die Basisgruppen wie auf der 4. MV ausziehen bzw. vermutlich die ASten die Finanzierung des vds einstellen. Diese Art der „Lobby“ für zum großen Teil richtige Forderungen ist eine Reliquie aus der Zeit der Kaiserwahlen, wo die Kurfürsten mit ihren Lehenszahlungen abreisten bei unerfreulichem Ausgang. Gerechtfertigt ist diese Drohung nur an dem Punkt der Wiederherstellung demokratischer Entscheidungsstrukturen innerhalb des vds, Repräsentation der ASten wie Bayern und Baden-Württemberg, bei Festlegung der Zusammenarbeit zwischen ASten im Zentralrat, die den vds-Vorstand kontrollieren können und Minderheitsrechten in Bezug auf den Rundbrief und die vds-Publizistik sowie die Selbständigkeit der Fachtagungen und Projektbereiche.

Dabei sind die Mehrheitsverhältnisse auf dieser MV nach eigenen Aussagen der Basisgruppen besser als in den letzten Jahren. Von 850 bis 900 Stimmberechtigten hat die GO-Fraktion (MSB, SHB etc.) 300 bis maximal 350, Jusos/LHV 100, Jusos/BG 120 bis 150, Basisgruppen (BG) 180 bis 200, KHB 10, Rechte 50 bis 60 Stimmen. Ca. 80 Stimmen werden wahrscheinlich blockiert sein. Dies zwingt MSB und Jusos zur Aktionseinheit.

Schafft höhere Staatsschuld die „Vollbeschäftigung"?

Richtige Einzelforderungen des DGB unter illusorischem Gewand

reh. In den ersten Stellungnahmen zum Bundeshaushalt 1981 kritisieren die DGB-Gewerkschaften, daß darin ein „Beschäftigungsprogramm" fehle. Der Bundesvorstand fordert „unverzüglich ein Anschlußprogramm an das auslaufende Zukunftsinvestitionsprogramm" einzuleiten. Die Finanzierung solle über höhere Staatsschuld geschehen. In einer Reihe von Artikeln in der „Quelle", dem DGB-Funktionärsorgan, wurde in den letzten Monaten ein Grundrecht auf Staatsverschuldung konstruiert: „Bei Beschäftigungskrisen ist der Staat durch die Verfassung (Art. 109) verpflichtet, die zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung erforderlichen Kredite aufzunehmen". (Bundesvorstand in „Quelle" 10/80)

Obwohl die öffentlichen Haushalte in den vergangenen Jahren expansiv verschuldet wurden und gewaltige Investitionsprogramme durchgeführt wurden, ist alles andere als Vollbeschäftigung hergestellt worden. Wie stark die Auswirkungen der Investitionsprogramme auf den Arbeitsmarkt waren, ist äußerst vage. Die Angaben in den „Quelle"-Artikeln schwanken selbst zwischen 300000 und 100000 neuen Arbeitsplätzen.

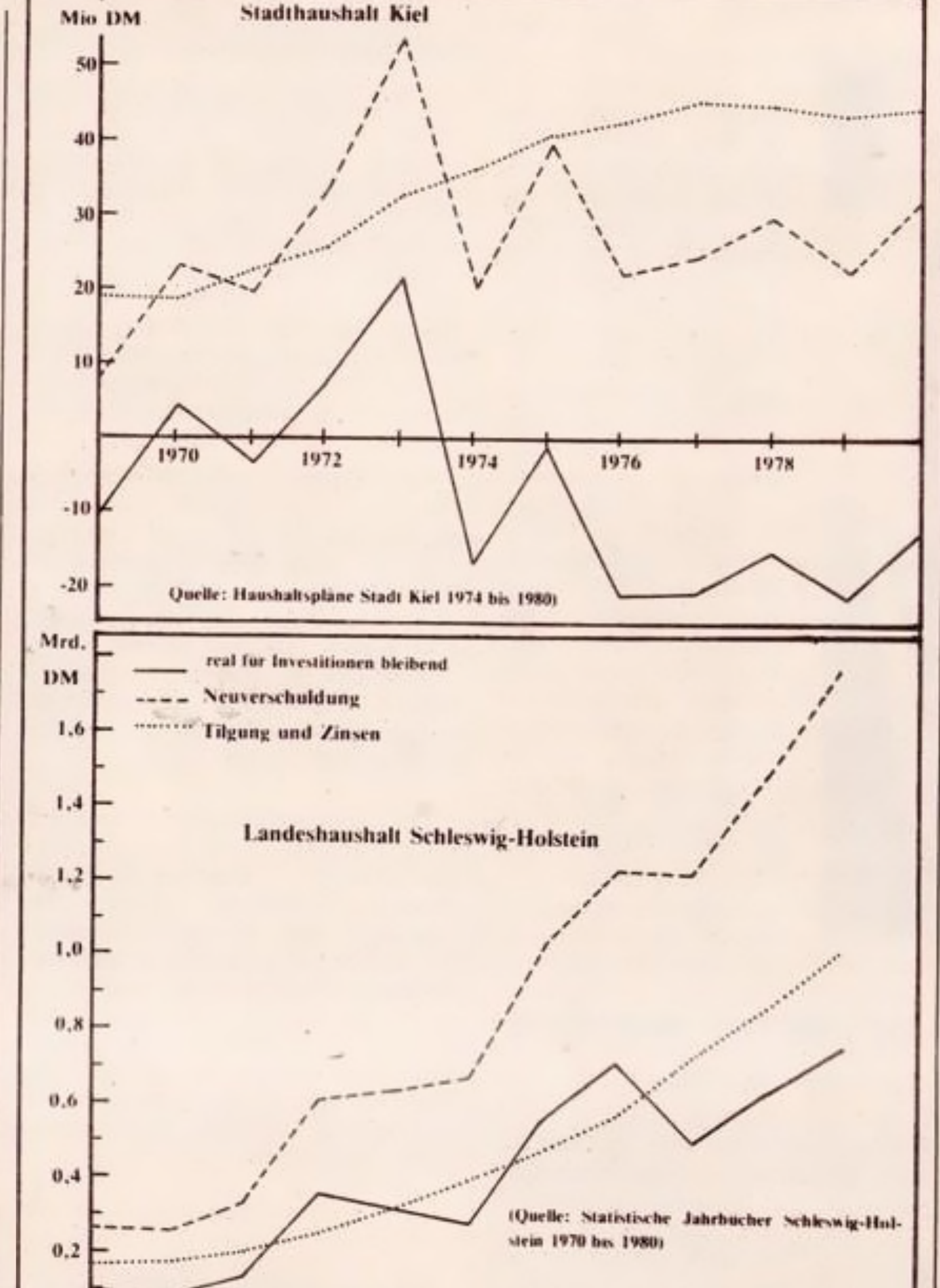
Die nebenstehenden Schaubilder zeigen die jährlichen Neuverschuldungen des Landes Schleswig-Holstein und der Stadt Kiel, sowie die Entwicklung der nach Abzug von Zinsen und Tilgung real verbleibenden Gelder, die für Investitionen eingesetzt werden können.

Daraus ergibt sich: Die Stadt Kiel kann seit 1974 bei weitem nicht mehr durch Neuverschuldung die Kosten für den Schuldendienst bezahlen. Innerhalb des Schuldendienstes schwankt der Anteil der Zinszahlungen zwischen 48% und 66%, also erheblich über den Tilgungen.

Daß beim Landeshaushalt real Gelder für Investitionen verbleiben, liegt an der enormen Steigerung der Neuverschuldungen. Die Schuldenaufnahme stieg von 1969 bis 1979 um 669%, gegenüber einer Haushaltssteigerung um nur 301%. Wie stark die Tributzahlungen an das Finanzkapital auch hier am Haushalt nagen, sieht man z.B. in den Jahren 1976/77, wo die Schuldenaufnahme nahezu unverändert blieb (1,25 Mrd. DM), die vom Kredit verbleibende Summe aber von 712 Mio. auf 498 Mio. DM sank. Auch beim Landeshaushalt liegen die Zinsen mit 50% bis 68% erheblich über den Tilgungszahlungen. Der Schuldenanteil des Kreditmarktes (Banken) an den Gesamtschulden stieg beim Land von 47% 1969 auf 85% 1979.

All das spricht eher dafür, daß durch weitere Steigerung der Staatsschuld die Bourgeoisie brachliegendes Kapital zinsträchtig anlegen kann und die sowieso begrenzten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zusehends geringer werden. Von der Tatsache, daß Krisen und Arbeitslosigkeit ihre Ursachen in der kapitalistischen Warenproduktion haben, daß Konjunktureinbrüche ebenso Einbrüche bei den Staatsfinanzen wie bei den Versicherungskassen zur Folge haben, davon sehen die Arbeitsmarktpolitischen Forderungen des DGB ab. Eine Konsequenz wäre, daß ohne Beseitigung des Privateigentums der Kapitalisten eine Vollbeschäftigung nicht erreichbar wäre. Eine andere, daß die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung durch die Kapitalisten und die Erkämpfung der Selbstverwaltung durch die Versicherten dringender wird.

Der DGB fordert u.a. Investitionen zur Verbesserung der Wohnungsversorgung, zum Ausbau der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und für bessere Berufsausbildung. Diese Forderungen betreffen hauptsächlich Aufgaben der Kommunen. Gerade die Kommunalfinanzen wurden aber durch Bundes-und Landesregierung drastisch beschnitten. Zur Durchsetzung dieser berechtigten Anliegen wird es sinnvoller sein, die bessere Finanzausstattung der Kommunen mit dem Ziel der Finanzhoheit zu fordern.



nach Abzug von Zinsen und Tilgung real verbleibenden Gelder, die für Investitionen eingesetzt werden können.

Daraus ergibt sich: Die Stadt Kiel kann seit 1974 bei weitem nicht mehr durch Neuverschuldung die Kosten für den Schuldendienst bezahlen. Innerhalb des Schuldendienstes schwankt der Anteil der Zinszahlungen zwischen 48% und 66%, also erheblich über den Tilgungen.

Daß beim Landeshaushalt real Gelder für Investitionen verbleiben, liegt an der enormen Steigerung der Neuverschuldungen. Die Schuldenaufnah-

Arbeitslosenversicherung durch die Kapitalisten und die Erkämpfung der Selbstverwaltung durch die Versicherten dringender wird.

Der DGB fordert u.a. Investitionen zur Verbesserung der Wohnungsversorgung, zum Ausbau der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und für bessere Berufsausbildung. Diese Forderungen betreffen hauptsächlich Aufgaben der Kommunen. Gerade die Kommunalfinanzen wurden aber durch Bundes-und Landesregierung drastisch beschnitten. Zur Durchsetzung dieser berechtigten

Anliegen wird es sinnvoller sein, die bessere Finanzausstattung der Kommunen mit dem Ziel der Finanzhoheit zu fordern.

Brokdorf nach dem 28.2.

reh. Einer allzu großen Analyse bedarf es wirklich nicht, um einzuschätzen, *daß* die Demonstration am 28.2 zum Bauplatz Brokdorf ein Erfolg war. Genauer muß aber untersucht werden, *warum* die Aktion erfolgreich durchgeführt werden konnte. Es wird dann leichter sein, die nächsten Schritte anzupacken.

WORIN BESTAND DER ERFOLG?

1. Zeigte sich in der bisher größten Demonstration gegen das Kernenergieprogramm, daß die Zahl der Gegner des KKW Brokdorf erheblich gewachsen ist und daß es möglich ist, Kräfte unterschiedlicher politischer Richtungen auch in komplizierter Lage zu einer geschlossenen Aktion zusammenzuschließen.
2. Gelang es den Staatsorganen nicht, den Widerstand gegen das Kerenergieprogramm zu unterdrücken. 100000 haben das Recht auf Demonstration gegen insgesamt 30000 Polizei- und BGS-Kräfte durchgesetzt.

WAS ERMÖGLICHTE DEN ERFOLG?

Mehrere Faktoren, die sich in den Jahren seit 1976/77 entwickelten: 1. Daß durch hartnäckige Anstrengungen der Initiativen, verschiedener politischer und gewerkschaftlicher Gruppierungen, mit Flugblättern, Broschüren, Info-Ständen, Veranstaltungen, Demonstrationen und anderen Aktionen über die Auswirkungen der Kernenergie aufgeklärt wurde.
2. Daß diese Informationsarbeit durch die Wirklichkeit häufig belegt wurde (Harrisburg, Brunsbüttel, hohe Strompreise in Hamburg usw.).
3. Daß über Einzelgewerkschaften und gewerkschaftliche Arbeitskreise die Arbeiterbewegung deutlicher gegen das Energieprogramm Stellung bezieht und andeutet, daß sie die Führung in diesem Kampf übernehmen will.
4. Daß in der Bewegung gegen das Kernenergieprogramm die Einheit über die Ziele so stark geworden ist, daß es dem Finanzkapital und seinen Politikern und Journalisten immer weniger gelingt, über die Frage der Formen des Widerstands (gewaltsam - friedlich) zu spalten.

WOHER DIE ZWEIFEL?

In Kiel wird von Seiten der Autonomen und Teilen der spontanen Bewegung der Erfolg der Aktion bestritten. Im wesentlichen deshalb, weil der Bauplatz nicht wieder zur Wiese gemacht werden konnte und größere Teile der Demonstration auf die Verzögerungstaktik der Polizei hereingefallen sein sollen. Diese Zweifel kommen zum einen aus der Überschätzung der eigenen Position. Seit dem Hannoveraner Aufruf war es angeblich beschlossene Sache: das Ziel der Aktion sollte sein, den Bauplatz wieder zur Wiese zu machen. Hinweise darauf, daß es erhebliche Teile der Bewegung gibt, die aus unterschiedlichen Gründen dieses konkrete Aktionsziel nicht für richtig hielten, wurde als Spaltung angegriffen. Die Erfahrung des 28.2., daß man einer Bewegung nicht einfach *während* einer Aktion unvereinheitlichte Aktionsziele aufnötigen kann, hat diese Kräfte eher zu Katzenjammer veranlaßt, wo eine Überprüfung der eigenen Position bezüglich der Aktionseinheitspolitik am Platze wäre.

Zum anderen werden Zweifel genährt durch eine Überschätzung des Staatsapparates. Die „geschickte Verzögerungstaktik" der Polizei bestand in nichts anderem als in einem einzigen, von einigen Scharmützeln begleiteten Rückzug bis auf die Festung Brokdorf zurück. Als wenn es nicht Ziel des Demonstrationsverbots und dessen Bestätigung durch das BVG gewesen wäre, die Demonstration zu unterbinden. Die Niederlage der Bourgeoisie wurde später ziemlich offen zugegeben, u.a. so: „Hier stand der Staat selbst auf dem Prüfstand ... Wer nach diesem Ausgang des Brokdorfer Tages das Prüfergebnis mit „gut bestanden" benotet, macht sich etwas vor. Eher ist „mangelhaft" gerechtfertigt." (KN am 2.3.)

WIE WEITER?

Die aufgeführten positiven Faktoren müssen weiter entwickelt werden. Sie betreffen die inhaltlichen Seiten des Kampfes und die Zusammenfassung der Kräfte über Aktionseinheit. Die Frage der *Formen* des Widerstands bleibt weiterhin untergeordnet. Sie stellt sich sowieso meist praktisch. Am 28.2. gab es z.B. kaum Kräfte, die gegen die Räumung von Sperren aufgetreten sind.

monstrationen und anderen Aktionen über die Auswirkungen der Kernenergie aufgeklärt wurde.
2. Daß diese Informationsarbeit durch die Wirklichkeit häufig belegt wurde (Harrisburg, Brunsbüttel, hohe Strompreise in Hamburg usw.).
3. Daß über Einzelgewerkschaften und gewerkschaftliche Arbeitskreise die Arbeiterbewegung deutlicher gegen das Energieprogramm Stellung bezieht und andeutet, daß sie die Führung in diesem Kampf übernehmen will.
4. Daß in der Bewegung gegen das Kernenergieprogramm die Einheit über die Ziele so stark geworden ist, daß es dem Finanzkapital und seinen Politikern und Journalisten immer weniger gelingt, über die Frage der Formen des Widerstands (gewaltsam - friedlich) zu spalten.

WOHER DIE ZWEIFEL?

In Kiel wird von Seiten der Autonomen und Teilen der spontanen Bewegung der Erfolg der Aktion bestritten. Im wesentlichen deshalb, weil der Bauplatz nicht wieder zur Wiese gemacht werden konnte und größere Teile der Demonstration auf die Verzögerungstaktik der Polizei hereingefallen sein sollen. Diese Zweifel kommen zum einen aus der Überschätzung der eigenen Position. Seit dem Hannoveraner Aufruf war es angeblich beschlossene Sache: das Ziel der Aktion sollte sein, den Bauplatz wieder zur Wiese zu machen. Hinweise darauf, daß es erhebli-

Internationaler Frauentag

Internationaler Frauentag



jöf. Kiel Etwa 500 Frauen und eine Handvoll Männer folgten am Samstag einem Demonstrationsaufruf vom Kieler Frauenzentrum und mehreren Frauengruppen. Es wären sicher mehr Männer gekommen, wenn sie sich vom Aufruf eingeladen gefühlt hätten; so wußte man nicht so recht. Parolen gegen Kriegsgefahr und Atomrüstung, gegen die Einbeziehung von Frauen zur Bundeswehr, gegen Gewalt gegen Frauen, für soziale Gleichberechtigung und für die Streichung der Lohngruppe 2 bestimmten das Bild.

jöf. Kiel Etwa 500 Frauen und eine Handvoll Männer folgten am Samstag einem Demonstrationsaufruf vom Kieler Frauenzentrum und mehreren Frauengruppen.

Prozeß gegen Reeder Deilmann

51 deutsche Seeleute kurzerhand gefeuert

beb. Am 26.2 begann in Lübeck vor dem Arbeitsgericht der Prozeß von ehemaligen Besatzungsmitgliedern des deutschen Kreuzfahrtschiffes „Berlin" gegen den Neustädter Reeder Peter Deilmann. Kurz vor Weihnachten hatte der Reeder, während das Schiff im Hafen von Bridgetown auf Barbados vor Anker lag, 51 deutschen Seeleuten und Stewardessen, fast dem gesamten Servicebereich des Schiffes, kurzerhand gekündigt und durch 72 Filipinos ersetzt. Offizieller Kündigungsgrund: angebliche Beschwerden der Passagiere über den Bordservice. Nach Auszahlung von US Dollars 70000 als Abfindung gelang es Deilmann seinerzeit zunächst, die betroffenen zum Verlassen des Schiffes zu bewegen. Vor dem Lübecker Arbeitsgericht fordern die Entlassenen nun weitere US Dollars 100000 als Abfindung. Das Arbeitsgericht hat sich in der ersten Sitzung vertagt: es müßte erst klären, wer überhaupt Arbeitgeber gewesen sei, Vertragsreeder Deilmann oder die Beteiligungsgesellschaft, die den über 50 Millionen DM teuren Neubau finanzierte.

Einig sind sich die Entlassenen, daß der offizielle Kündigungsgrund nur vorgeschoben ist und es Deilmann in Wahrheit um die weitere drastische Senkung der Personalkosten für das Schiff geht. Ohnehin zahlt Deilmann, der nicht Mitglied im Verband Deutscher Reeder ist, nicht die im Heuertarifvertrag vereinbarten Heuern, sondern nach Haustarif. Eine Stewardess auf der „Berlin" bekam z.B. 500-600 DM einschließlich Überstunden, während der Tarif 848 DM vorsieht. Auch die Arbeitsbedingungen sind durch den Haustarif geregelt. Zur Arbeitszeit heißt es dort z.B. lediglich, sie richte sich nach den Erfordernissen des Kreuzfahrtbetriebes, was Arbeit rund um die Uhr heißt. Auch sicherheitstechnische Mängel an Bord des neuen Schiffes greifen die Besatzungsmitglieder an. Die vorgeschriebenen wöchentlichen Sicherheitsübungen würden z.B. nur monatlich durchgeführt, aber trotzdem wöchentlich ins Schiffstagebuch eingetragen.

In einer Diskussionsveranstaltung in der Lübecker Seemannsmission mit dem Lübecker SPD-Bundestagsabgeordneten und frisch zum Bildunsgminister beförderten Björn Engholm griffen die Entlassenen die Schiffahrtspolitik der Bundesregierung an. Was nützten Milliardensubventionen für die deutsche Schiffahrt, wenn damit nicht einmal die Arbeitsplätze unter deutscher Flagge gesichert werden könnten. Ein Betriebsrat von Hapag-Lloyd teilte mit, daß auch auf den neuen Kreuzfahrtschiffen der Bremer Renommierreederei „Astoria" und „Europa" das Servicepersonal nicht nach Tarif, sondern nach einem niedrigeren Haustarif bezahlt werden solle. Engholm meinte dazu nur, daß sei zwar bedauerlich, aber die Bundesregierung sehe kaum ein „Rezept zur Umkehr".

Tatsache ist, daß die Ausflaggwelle in der deutschen Schiffahrt sich nur mit Duldung der Bundesregierung überhaupt vollziehen kann. Seit 1970 sind dadurch über 50% der Arbeitsplätze für deutsche Seeleute auf deutschen Schiffen verlorengegangen. Rund 500 von 2000 von deutschen Eignern bereederte Schiffe fahren gegenwärtig bereits unter fremder Flagge, hauptsächlich unter denjenigen Ländern mit offenem Schiffahrtsregister wie Liberia, Panama, Singapur, Zypern, den sogenannten „Billigflaggen".

Hauptursache der Ausflaggung sind die niedrigen Betriebskosten unter diesen Flaggen, wobei die Haupteinsparung hier wiederum in den niedrigeren Personalkosten besteht. Die Personalkosteneinsparungen bewegen sich bei ca. 700000 DM bei Massengutfrachtern und 1 Mio DM bei Stückgutfrachtern. Weitere Gründe sind die niedrigeren Steuern dieser Länder sowie in den letzten Jahren auch der Kursverfall des Dollars. Die Bundesregierung rechtfertigt die Politik der Duldung der Ausflaggung mit dem Recht des Kapitals auf freie Standortwahl und der Sicherung der Konkurrenzfähikeit der deutschen Reeder. Ihr einziges Bedenken ist lediglich, ob sie bei Fortführung dieser Politik in Krisen-und Kriegszeiten noch ausreichend Zugriff auf nationale Tonnage haben wird. Konsequent ist sie auf der letzten Unctad-Konferenz denn auch gegen das dort beschlossene Programm aufgetreten, das den Entwicklungsländern unter anderem durch stärkere Ladungslenkung den Aufbau eigener Handelsflotten erleichtern soll. Dies wäre gegen den Geist des freien Welthandels.

Prozeß gegen Reeder Deilmann
51 deutsche Seeleute kurzerhand gefeuert
beb. Am 26.2 begann in Lübeck vor dem Arbeitsgericht der Prozeß von ehemaligen Besatzungsmitgliedern des deutschen Kreuzfahrtschiffes „Berlin" gegen den Neustädter Reeder Peter Deilmann. Kurz vor Weihnachten hatte der Reeder, während das Schiff im Hafen von Bridgetown auf Barbados vor Anker lag, 51 deutschen Seeleuten und Stewardessen, fast dem gesamten Servicebereich des Schiffes, kurzerhand gekündigt und durch 72 Filipinos ersetzt. Offizieller Kündigungsgrund: angebliche Beschwerden der Passagiere über den Bordservice. Nach Auszahlung von US Dollars 70000 als Abfindung gelang es Deilmann seinerzeit zu-
fen die Entlassenen die Schiffahrtspolitik der Bundesregierung an. Was nützten Milliardensubventionen für die deutsche Schiffahrt, wenn damit nicht einmal die Arbeitsplätze unter deutscher Flagge gesichert werden könnten. Ein Betriebsrat von Hapag-Lloyd teilte mit, daß auch auf den neuen Kreuzfahrtschiffen der Bremer Renommierreederei „Astoria" und „Europa" das Servicepersonal nicht nach Tarif, sondern nach einem niedrigeren Haustarif bezahlt werden solle. Engholm meinte dazu nur, daß sei zwar bedauerlich, aber die Bundesregierung sehe kaum ein „Rezept zur Umkehr".
Tatsache ist, daß die Ausflaggwelle

Demonstration der Schüler in Kiel

pes. 2500 Schüler beteiligten sich nach Angaben des Veranstalters an der landesweiten Demonstration der Schüler am Samstag in Kiel. Die Demonstration fand statt unter den Forderungen nach demokratischen Rechten für die Schülervertretungen, gegen die Knebelung durch das Schulgesetz, gegen das sich weiter verschlechternde Unterrichtsangebot und die teilweise miserable Ausstattung der Schulen, insbesondere der Berufsschulen mit Unterrichts-und Lehrmaterial, für die Erhöhung des BAFöG und gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts an den Schulen. Vertreter der Gewerkschaften nahmen an der Demonstration teil und unterstützen die Forderungen der Schüler. Die Vorsitzende der DGB-Jugend Nordmark forderte 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen ebenso wie ein Mitglied des GEW-Landesvorstandes, der auf der Abschlußkundgebung vor dem Landeshaus seine uneingeschränkte Solidarität der GEW mit den Forderungen der Schüler erklärte. Die IGM-Jugend und der KJA Flensburg nahmen an der Demonstration mit eigenen Transparenten teil.

Diese wachsende Verbindung der Schülerbewegung, die seit Jahren den Kampf gegen die Verschlechterung der Ausbildung führt, mit den Gewerkschaften war ein Fortschritt dieser Demonstration. Die SPD hat im Landtag einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem die Zensur der Schülervertretungen durch das Schulgesetz aufgehoben werden soll und die Vertretungen finanziell unterstützt werden sollen, ohne Auflagen von Seiten der Behörden an die Arbeit zu machen. Der Kultusminister hat eine Abordnung der Landesschülervertretung nach der Demonstration zu einem Gespräch eingeladen. Die Politik der Landesregierung besteht gegenwärtig darin, die Forderungen der Schüler und der GEW abzutun, sie würden die Sache übertreiben, bald seien die geburtenschwachen Jahrgänge in den Schulen und es würde dann besser werden, solange wird aber an allen Ecken und Enden gekürzt und gestrichen.

Die Forderung gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts ist unbedingt berechtigt und schiebt dem Versuch der Kultusminister, wachsende Indoktrination für die NATO und die Bundeswehr zu betreiben einen Riegel vor. Die Schüler bezeichneten ihre Demonstration als einen Auftakt zu weiteren Aktionen und Kampfmaßnahmen, gegen die Verschlechterung der Ausbildung in Schule und Betrieb. Die werden nötig sein, dem Kultusminister etwas abzutrotzen.

Hausbesetzung in Kiel

Das Haus gehört der Stadt



Am 6. März haben Jugendliche damit begonnen, das Sophieneck, Herzog-Friedrich-Straße 21, instandzubesetzen. Dieses Haus gegenüber von Hertie gehört nach dem Generalverkehrsplan von 1977 zum Sanierungsgebiet südliche Innenstadt. Danach soll das Sophienblatt zwischen Hertie und dem Bahnhof verbreitert werden. Zwecks Abriß des Hauses hat die Stadt das Gebäude vor einem Jahr aufgekauft. Jetzt läßt sie das Haus systematische verkommen, indem leere Wohnungen nicht mehr vermietet, nötige Reperaturen unterlassen und sanitäre Anlagen absichtlich zerstört werden, wodurch zwei Wohnungen überschwemmt sind.

„Elementarschulen für die Kinder des einfachen Volkes"?

Kultusministerium legt Entwurf für 3-Fächer-Lehrer vor: Dequalifikation / Studienverschärfungen

ang. Das Kultusministerium hat Ende Januar den Entwurf für eine Neuordnung der Grund- und Hauptschullehrer-Prüfungsordnung vorgelegt. Sie soll für alle Studenten gelten, die ihr Studium ab dem Wintersemester 1982 beginnen und beinhaltet als wesentliche Änderung , daß die Grund- und Hauptschullehrer jetzt in drei statt in zwei Fächern ausgebildet werden sollen einschließlich des Studiums der Erziehungswissenschaften und nach wie vor innerhalb von nur 6 Semestern.

Als Gründe für diese Änderungen führt das Kultusministerium an, a. daß an Schulen, die kleiner als zweizügig sind, mit einem Zweifächerlehrer ein Unterricht nach dem Fachlehrerprinzip nicht möglich sei, die Lehrer müßten dort in mehr als zwei Fächern unterrichten und b., daß aus „erzieherischen Gründen" das „Klassenlehrerprinzip wieder stärker in den Vordergrund gestellt werden müsse.

Der Landeshauptausschuß der GEW hat die geplante Änderung abgelehnt und kritisiert: „Das schmalbrüstige ‚Nebenfach'-Studium verliert den Charakter der Wissenschaftlichkeit. Die Ankündigung des Kultusministers, die Hauptschule zu stärken und fortzuentwickeln, entpuppt sich damit als der Versuch, sie zumindest von der Ausbildung ihrer Lehrer her wieder dem Stand der überwunden geglaubten Elementarschule für Kinder des einfachen Volkes anzunähern."

Tatsächlich gliedert sich die geplante Änderung in allgemeinere Überlegungen zum „Erziehungskonzept" für die Hauptschule von Seiten des Kultusministeriums ein. Kultusminister Bendixen auf dem Hauptschulkongreß in Nortorf: „Bei der Umstellung der Hauptschulen auf das wissenschaftsorientierte Lernen ist dies zum Teil als theoretisches Lernen mißverstanden worden und hat zeitweise einen Verlust von praktischem Tun und konkreter Anschauung zur Folge gehabt."

„Theoretisches Lernen" an der Hauptschule ist also möglichst zu verbieten, wenn es nach Bendixen geht. – Das entspricht der Tatsache, daß für die Masse der Lohnarbeiter mit der Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus die Dequalifikation der Arbeitskraft einhergeht, und daß die Kapitalisten bestrebt sind, den Wert der Ware Arbeitskraft zu senken. Gleichzeitig erfordern aber Veränderungen und technische Umwälzungen des Produktionsprozesses andere und z.T. auch höhere Qualifikationen der Lohnarbeiter, an deren Bereitstellung auch die Kapitalisten ein Interesse haben (vgl. z.B. die Erweiterung der Mathematik durch die Mengenlehre als zusätzlichen Unterrichtsstoff und die Einführung des Faches Arbeitslehre als zentrales Unterrichtsfach).

Letztere Tendenz faßt Bendixen unter den Begriff „Umstellung auf wissenschaftsorientiertes Lernen", wobei die „Wissenschaftlichkeit" aber einen äußerst beschränkten Charakter hat. – Bendixen: „Aus diesen Grundüberlegungen folgt für die Hauptschule auch künftig, daß der Unterricht konkret-anschaulich, praxisbezogen und erlebnisbetont gestaltet werden soll, daß Erkenntnisse, sofern möglich, aus dem praktischen Handeln abgeleitet werden müssen, ... daß die Lerninhalte beispielhaft sein müssen ..." (auf dem Hauptschulkongreß, Nortorf, Juni 1980)

Wenn die Ausbildung an der Hauptschule so von statten gehen soll, ist auch nicht einzusehen, wieso dann das Lehrerstudium umfassender und wissenschaftlicher sein soll – so die Überlegungen des Kultusministeriums. Die Einführung des Drei-FächerLehrers bedeutet eine Dequalifikation der Grund- und Hauptschullehrer; macht sie zu einer etwas besseren Sorte von Erziehern, und es ist nicht ausgeschlossen, daß hiervon ausgehend auch Besoldungsrückstufungen in Erwägung gezogen werden. Sie ist zudem verbunden mit erheblichen Studienverschärfungen, Erhöhung der Pflichtstundenzahl, Einführung zusätzlicher Klausuren und mündlichen Prüfungen.

Gegen die Dequalifikations-Absichten, die der 3-Gliedrigkeit des Schulsystems entsprechen, fordern GEW und Studentenvertretungen gemeinsam, daß die Lehrerausbildung *einheitlich* sein soll, wissenschaftlich, berufsqualifizierend, Theorie wie Praxis umfassen und mindestens 8 Semester dauern soll.

Freispruch kann erwartet werden

Prozeß wegen „Brandstiftung" in Lübeck

pal. Die Beweisaufnahme im Prozeß gegen die drei Lübecker, die der Vorbereitung von Brandanschlägen angeklagt sind, ist am vergangenen Donnerstag vor der Dritten Großen Strafkammer abgeschlossen worden. Am 10.3. ab 9 Uhr folgen die Plädoyers seitens der Staatsanwaltschaft und auch der Verteidigung. Mit einem Urteilsspruch ist ebenfalls am Dienstag zu rechnen.

Alle drei Angeklagte lehnten es an den vier Prozeßtagen ab, Aussagen zu machen. Lediglich der eine Anwalt verlas am ersten Prozeßtag eine Erklärung in der er noch mal deutlich machte, daß, es auch um die Behinderung der „Knastgruppe Lübeck" ging. Deutlich machte er es auch daran, daß die Knastgruppenmitglieder Hausverbot in der JVA Lübeck-Lauerhof hatten. Es war dies das einzige mal, daß auf den Hintergrund der Verhaftungen im März 1979 näher eingegangen wurde (s.KVZ 8/81). Dieses ist umso mehr unverständlich, da in der Vorbereitung des Prozesses von einem Angeklagten viel Arbeit damit verbunden war, in einer achtseitigen Flugschrift zu dokumentieren, welche Bedeutung die Verhaftung gerade zu jenem Zeitpunkt hatte.

Die Prozeßtage wurden allesamt gut

hepunkt schien mir aber, als Staatsanwalt Förster einen Sachverständigen brauchte, um feststellen zu lassen, ob man mit einem brennenden Brandsatz wiederum Brennstoff entzünden könne... Selbst der Sachverständige blickte ziemlich verwirrt in die Runde, als er die Frage bejahte.

Die Zeugen, fast nur Kriminalbeamte Lübecks oder vom LKA verstrickten sich des öfteren in Widersprüche, so daß die Glaubwürdigkeit mit diesen Zeugen durchaus in Frage gestellt werden kann und sicher auch am 10.3. von der Verteidigung in ihrem Plädoyer genutzt werden kann. Fakten sind eigentlich nur, daß man bei Haus- und Autodurchsuchungen Blitzbirnen, Draht, Schalter, einen Wecker mit Verzögerungmechanismus, Lötzinn und Klebeband fand, sowie Brennspiritus, Benzin und einen Kanister mit Benzin, der eine geringe Spur Öl enthielt. Diese Dinge sollen dazu gedient haben, den Brandanschlag ausführen zu können.

Daß diese Dinge aber zu einem Brandanschlag, gegen was auch immer (der Staatsanwalt Förster sprach von Schiffen, Gebäuden, Bergwerken, Torf und wie geschrieben Brennstoff) gedient haben sollen, ist durchaus nicht bewiesen worden. Insgesamt mußte man im Verlauf der Beweisaufnahme den Ein-

Hexenausstellung

Schicksale emanzipierter Frauen

jöf.Kiel Noch bis zum 25. März wird im Kieler Stadtmuseum, Dänische Straße, die Ausstellung „Hexen – gestern, heute" gezeigt. Sie wurde von drei jungen Hamburger Wissenschaftlerinnen und Künstlern zusammengestellt und gibt in eindrucksvollen Reproduktionen und Textquellen Aufschlüsse über die gesellschaftlichen Ursachen des Hexenglaubens, seiner Geschichte und bringt heutige Parallelen.

So klar war mir das vorher nicht, was das eigentlich für Frauen waren, die im Mittelalter und bis ins 18. Jahrhundert hinein von Kirche – nicht nur von der katholischen – und Staat als Hexen verfolgt, gefoltert und umgebracht wurden. Das ist eigentlich die größte Stärke der Ausstellung: Sie zeigt auf, daß nicht wahllos irgendwelche unschuldige Frauen herausgegriffen und zu Hexen abgestempelt wurden, sondern die Verfolgung galt emanzipierten Frauen. Solchen, die in Medizin, Ge-

1676

TRINKE PREETZEN

Wohnhaft in Kiel in einem Keller in der Flämischen Straße.

Stiefmutter von Anjen Preetzen.

Besagt von	Anjen Preetzen; eine Abordnung des Kieler Rates war wegen der Beschuldigungen in Bülk gewesen.
Ihr Lehrmeister	Ihr Vater Hinrich Busch.
Ihre Lehrmeisterin	Teke Buschen, die ihr die "Hexerey" beigebracht hatte.
"DELIKTE"	
Teufelspakt	Von Gott wandte sie sich ab und schloß sich Satan als ihrem
Ihr Teufel	Abgott, "Cupidum" genannt, an. Er erschien bei ihr als ein
Teufelsbuhlschaft	schwarzer Hund. Mit ihm hatte sie "verschiedentlich gebuhlet
Oblatenmißbrauch	und Unzucht getrieben, daraus Würm hervorgebracht." Sie
Hexentanz	mißbrauchte Oblaten beim Abendmahl. Am Hexentanz hatte sie mehrmals teilgenommen.
Lehrmeisterin von	Anjen Preetzen, ihrer Stieftochter. Wie Anjen verleitete sie auch ihre eigenen unmündigen Kinder zu Gotteslästereien.

die Hauptschule zu stärken und fortzuentwickeln, entpuppt sich damit als der Versuch, sie zumindest von der Ausbildung ihrer Lehrer her wieder dem Stand der überwunden geglaubten Elementarschule für Kinder des einfachen Volkes anzunähern."

sätzlichen Unterrichtsstoff und die Einführung des Faches Arbeitslehre als zentrales Unterrichtsfach).

Letztere Tendenz faßt Bendixen unter den Begriff „Umstellung auf wissenschaftsorientiertes Lernen", wobei die „Wissenschaftlichkeit" aber einen

ten, die der 3-Gliedrigkeit des Schulsystems entsprechen, fordern GEW und Studentenvertretungen gemeinsam, daß die Lehrerausbildung *einheitlich* sein soll, wissenschaftlich, berufsqualifizierend, Theorie wie Praxis umfassen und mindestens 8 Semester dauern soll.

Freispruch kann erwartet werden

Prozeß wegen „Brandstiftung" in Lübeck

pal. Die Beweisaufnahme im Prozeß gegen die drei Lübecker, die der Vorbereitung von Brandanschlägen angeklagt sind, ist am vergangenen Donnerstag vor der Dritten Großen Strafkammer abgeschlossen worden. Am 10.3. ab 9 Uhr folgen die Plädoyers seitens der Staatsanwaltschaft und auch der Verteidigung. Mit einem Urteilsspruch ist ebenfalls am Dienstag zu rechnen.

Alle drei Angeklagte lehnten es an den vier Prozeßtagen ab, Aussagen zu machen. Lediglich der eine Anwalt verlas am ersten Prozeßtag eine Erklärung in der er noch mal deutlich machte, daß, es auch um die Behinderung der „Knastgruppe Lübeck" ging. Deutlich machte er es auch daran, daß die Knastgruppenmitglieder Hausverbot in der JVA Lübeck-Lauerhof hatten. Es war dies das einzige mal, daß auf den Hintergrund der Verhaftungen im März 1979 näher eingegangen wurde (s.KVZ 8/81). Dieses ist umso mehr unverständlich, da in der Vorbereitung des Prozesses von einem Angeklagten viel Arbeit damit verbunden war, in einer achtseitigen Flugschrift zu dokumentieren, welche Bedeutung die Verhaftung gerade zu jenem Zeitpunkt hatte.

Die Prozeßtage wurden allesamt gut
besucht und die Zuschauer kamen auch auf ihre Kosten. Die Staatsanwälte Hannemann und später auch Förster boten ein absolut lächerliches Bild. So mußte Staatsanwalt Hannemann mehrmals von der Verteidigung aufmerksam gemacht werden, wo welches Gesetz steht und wie Anträge an die Kammer zu stellen wären. Der Hö-

hepunkt schien mir aber, als Staatsanwalt Förster einen Sachverständigen brauchte, um feststellen zu lassen, ob man mit einem brennenden Brandsatz wiederum Brennstoff entzünden könne... Selbst der Sachverständige blickte ziemlich verwirrt in die Runde, als er die Frage bejahte.

Die Zeugen, fast nur Kriminalbeamte Lübecks oder vom LKA verstrickten sich des öfteren in Widersprüche, so daß die Glaubwürdigkeit mit diesen Zeugen durchaus in Frage gestellt werden kann und sicher auch am 10.3. von der Verteidigung in ihrem Plädoyer genutzt werden kann. Fakten sind eigentlich nur, daß man bei Haus- und Autodurchsuchungen Blitzbirnen, Draht, Schalter, einen Wecker mit Verzögerungmechanismus, Lötzinn und Klebeband fand, sowie Brennspiritus, Benzin und einen Kanister mit Benzin, der eine geringe Spur Öl enthielt. Diese Dinge sollen dazu gedient haben, den Brandanschlag ausführen zu können.

Daß diese Dinge aber zu einem Brandanschlag, gegen was auch immer (der Staatsanwalt Förster sprach von Schiffen, Gebäuden, Bergwerken, Torf und wie geschrieben Brennstoff) gedient haben sollen, ist durchaus nicht bewiesen worden. Insgesamt mußte man im Verlauf der Beweisaufnahme den Ein-
druck haben, daß sich die Staatsanwaltschaft ausgesprochen schlecht auf diesen Prozeß vorbereitet hatte, bedenkt man daß die drei vor zwei Jahren auch wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung festgenommen wurden. Eigentlich ein positiver Eindruck im Hinblick auf das Urteil.

Hexenausstellung

Schicksale emanzipierter Frauen

jöf.Kiel Noch bis zum 25. März wird im Kieler Stadtmuseum, Dänische Straße, die Ausstellung „Hexen – gestern, heute" gezeigt. Sie wurde von drei jungen Hamburger Wissenschaftlerinnen und Künstlern zusammengestellt und gibt in eindrucksvollen Reproduktionen und Textquellen Aufschlüsse über die gesellschaftlichen Ursachen des Hexenglaubens, seiner Geschichte und bringt heutige Parallelen.

So klar war mir das vorher nicht, was das eigentlich für Frauen waren, die im Mittelalter und bis ins 18. Jahrhundert hinein von Kirche – nicht nur von der katholischen – und Staat als Hexen verfolgt, gefoltert und umgebracht wurden. Das ist eigentlich die größte Stärke der Ausstellung: Sie zeigt auf, daß nicht wahllos irgendwelche unschuldige Frauen herausgegriffen und zu Hexen abgestempelt wurden, sondern die Verfolgung galt emanzipierten Frauen. Solchen, die in Medizin, Ge-
burtshilfe, Naturheilkunde über besonderes Wissen verfügten, die lesen und schreiben konnten, die nicht religiös waren, die sich nicht bedingungslos der Obrigkeit oder dem eigenen Ehemann unterwarfen; kurz solche, die sich nicht unterdrücken lassen wollten. Geöffnet ist montags bis freitags von 10 bis 17 Uhr, der Eintritt ist frei.



1676

TRINKE PREETZEN

Wohnhaft in Kiel in einem Keller in der Flämischen Straße.

Stiefmutter von Anjen Preetzen.

Besagt von	Anjen Preetzen; eine Abordnung des Kieler Rates war wegen der Beschuldigungen in Bülk gewesen.
Ihr Lehrmeister	Ihr Vater Hinrich Busch.
Ihre Lehrmeisterin	Teke Buschen, die ihr die "Hexerey" beigebracht hatte.
"DELIKTE"	
Teufelspakt	Von Gott wandte sie sich ab und schloß sich Satan als ihrem
Ihr Teufel	Abgott, "Cupidum" genannt, an. Er erschien bei ihr als ein
Teufelsbuhlschaft	schwarzer Hund. Mit ihm hatte sie "verschiedentlich gebuhlet
Oblatenmißbrauch	und Unzucht getrieben, daraus Würm hervorgebracht." Sie
Hexentanz	mißbrauchte Oblaten beim Abendmahl. Am Hexentanz hatte sie mehrmals teilgenommen.
Lehrmeisterin von	Anjen Preetzen, ihrer Stieftochter. Wie Anjen verleitete sie auch ihre eigenen unmündigen Kinder zu Gotteslästereien.

Gericht	Stadt Kiel.
Urteil	Feuertod.

In einer Sonderschau werden Dokumente aus Hexenprozessen gezeigt, die im 16. und 17. Jahrhundert in Kiel abgehalten wurden. Im abgebildeten Fall wurde eine ganze Familie gerichtlich verfolgt.

Nazi-Direktor wird angegriffen

Der Mitbegründer der NPD in Schleswig-Holstein und ehemalige Landtagsabgeordnete Uwe Rheingans ist am Kreisgymnasium Neustadt seit Jahren stellvertretender Direktor. Der Widerstand gegen Rheingans „Wirken" wurde im vergangenen Dezember von Schülern mit einem Flugblatt, in dem sie ihm schlechtes Arbeitsklima, übersteigerte Ordnungsliebe und Schroffheit vorwarfen, wiederaufgenommen und jetzt von zwei Lehrern fortgesetzt. Sie hängten einen Offenen Brief in der Schule aus und deckten damit auf, daß Rheingans ohne Absprache in der Fachschaft Geschichte Bücher beschaffte und in die Arbeitsbücherei der Oberstufe stellte, die „tendenziös" die deutschen Faschisten und ihre imperialistischen Kriege rechtfertigten. In dem Buch „Der erzwungene Krieg", D.L. Hoggan, heißt es: „... so wurde nach zwei erzwungenen Kriegen der zweimal Besiegte zum Alleinschuldigen verurteilt und ihm zweimal die unter schwerem Schicksal herangereifte, in einem Jahrtausend gewachsene Führungsform durch einen aufgezwungenen Umsturz aller ererbten Werte zerschlagen."

Die SPD hat im Landtag anläßlich einer von ihr gestellten Anfrage gefordert, Rheingans müsse sofort suspendiert werden, „falls die Informationen stimmen." Das tut Not. Der CDU-Ortsverein Neustadt verkündete gleichzeitig auf seinem Frühschoppen vom 1.3.: „Gefahren von links sind vielfältiger" – Rückendeckung der christlichen Reaktion für Rheingans.

ABM-Programm läuft aus

abc. Seit 1977 beschäftigt die Stadt Kiel in 10 verschiedenen Programmen ca. 72 Mitarbeiter im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. 90% der Kosten wird aus den Geldern der Arbeitslosenversicherung bezahlt, die Stadt beteiligt sich mit ca. 400000 DM. 1981 will die Stadt dieses Programm reduzieren und nur noch 6 Mitarbeiter im ABM-Rahmen beschäftigen. Den restlichen Kollegen wurde kurzfristig mitgeteilt, daß ihre Maßnahme nicht verlängert wird. Grund für diesen Schritt, der ja für die Stadt äußerst billig ist, ist die Tatsache, daß das Arbeitsamt aus Spargründen die Vorfinanzierung durch die Stadt fordert. Das ist der Stadt zu teuer. Planstellen für die nun fehlenden Kollegen hat sie auch nicht geschaffen. Betroffen sind u.a. ca. 20 jugendliche Arbeitslose, die 1 Jahr lang als ABM Spielplätze instand gesetzt haben. Von ihnen verlangt die Stadt jetzt das Weihnachtsgeld zurück.

IG Metall will Rentner aktivieren

jöf.Kiel Für den 6. März hatte die IG Metall-Ortsverwaltung die Rentner eingeladen zu einer Versammlung, auf der sie ihre 18 Vertreter für die Vertreterversammlung der nächsten drei Jahre wählen sollten. Zu diesem ersten Treffen dieser Art kamen 150. Erstmals gab es mehr Kandidaten als Posten. Die vom 1. Bevollmächtigten Prezewowsky und von Rentnern erhobenen Forderungen nach Aktivierung der Rentnerarbeit fand allgemeine Zustimmung. Als erster Schritt werden die 150 anwesenden zu künftigen allgemeingewerkschaftlichen und Veranstaltungen zu Rentenfragen extra eingeladen. Eine ständige gewerkschaftliche Betreuung der Rentner sei von der Ortsverwaltung nicht zusätzlich zu schaffen, das müßten einige Rentner selbst in die Hand nehmen, hieß es. Es ist zu hoffen, daß sich dafür bald Kollegen finden.

7.-15.3.81: Türkisch-Deutsche Woche in Kiel

abc. Diese Woche, veranstaltet u.a. vom Türkischen Arbeitnehmerverein und Progressiven Volksverein, bietet neben vielen Festen und Kindernachmittagen, Veranstaltungen zu den Problemen der in Kiel lebenden Ausländer.

Dienstag, 10.3.81, 19 Uhr, Türkisch-Deutsches Volkshaus, Kaiserstr. 92: Veranstaltung zur Pädagogik mit ausländischen Kindern, Veranstalter: „Ali Baba", Jugendamt Kiel.

Mittwoch, 11.3.81, 20 Uhr, DGB-Haus, Legienstraße 24, Probleme der Ausbildung türkischer Jugendlicher, Ref. N. Turgay, VHS Berlin-Kreuzberg.

Donnerstag, 12.3.81, 19 Uhr, Türkisch-Deutsches Volkshaus, Kaiserstr. 92, Diskussion über die Arbeitssituation der türkischen Mitbürger. Koranschulen in der BRD, Veranstalter: IG Metall, Türkischer Arbeitnehmerverein, Progressiver Volksverein.

Freitag, 13.3.81, 20 Uhr, Volkshaus, Kaiserstr. 92, Kommunales Wahlrecht, Diskussionsveranstaltung mit Parteienvertretern.

Samstag, 14.3.81, 18 Uhr, Volkshaus, Kaiserstr. 92, Chronologie über Atatürk, seine Reformen und Entstehung der modernen Türkei, Film

Sonntag, 15.3.81, 15 Uhr, Volkshaus, Kaiserstr. 92, Diskussionsveranstaltung: Die soziale und politische Lage der Türkei. 18 Uhr, Abschlußfest der „Türkisch-Deutschen Woche in Kiel"

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: 2000 Hamburg 50, Kleine Rainstraße 21, Tel. 040/39 49 04; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1–12/16: Bernhard Peters, für die Seiten 13–15: Lutz Plümer ; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Die Zeitung erscheint wöchentlich und kostet ab 1/1981 als Einzelexemplar 1 DM, Jahresabonnement 50 DM, Halbjahresabonnement 25 DM, Vierteljahresabonnement 13 DM (zuzüglich Postgebühren, z.Zt. als Postvertriebsstück für das Inland 0,159 DM pro Ausgabe) – Verlängerungen oder Neubestellungen erbitten wir an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234.

Grundrente – eine Ursache der Wohnungsnot (II)

Vertreibung der Arbeiter aus der Hamburger Innenstadt

cld. In der letzten KVZ bin ich auf die Erhöhung der Mieten durch die Erhöhung der Grundrente eingegangen. Dadurch wird die Steigerung der Mieten allein nicht erklärt. Andere Faktoren, die ich genannt habe, wie Baukosten und Kapitalzins spielen hier noch eine Rolle. Auf diese Faktoren und ihr Zusammenwirken soll in einer späteren Ausgabe der KVZ genauer eingegangen werden. In diesem Artikel will ich die weitere Wirkung der Grundrente, die auf dem Monopol an Grund und Boden der Grundeigentümer beruht, eingehen.

Engels schrieb vor hundert Jahren in seiner Schrift ,,Zur Wohnungsfrage'' (ich zitiere nach der MEW-Ausgabe, Bd.18, Berlin 1969): ,,Die Ausdehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders in den zentral gelegenen Strichen derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhn, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andere. Dies geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei der größten Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam über ein gewisses Maximum hinausgehen kann. .__. Das Resultat ist, daß die Arbeiter vom Mittelpunkt der Städte an den Umkreis gedrängt, daß Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen selten und teuer werden und oft gar nicht zu haben sind; denn unter diesen Verhältnissen wird die Bauindustrie, der teurere Wohnungen ein weit besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen.'' (S. 215)

Die Entwicklung der Hamburger Innenstadt

Die Aussage von Engels soll an Hand der Entwicklung der Hamburger Innenstadt in den letzten hundert Jahren illustriert werden. Die Bewohnerzahl der Alt- und Neustadt hat sich so entwickelt:

1880	170900 Bew. (100%)
1890	161700 Bew. (95%)
1900	137700 Bew. (81%)
1910	101100 Bew. (59%)
1939	65100 Bew. (38%)
1950	37400 Bew. (22%)
1966	22900 Bew. (13%)

(Quelle: Hamburg in Zahlen, 100 Jahre Statistisches Amt, Hamburg 66, S. 63ff)

An die Stelle der Wohnhäuser sind Schritt für Schritt Lager-, Handelshäuser und andere gewerbliche Gebäude getreten. Die erste rasche Abnahme der Bewohner dieses Gebietes vor und um 1900 war eingeleitet worden durch die Erweiterung des Freihafens und

Ortsteile nach baulicher Nutzung



Quelle: Hamburg in Zahlen, 3/74, S. 61, Statistisches Landesamt Hamburg

den Bau der Kaiser-Wilhelm-Straße sowie der Mönkebergstraße. Die Wohnblocks mußten Büro- und Speicherräumen weichen. Nach Ende des 2. Weltkrieges wurde die Innenstadt zunehmend zum zentralen Einkaufsort saniert. Der bis heute letzte Schritt ist die Schaffung von Einkaufspassagen.

Wie sich heute in ganz Hamburg Geschäfts- und Wohnviertel verteilen, zeigt die Karte 1. Sie bestätigt eindrucksvoll die Aussage Engels, daß die Arbeiter an den Rand der Stadt gedrängt werden.

Die Ursache der Verdrängung der Arbeiter aus der Innenstadt liegt in der steigenden Grundrente in diesem Gebiet

Grund und Boden haben an sich keinen Wert. Das Privateigentum an Grund und Boden gibt dem Besitzer des Bodens, dem Grundeigentümer, aber die Möglichkeit, für die Benutzung des Bodens einen Tribut zu verlangen. Dieser Tribut ist die Grundrente. Er ist Teil des Mehrwerts, der in der kapitalistischen Produktion geschaffen wird. Neben der Monopolrente, die erhoben werden kann, weil sonst die Benutzung des Bodens nicht erlaubt wird, gibt es die Rente, die aus der besonderen Lage eines Grundstücks erwächst. Für die Handelskapitalisten z.B. ist es vorteilhaft, sich im Zentrum der Stadt anzusiedeln. Der Kreis möglicher Käufer wird vergrößert, was die Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals erhöht und die Lagerkosten, sowie die Transportkosten senkt. Für das Bankkapital z.B. ist die zentrale Lage für die rasche und reibungslose Abwicklung der Geschäfte von Vorteil usw. Alle diese Vorteile, die der zentralen Lage des Geschäfts entspringen, ermöglichen den hier sich ansiedelnden Kapitalisten einen Extraprofit gegenüber ihren Konkurrenten, die auf Grund schlechterer, d.h. dezentraler Lage, längere Umschlagszeiten, größere Lagerhaltung etc. in Kauf nehmen müssen. Diesen Extraprofit nun streicht nicht der jeweilige Kapitalist ein, sondern der Grundeigentümer in Form der Differentialrente. Ist der Kapitalist, wie heute die Regel, selber der Grundeigentümer, bleibt ihm sein Extraprofit erhalten. Die Höhe der Rente ist ausschlaggebend für den Preis des Bodens. Für zentrale Flächen, auf denen die Kapitalisten einen Extraprofit machen können, werden die Rente und damit der Preis des Bodens wesentlich größer sein, als eine Rente + Bodenpreis, die aus der Wohnungsvermietung gezogen werden können. Darum werden die Wohnungen, wie in den letzten Jahren geschehen, zunehmend an den Rand der Stadt, auf die grüne Wiese, gesetzt.

Die Karte 2 zeigt, wie sich die Baulandpreise von 61 bis 72 in den verschiedenen Teilen Hamburgs entwickelt haben. Dabei bedeutet ,,gleichbleibend niedriges Preisniveau'', daß die Preise nur entsprechend der Durchschnittspreissteigerung weniger gestiegen sind, wie aus der Tabelle 1 hervorgeht:

Tabelle 1

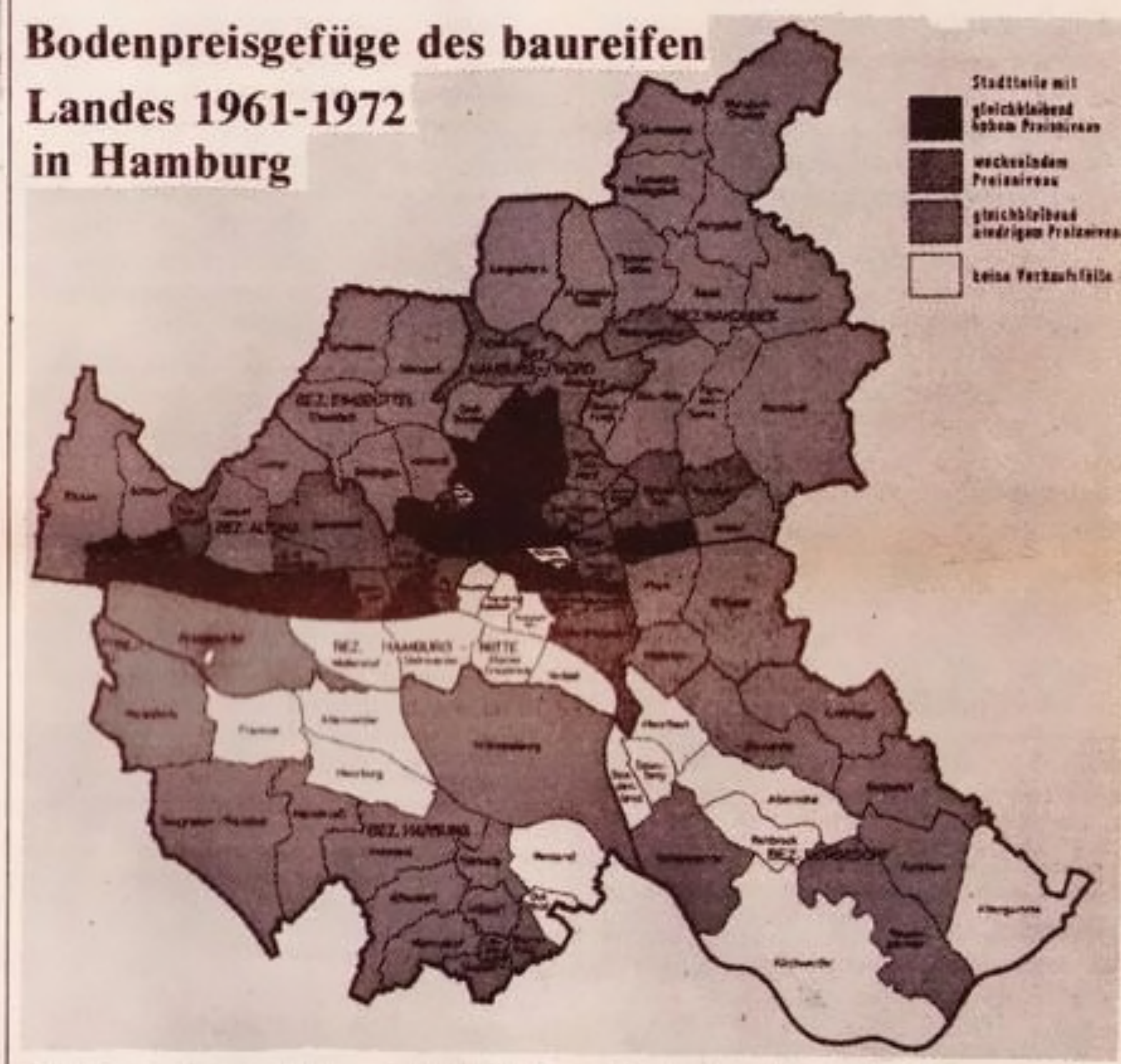
Preisniveau	1961 bis 1964	1965 bis 1968	1969 bis 1972
	DM/m²	DM/m²	DM/m²
gleichbleibend hoch	59,59	144,40	235,87
wechselnd	38,52	74,57	151,43
gleichbleibend niedrig	29,95	48,37	84,27
Hamburg insgesamt	32,00	55,98	103,45

(Quelle: Hamburg in Zahlen, 4/74, S. 217)

In der Konkurrenz mit den Kapitalisten, die wesentlich höhere Grundrente zahlen können, unterliegen die Arbeiter und die Volksmassen mit ihrem Bedürfnis nach zentral gelegenen, billigen und komfortablen Wohnungen. Daran würde auch die Übernahme des Grund und Bodens in Staatsbesitz nichts ändern. Nur, daß in diesem Fall der bürgerliche Staat und nicht die Grundbesitzer die Grundrente einziehen würden.

,,Alles, was für sie (die kapitalistische Produktionsweise) nötig ist, ist, daß der Grund und Boden *nicht* Gemeineigentum ist, daß er der Arbeiterklasse als ihr *nicht gehörige* Produktionsbedingung gegenübersteht, und dieser Zweck wird vollständig erreicht, wenn er Staatseigentum wird, der Staat also Grundrente bezieht. __.. Der radikale Bourgeois (...) geht daher theoretisch zur Leugnung des privaten Grundeigentums fort, das er in der Form des Staatseigentums zum Gemeineigentum der Bourgeoisklasse, des Kapitals, machen möchte. In der Praxis fehlt jedoch die Courage, da der Angriff auf eine Eigentumsform – eine andere Form des Privateigentums an Arbeitsbedingungen – sehr bedenklich für die andere Form würde. Außerdem hat der Bourgeois sich selbst territorialisiert.'' (Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW Bd. 26.2 S.39)

Bodenpreisgefüge des baureifen Landes 1961-1972 in Hamburg



Quelle: Hamburg in Zahlen, 7/74, S. 216, Statistisches Landesamt Hamburg.

Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam über ein gewisses Maximum hinausgehen kann. .__. Das Resultat ist, daß die Arbeiter vom Mittelpunkt der Städte an den Umkreis gedrängt, daß Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen selten und teuer werden und oft gar nicht zu haben sind; denn unter diesen Verhältnissen wird die Bauindustrie, der teurere Wohnungen ein weit besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen.'' (S. 215)

Die Entwicklung der Hamburger Innenstadt

Die Aussage von Engels soll an Hand der Entwicklung der Hamburger Innenstadt in den letzten hundert Jahren illustriert werden. Die Bewohnerzahl der Alt- und Neustadt hat sich so entwickelt:

1880 170900 Bew. (100%)
1890 161700 Bew. (95%)
1900 137700 Bew. (81%)
1910 101100 Bew. (59%)
1939 65100 Bew. (38%)
1950 37400 Bew. (22%)
1966 22900 Bew. (13%)

(Quelle: Hamburg in Zahlen, 100 Jahre Statistisches Amt, Hamburg 66, S. 63ff)



Quelle: Hamburg in Zahlen, 3/74, S. 61, Statistisches Landesamt Hamburg

den Bau der Kaiser-Wilhelm-Straße sowie der Mönkebergstraße. Die Wohnblocks mußten Büro- und Speicherräumen weichen. Nach Ende des 2. Weltkrieges wurde die Innenstadt zunehmend zum zentralen Einkaufsort saniert. Der bis heute letzte Schritt ist die Schaffung von Einkaufspassagen.

Wie sich heute in ganz Hamburg Geschäfts- und Wohnviertel verteilen, zeigt die Karte 1. Sie bestätigt eindrucksvoll die Aussage Engels, daß die Arbeiter an den Rand der Stadt gedrängt werden.

Die Ursache der Verdrängung der Arbeiter aus der Innenstadt liegt in der steigenden Grundrente in diesem Gebiet

Grund und Boden haben an sich keinen Wert. Das Privateigentum an Grund und Boden gibt dem Besitzer des Bodens, dem Grundeigentümer, aber die Möglichkeit, für die Benut-

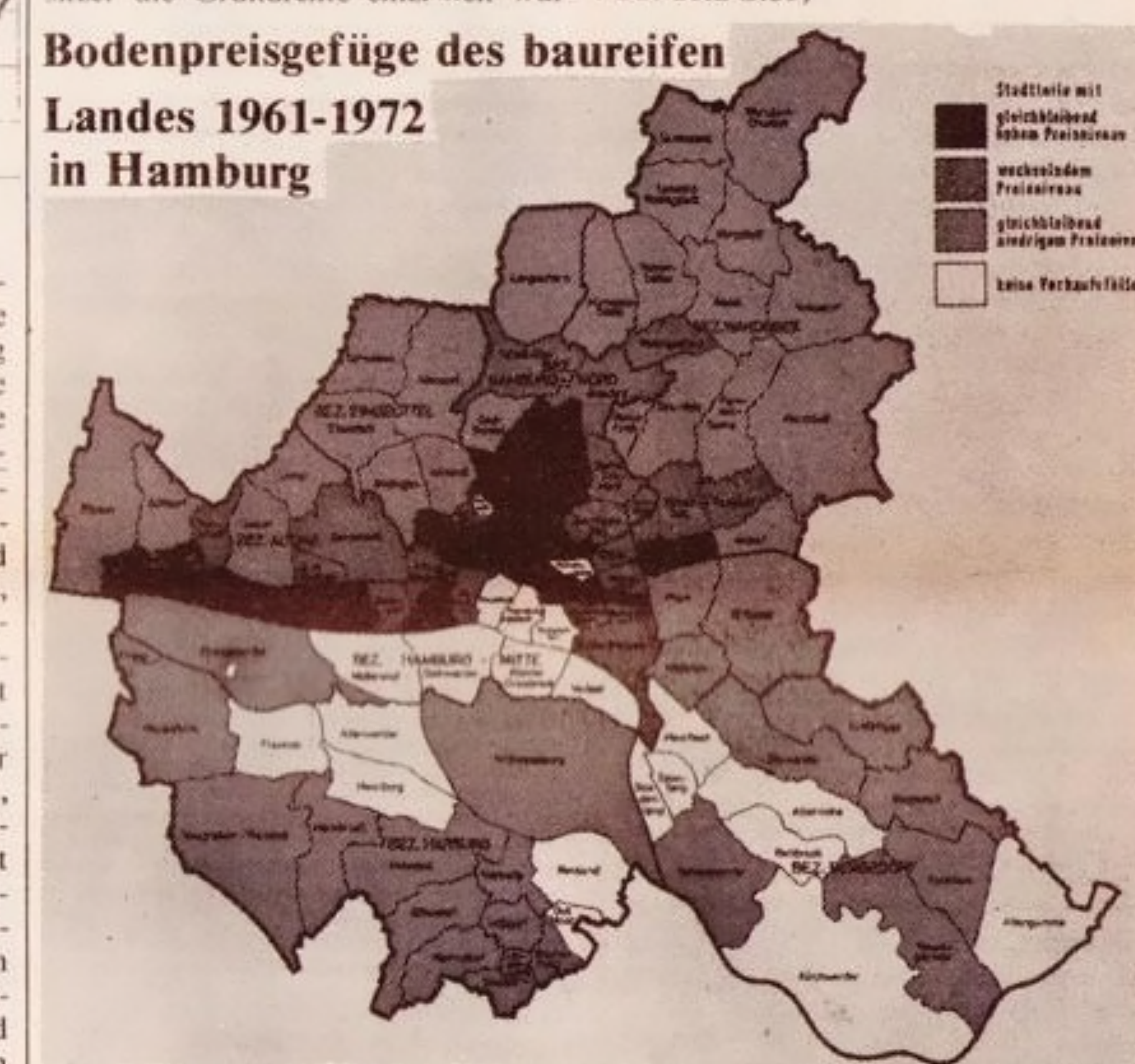
Transportkosten senkt. Für das Bankkapital z.B. ist die zentrale Lage für die rasche und reibungslose Abwicklung der Geschäfte von Vorteil usw. Alle diese Vorteile, die der zentralen Lage des Geschäfts entspringen, ermöglichen den hier sich ansiedelnden Kapitalisten einen Extraprofit gegenüber ihren Konkurrenten, die auf Grund schlechterer, d.h. dezentraler Lage, längere Umschlagszeiten, größere Lagerhaltung etc. in Kauf nehmen müssen. Diesen Extraprofit nun streicht nicht der jeweilige Kapitalist ein, sondern der Grundeigentümer in Form der Differentialrente. Ist der Kapitalist, wie heute die Regel, selber der Grundeigentümer, bleibt ihm sein Extraprofit erhalten. Die Höhe der Rente ist ausschlaggebend für den Preis des Bodens. Für zentrale Flächen, auf denen die Kapitalisten einen Extraprofit machen können, werden die Rente und damit der Preis des Bodens wesentlich größer sein, als eine Rente + Boden-

dern. Nur, daß in diesem Fall der bürgerliche Staat und nicht die Grundbesitzer die Grundrente einziehen wür-

aber deshalb, weil ein weitergehender

selbst territorialisiert.'' (Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW Bd. 26.2 S.39)

Bodenpreisgefüge des baureifen Landes 1961-1972 in Hamburg



Quelle: Hamburg in Zahlen, 7/74, S. 216, Statistisches Landesamt Hamburg.

Leserbrief

(...) Schrieb man vor der Spaltung möglichst linksradikal, so scheint mir der letzte Artikel eher ziemlich liberal und moralisch. ... Im Artikel ,,Nathan der Weise'' kommt meines Erachtens hinzu, daß du hier eine wichtige Information aus dem Stück hinsichtlich des Berufsstandes Nathans vergißt und damit eine Deutungsmöglichkeit verschenkst, die mir in politischer Hinsicht wichtig erscheint. Es erscheint mir kein Zufall zu sein, daß Nathan ein weitgereister Mann der Handelsbourgeoisie ist, der zwar reich ist, aber keine politische Macht hat. Die Freundschaft zwischen dem Herrscher Saladin kommt auch erst zustande, nachdem der bankrotte Herrscher die klugen und toleranten (bürgerlichen) Gedanken des reichen Nathan akzeptiert hat und dieser ihm seinerseits danach höflich Geld anbietet. ... Ich würde interpretieren: Geld stinkt nicht, hinsichtlich Saladins, und hinsichtlich Nathans: Es macht sich bezahlt, einen sich wohlgesonnen und aufgeklärten Despoten zu haben, der mein Eigentum und mich selbst schützt. (...)

Ich meine, es ist richtig, daß Lessing die Widersprüche seiner Zeit in seinen Stücken, Briefen Gedichten usw. angreift. Er zeigt auch *seine* Lösungsmöglichkeiten auf. Nur wäre es doch notwendig, diese erstmal klar herauszuarbeiten und diese mit den tatsächlichen Verhältnissen seiner Zeit zu konfrontieren und zu kritisieren. (...)

Du schreibst: ,,Wegen ihrer konsequenten Kritik des Feudalismus, wegen ihrer kritischen Gedanken, die *epocheübergreifend* (Herv.v.mir) bis heute fortbestehende Übel wie blinde Eiferei, Kriechertum und Intriganz anprangern und dagegen Wahrheitsliebe, Mut und Vernunft propagieren, deshalb halte ich Lessings Bühnenstücke für Meilensteine der deutschen Dichtung.''

,Epochenübergreifende Tugenden'?

Noch einmal zu Lessing / Leserbrief und Stellungnahme

Dieser Absatz bezeugt nach meiner Meinung deine moralische Wertung, wobei du die religiöse Toleranz bei den positiven moralischen Werten vergessen hast. Aber für Lessing und seine bürgerlichen Zeitgenossen war die bürgerliche Toleranz die bürgerliche Wahrheitsliebe, der bürgerliche Mut und die bürgerliche Vernunft nicht eine nebulöse, *epochenübergreifende* , außerhalb von Raum und Zeit stehende Idee, sondern eine Waffe im Kampf gegen Despotismus und der mit ihr verbundenen religiösen Orthodoxie; und die Vernunft war für sie nicht wertfreie Möglichkeit der Erkenntnis, in ihr war die Notwendigkeit der Erkenntnis der *bürgerlichen* Ordnung als der *einzig vernünftigen* Ordnung angelegt. In diesem Sinne ist die edle, vom Glauben an den Sieg der bürgerlichen Humanität und der bürgerlichen Vernunft erfüllte Dichtung tatsächlich ein Meilenstein der deutschen Dichtung für die liberale Bourgeoisie (...)

hag., Hamburg

ulh. Die drei Kritikpunkte des Leserbriefs: 1. Politisch unzureichende Interpretation des Nathan. 2. Keine Einschätzung Lessings bezogen auf die Lage im 18. Jahrhundert. 3. Moralische Kritik des Stücks. Da ich Punkt 3 für den wichtigsten halte, zu den anderen nur kurz. Zu 1: Ich halte das Herausstreichen des Handelskapitalisten an Nathan für ein Relikt des mechanistisch-materialistischen Herangehens an Literatur, das wir jahrelang betrieben haben; Literatur wird ausschließlich als Illustration der Geschichte gesehen. Damals hätten wir interpretiert: Lessing propagiert das Verschmelzen von aufkommender Bourgeoisie mit dem Feudalismus. Daß nichts falscher ist, als das, davon legt Lessings erbarmungsloser Kampf gegen den Feudalismus Zeugnis ab.

Zu 2: Ich stimme zu, daß eine gründliche Untersuchung Lessings in seiner Zeit in dem Artikel nicht vorgenommen wird. Ich habe mich in dieser Hinsicht darauf beschränkt, die Bedeutung Lessings auf dem Hintergrund der unrühmlichen deutschen Geschichte herauszustreichen. Ansonsten sei zu diesem Gesichtspunkt ,,Die Lessinglegende'' von Franz Mehring empfohlen, die Lessings Position zu seiner Zeit darstellt und beurteilt.

Zu 3: Es ist richtig, ich habe eine moralische Bewertung insbesondere des ,,Nathan'' vorgenommen.
Ich halte das aber keineswegs für verwerflich.
Moralische und ethische Werte haben sich im Verlauf der menschlichen Entwicklung herausgebildet und bewährt. Ich denke, daß man auch davon ausgehen kann, daß sich bestimmte ethische Grundwerte herausgebildet haben, die den fortschrittlichen Klassen immer in ihren Kämpfen gegen die Unterdrückung gedient haben, epochenübergreifend sind und und eine Tugend der fortschrittlichen Klassen darstellen. Mag sein, sie sind oft verschüttet oder von den herrschenden Klassen entstellt worden; um so bedeutender, wenn sie (wie im ,,Nathan'') propagiert werden.

Nathan entwirft das Bild einer gesellschaftlichen Utopie: Die Vertreter der drei verschiedenen Weltreligionen halten (bis auf Nathan) die Widersprüche unter sich für antagonistisch. Nathan beweist jedem einzelnen, wie er, wenn er Nathans Ziele: Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Mut zu den seinen macht, diese angeblich antagonistischen Widersprüche auflösen kann. Lessing entwirft das Bild einer freien Gesellschaft. Als Mittel zu ihrer Erreichung propagiert er die besagten ethischen Werte.

Wie muß man Lessing kritisieren? Ich meine, nicht so, daß man die ethischen Werte leugnet bzw. sie als überholt bezeichnet. Im Leserbrief heißt es, Lessing sei für *bürgerliche Toleranz, bürgerliche Wahrheitsliebe, bürgerlichen Mut und bürgerliche Vernunft.* Was ist bürgerliche Wahrheitsliebe? Ein Mensch ist wahrheitsliebend, d.h. er wird versuchen, die objektive Wirklichkeit zu erforschen. Sind seine Gedanken bürgerlich, so wird er entweder eines Tages durch seine Forschungen die Beschränktheit seines bürgerlichen Denkens erkennen, oder er wird wegen seiner bürgerlichen Auffassungen bestimmten Fragen nicht mehr nachgehen, d.h. seine Wahrheitsliebe ist erloschen. Lessing war sowohl wahrheitsliebend, als auch bürgerlich. Letzteres aber deshalb, weil ein weitergehender Standpunkt 1780 und in Deutschland nicht möglich war.

Trotzdem ist Lessings Utopie der freien Gesellschaft nicht überholt. Sie regt nach wie vor dazu an, zu überlegen, wie man sie verwirklichen kann. Und da kommt man an den Punkt, wo Lessing ,überholt' ist. Heute wissen wir, daß die Ethik nicht reicht, um die freie Gesellschaft zu erreichen, daß eine politische Theorie nötig ist, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern.

Ich denke, daß wir zu Fragen wie Moral und Ethik eine linksradikale Position eingenommen hatten, die sich für mich in der scheinbar materialistischen Bewertung der Helden der sowjetischen oppositionellen Schriftsteller in KVZ Nr.9 S.16 ausdrückt. ,,Hauptheld Glebow hat sich in die Reihen der neuen Bourgeoisie hochgekämpft, oder besser, sich dorthin hochspülen lassen. Er war ein geeignetes, willenloses Werkzeug in den Händen der Beherrscher der Universität, hinter denen eindeutig der Partei- und Staatsapparat als Auftraggeber zu erkennen ist. Genausowenig wie Lena aus dem ,,Tausch'' kann man Glebow wirklich verurteilen. Ihm ist diese Bourgeoisie vorgegeben und auch das Elend, aus dem er kommt.'' Wenn man als Materialist die objektiven Verhältnisse als grundlegend anerkennt, heißt das noch lange nicht, daß man diese Verhältnisse auch als Maßstab akzeptieren muß. Wer resigniert, sich als willenloses Werkzeug hergibt, ist zu verurteilen (wobei das ,wie' verurteilen eine ganz andere Frage ist.), nach unserem Maßstab, der der einer freien sozialistischen Gesellschaft ist.

Bilderbücher für Kinder

Phantasievoll – aber mit welchem Inhalt?

frd. So wie man mit der Sprache die Wirklichkeit über die unmittelbare Erfahrung hinaus darstellen und vermitteln kann, so ermöglicht die Sprache die falsche Darstellung der Wirklichkeit, die Lüge. Aber auch die Vorwegnahme angestrebter veränderter Wirklichkeit. Das *gemalte Bild* ermöglicht konkretere, eher sinnlich mit dem Auge nachvollziehbare Darstellung und Weitergabe von sinnlicher Erfahrung für die Sinne anderer Menschen. Mit den Techniken der Bild-Vervielfältigung sind die Möglichkeiten, Erfahrungen und Vorstellungen weiterzugeben, erheblich erweitert. – Eine besondere Kinderbuchliteratur gibt es etwa so lange, wie es die kapitalistische Produktionsweise gibt und mit ihr die technischen Möglichkeiten der Vervielfältigung, des Drucks. Sieht man sich heute die Vielfalt der Kinderbücher an, die auf dem Markt und in manchen Städten in den Bibliotheken auch für Kinder ausleihbar sind, so fällt ins Auge, daß Kinder heute mehr über die Wirklichkeit und ihre Veränderung lernen *können* müßten denn je.

Der Struwelpeter: Jeder kennt den Sachverhalt, daß das Schaukeln am Tisch notwendig zur heruntergerissenen Decke führen mußte, daß Conrads Daumen seine gerechte Strafe in der Schere finden mußte, daß Robert in die Luft sieht bloß so lange er noch nicht ins Wasser gefallen ist. Der Struwelpeter wie auch gewisse Nachfolgeliteratur, wie die Struwelliese, bleiben grausam-moralisierende Literatur, auch wenn modernerweise folgendes gesagt wird: „Aus heutiger Sicht Ausdruck einer Anklage gegen die verständnislose Haltung der Erwachsenen gegenüber Problemen der Kinder." (Buch – Partner des Kindes, Ravensburg 1979 S.63) Andere von prinzipiell ähnlicher Art: Pinochio und seine deutsche Version, das Hölzerne Bengele, so spannend und abenteuerlich wie moralisierend. Aus der Kritik an dieser Literatur hat sich die wertfrei-phantastische Kinderliteratur entwickelt, die gegenwärtig wohl die Haupttendenz der „besseren" Bücher darstellt, die nicht gerade massenweise in den Kaufhäusern liegen. Es ist alles möglich. Der Elefant mit Krokodilskopf und die Hexe mit Rotkäppchens Kleidern. Schweine bauen sich Flugzeuge. Hat die Kritik sich früher an dem moralisierenden Zeigefinger und an der widerspruchslos beglückenden Einheitswelt der Osterhasen entzündet, so muß jetzt die Frage entstehen, was lernen Kinder überhaupt aus diesen fantastischen Darstellungen? Ist das realistische

nen *können* müßten denn je.
Der Struwelpeter: Jeder kennt den Sachverhalt, daß das Schaukeln am Tisch notwendig zur heruntergerissenen Decke führen mußte, daß Conrads Daumen seine gerechte Strafe in der Schere finden mußte, daß Robert in die Luft sieht bloß so lange er noch nicht ins Wasser gefallen ist. Der Struwelpeter wie auch gewisse Nachfolgeliteratur, wie die Struwelliese, bleiben grausam-moralisierende Literatur, auch wenn modernerweise folgendes gesagt wird: „Aus heutiger Sicht Ausdruck einer Anklage gegen die verständnislose Haltung der Erwachsenen gegenüber Problemen der Kinder." (Buch – Partner des Kindes, Ravensburg 1979 S.63) Andere von prinzipiell ähnlicher Art: Pinochio und seine deutsche Version, das Hölzerne Bengele, so spannend und abenteuerlich wie moralisierend. Aus der Kritik an dieser Literatur hat sich die wertfrei-phantastische Kinderliteratur entwickelt, die gegenwärtig wohl die Haupttendenz der „besseren" Bücher darstellt, die nicht gerade massenweise in den Kaufhäusern liegen. Es ist alles möglich. Der Elefant mit Krokodilskopf und die Hexe mit Rotkäppchens Kleidern. Schweine bauen sich Flugzeuge. Hat die Kritik sich früher an dem moralisierenden Zeigefinger und an der widerspruchslos beglückenden Einheitswelt der Osterhasen entzündet, so muß jetzt die Frage entstehen, was lernen Kinder überhaupt aus diesen fantastischen Darstellungen? Ist das realistische

„Umweltbuch" nicht das einzige, was eine pädagogische Daseinsberechtigung hat? Halten Kinder am Ende nicht für wirklich, was bloß als fantastisch-abstruse Kinderunterhaltung gedacht ist?

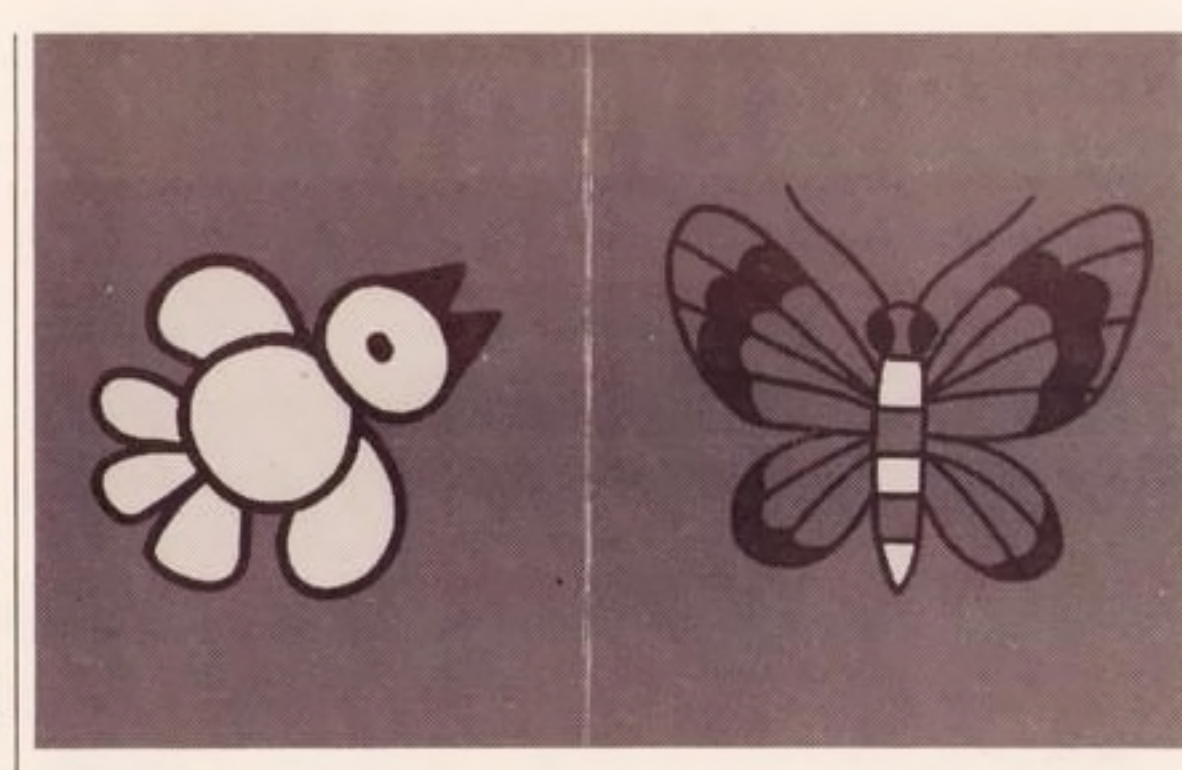
Meiner Ansicht nach ist die Frage so falsch gestellt. Wichtig ist erst mal: „Ich behaupte, mit dem Kind muß man ‚unterhaltsam' sprechen." (M. Gorgij in: Richter, Das politische Kinderbuch, Darmstadt 1973 S.316) Wenn man eine verniedlichende Kinderwelt in der „Kinderkultur", die unter Berufung auf das „Kindgemäße" auftritt, kritisiert, so braucht man die Besonderheit der kindlichen Erfahrung und Tätigkeit noch lange nicht zu leugnen. Erfahrungsgemäß lernen Kinder *spielend*, mit dem Arzt und mit vielen anderen Situationen fertig zu werden und Werkzeug anzuwenden. Die Frage ist nicht, ob fantastisch oder nicht. Fantasie ist gerade notwendig, um aus dem Vorhandenen etwas Neues herauszubilden. Die Frage ist, wie das Fantastische mit dem Wirklichen verbunden ist. Ob das Fantastische letztlich dem Umgang mit der Wirklichkeit dient oder nicht. Welche *falsche* Wirklichkeit im Fantastischen vorgestellt wird oder nicht. Z.B. in dem seit 14 Jahren beliebten Buch „Wo die wilden Kerle wohnen" von Maurice Sendak: Die wilden Kerle rollen ihre furchtbaren Augen und zeigen ihre furchtbaren Tatzen. Max, der seine Suppe nicht gegessen hat und zu ihnen auf die Insel gesegelt ist, sieht sie nur scharf an und fixiert sie mit seinem Blick, sein Zaubertrick. Er hat keine Angst, er kann die Übermacht besiegen. Es ist das alte Thema enthalten, daß aus Schwach Stark werden kann, was aus der Wirklichkeit in die Kinderliteratur übernommen ist. Wenngleich das „Wie?" dieser Umwälzung nur durch einen *Trick* ausgefüllt wird, was wenig ist. Oder der berühmte Swimmy von Leo Leonni. Swimmy, der kleine schwarze Fisch, war allein übrig, nachdem ein Thunfisch, ein grimmiger, überaus hungriger Bursche, die anderen kleinen Fische aufgefressen hat. Swimmy führt dann einen neuen Schwarm roter Fische an, einen großen Fisch darzustellen, wo er dann das Auge sein darf. Natürlich werden die großen Fische dann in die Flucht geschlagen. Es ist die Lehre von der Einigkeit, die stark macht, kindlich-künstlerisch dargestellt, wenngleich alles von dem kleinen Fischindividuum Swimmy ausgeht, der bloß seine Anweisungen austeilt.

Aus der Breite der Themen, die der revolutionäre russische Dichter Gorgij genannt hat, läßt sich einiges entnehmen: „Die Erde, die geochemische und geophysikalische Schlußfolgerung ... Die Luft ... unsere Versuche zur Ausnutzung der Luftströmung ... Wozu die Menschen Märchen erdichteten? ... Die großen Tiere können den Vogel in der Luft nicht fangen, daher der Wunsch zu fliegen und sich auf der Erde schnell fortzubewegen – „Siebenmeilenstiefel", der „fliegende Teppich" usw. Die Phantasie des Urmenschen als Ausdruck des für ihn Wünschenswerten und Möglichen ..." Es sind Themen über das Wirkliche und über das Phantastische. Themen, die sich in phantastischer Form behandeln lassen. Keineswegs erschöpfen sich die Themen auf die Darstellung der Klassen und des Klassenkampfes. Dessen ausschließliche Darstellung hätte gerade Einseitigkeiten und Schwäche im Herangehen an die gesellschaftlichen

Fisch, war allein übrig, nachdem ein Thunfisch, ein grimmiger, überaus hungriger Bursche, die anderen kleinen Fische aufgefressen hat. Swimmy führt dann einen neuen Schwarm roter Fische an, einen großen Fisch darzustellen, wo er dann das Auge sein darf. Natürlich werden die großen Fische dann in die Flucht geschlagen. Es ist die Lehre von der Einigkeit, die stark macht, kindlich-künstlerisch dargestellt, wenngleich alles von dem kleinen Fischindividuum Swimmy ausgeht, der bloß seine Anweisungen austeilt.
Aus der Breite der Themen, die der revolutionäre russische Dichter Gorgij genannt hat, läßt sich einiges entnehmen: „Die Erde, die geochemische und geophysikalische Schlußfolgerung ... Die Luft ... unsere Versuche zur Ausnutzung der Luftströmung ... Wozu die Menschen Märchen erdichteten? ... Die großen Tiere können den Vogel in der Luft nicht fangen, daher der Wunsch zu fliegen und sich auf der Erde schnell fortzubewegen – „Siebenmeilenstiefel", der „fliegende Teppich" usw. Die Phantasie des Urmenschen als Ausdruck des für ihn Wünschenswerten und Möglichen ..." Es sind Themen über das Wirkliche und über das Phantastische. Themen, die sich in phantastischer Form behandeln lassen. Keineswegs erschöpfen sich die Themen auf die Darstellung der Klassen und des Klassenkampfes. Dessen ausschließliche Darstellung hätte gerade Einseitigkeiten und Schwäche im Herangehen an die gesellschaftlichen

Widersprüche zur Folge.

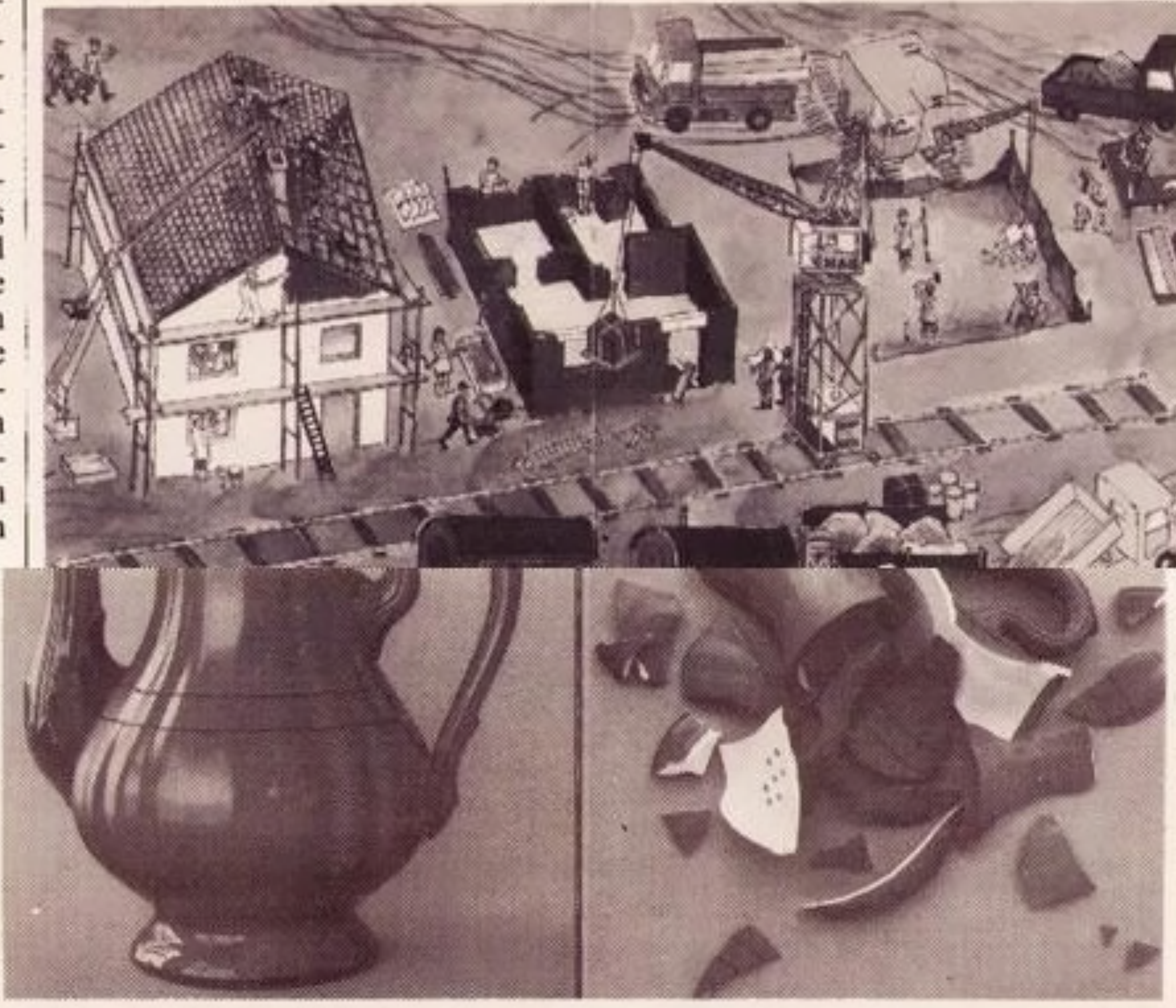
Sieht man sich die große Anzahl der „besseren" Kinderbücher an, so kann man feststellen, es gibt keinen Mangel an künstlerischen Darstellungsformen, keinen Mangel an kreativer Fantasie. Mißt man die Vielfalt der Darstellung an einerseits den kindlichen Interessen für (zwar auch fantastischer und künstlerischer Darstellung, vor allem aber für) „Umweltliteratur", d.h. Büchern, in denen ihre Erfahrungen vorkommen und es was zu lernen gibt; und andererseits an dem möglichen Themenkatalog, wie z.B. Gorgij ihn zeichnet, so gewinnt man folgenden Eindruck: Gemessen an den Möglichkeiten, was Kinder schon lernen können, um die Welt beherrschen zu lernen, ist viele künstliche Fantasie so ein bißchen ziellos verschwendet. Umgekehrt gesehen sind die Fähigkeiten der Kinder sehr viel weiter entwickelbar.



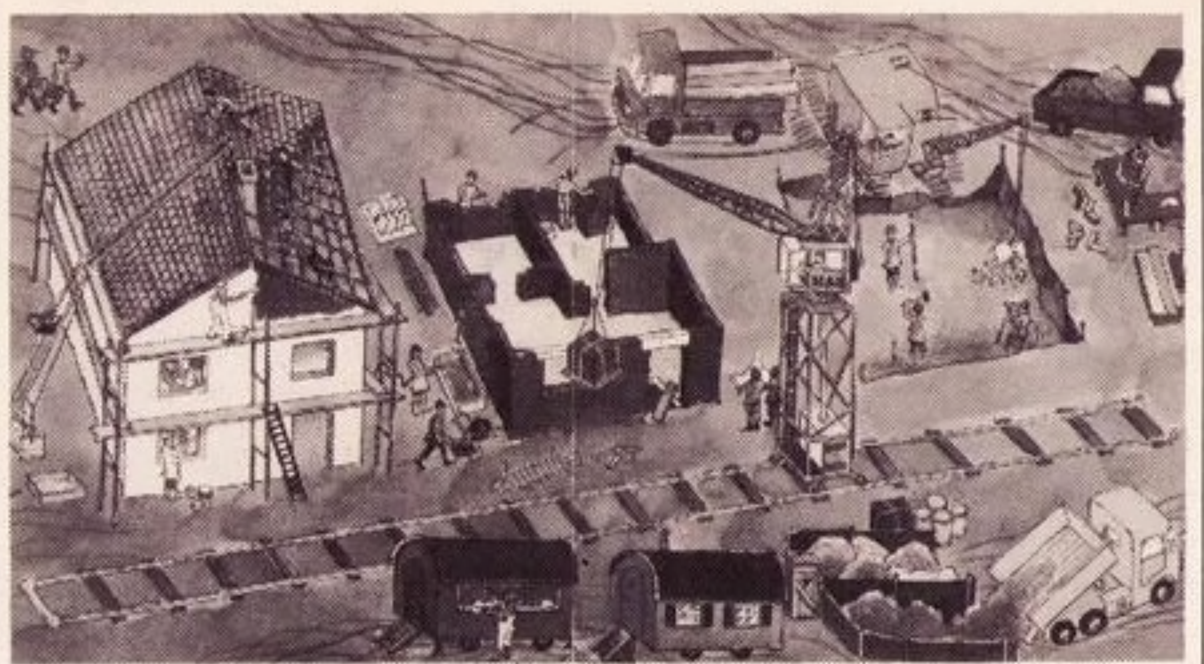
Die Dick Bruna-Masche Einfachst-schematische Darstellung von Tieren und Menschen. Häufig verwendet bei den fest kartonierten Büchlein mit wenig Seiten, welche Kleinkinder als erste bekommen; aber auch auf didaktischem Spielmaterial. Die „niedliche" Darstellung läßt sie schnell als von Dick Bruna identifizieren. Es gibt hier wenig zu schauen und nichts zu lernen. Wohl angelehnt an die schematischen Zeichnungen von Kindern: Kreis, Augenpunkt, Nase und Mundstrich, das Gesicht ist fertig. Es steht die falsche Anschauung Pate, daß Kinder die Welt so sähen, wie sie sie zeichnen. – Natürlich nehmen schon Kleinkinder die äußere Gestalt der Dinge so wahr, wie sie ist, und nicht so, wie sie (erst später) zeichnen, wozu ja ein viel höherer Grad von bewußter Handlung gehört.



Etwas, Nichts. Die schwermütige Dialektik der Gabriele Lorenzer. Aus einer Art Grundwiderspruch von „ganz und kaputt" oder „anwesend und abwesend" soll schon dem Kleinkind die Vergänglichkeit alles Seienden nahegebracht werden. Kommentar eines dreieinhalb jährigen Kindes beim schnellen Durchblättern der Pappseiten: „Da ist ein Fenster, da ist eine Pusteblume, da ist sie weggepustet. Da ist Papier, da ist es verbrannt. Da ist die Sonne, da ist sie weg." (Gabriele Lorenzer, Etwas Nichts. Ravensburger)



Etwas, Nichts. Die schwermütige Dialektik der Gabriele Lorenzer. Aus einer Art Grundwiderspruch von „ganz und kaputt" oder „anwesend und abwesend" soll schon dem Kleinkind die Vergänglichkeit alles Seienden nahegebracht werden. Kommentar eines dreieinhalb jährigen Kindes beim schnellen Durchblättern der Pappseiten: „Da ist ein Fenster, da ist eine Pusteblume, da ist sie weggepustet. Da ist Papier, da ist es verbrannt. Da ist die Sonne, da ist sie weg." (Gabriele Lorenzer, Etwas Nichts. Ravensburger)



Wo Menschen arbeiten. In Pädagogik und Literaturwissenschaft würden die Reihe des Verlages Jugend und Volk als „Umweltbücher" eingestuft, also als Bücher, in denen Kinder etwas über ihre Welt lernen können. Hier z.B. die liebevolle Darstellung der verschiedenen Stufen beim Hausbau. Auf anderen Bildern ist Kohleförderung, Fahrradproduktion, Krankenhaus und Hausarbeit dargestellt. Es gibt vieles zu schauen, viel Neues zu sehen, einiges wiederzuerkennen. Vieles zu erklären, was Kinder interessiert und sie nicht wisssen. Mann kann nicht erwarten, daß der Klassengegensatz anschaulich gemacht würde. Immerhin hat auf dem Bild, das die Fahrradfabrik zeigt, der Betriebsrat einen eigenen Raum, und ersichtlich sind gerade Wahlen. Aber es kommt, wie die Pädagogik sagen würde, auf den „Vermittler" an, auf das, was dazu erklärt wird. – Man soll sich nicht stören an dem pädagogischen Leitkommentar, der einen Hang ins Kluge hat: „Fast überall, wo es Menschen gibt, gibt es auch Menschen, die arbeiten ... Arbeit ist nicht nur zum Geldverdienen da, meistens dient sie vielen Menschen ... Arbeiten ist manchmal schwer, aber auch schön ..." (Thomas Rotfusz, Ingeborg Tschinkel, Wo Menschen arbeiten. Verlag Jugend und Volk, Wien) – Zum Thema „Arbeit" gibt es ähnliche Bilderbücher, aber mit aufdringlicher Pädagogik. – Vom gleichen Verlag „Bilderbücher zur Natur- und Sachbegegnung", eine ansprechende Serie über die Besonderheiten der vier Jahreszeiten.

Ole sieht einen Verkehrsunfall, ein „realistisch"-belehrendes Buch, in dem es nichts zu lernen gibt. Ole, sechs Jahre alt, hat keine Angst vor Autos und versteht nicht, wenn die Eltern ihn warnen. – Vater nimmt Ole auf dem Fahrrad mit in den Hafen, wo es für Ole viel zu schauen gibt. „Bandit", schimpft Vater einem PKW hinterher, der sie rasend überholt hat. Da stoppt es auch schon vor ihnen, ein Geschrei, ein alter Mann ist angefahren worden. Vater ist ärgerlich, daß von den Umstehenden nicht schon ein Krankenwagen angerufen ist, aber er ist nicht auf Ole ärgerlich, wie Ole viel später erfahren wird. Ole weint, was ein „Wahnsinniger" sei, wie geschimpft wird, begreift er nicht. – Jetzt bekommt Ole immer Angst, wenn er nur ein Auto sieht, seine Mutter muß ihn morgens zum Kindergarten über die Straße zerren. Im Kindergarten spielt man mit Autos, immer stoßen die Autos zusammen oder fahren gegen Puppen. Er träumt davon. Im Treppenhaus stößt er mit Frau Schneider zusammen, die gerade vom Einkaufen kommt. Bei Petra, seiner Freundin, spielen sie Teddies auf der Bahre usw. Schließlich schreit er sogar im Schlaf. Das Bett ist naß, die Eltern wechseln es ohne zu schimpfen. Ole fragt nach dem Mann, ob er gestorben ist. Nein, Vater hat sich erkundigt. „Ich hätte nicht mit dir schimpfen sollen, wo du morgens Angst hattest über die Straße zu gehen", sagt die Mutter. Ein bißchen ängstlich sei ja gut, sagt Vater, da ist man auch vorsichtig im Verkehr. Aber Ole ist zu ängstlich. Als Kind hatte Vater auch Angst, z.B. daß etwas unter dem Bett wäre, das war wirklich dumm. Ole zieht einen anderen Schlafanzug an, fortan ist er gar nicht mehr ängstlich. – Es ist eine platte Lehre, die dargestellt wird. Sie ist moralisch, weil nichts über Zusammenhänge im Verkehrsgeschehen vermittelt wird, die zu lernen allein auch in dem dargestellten Fall die Angst zu überwinden helfen dürfte. Es wird bloß gedroht, und zwar ausgerechnet mit Ereignissen, die an das kindliche Selbstbewußtsein gehen, wie dem nassen Bett. Die Bilder passen dazu.

Mr. Mellops baut ein Flugzeug. Eines Tages macht Mellops, ein gutes Schwein, ein guter Vater, Pläne für ein Flugzeug. Söhne Kasimir, Isidor, Felix und Ferdinand schaffen herbei: Einen Motor vom Autofriedhof, Segeltuch für die Flügel und Bretter vom Dachboden. Mutter Mellops bringt Kaffee und Kuchen zur Erfrischung. Es fliegt. Gleich auf der ersten Route geht schon das Benzin aus, ein Sturz am Abhang des Berges. Man soll nicht den Mut verlieren, also wird repariert. Aus Gras wird Schnaps gebrannt, der als Benzin dient. Derweil jagt Kasimir mit Gewehr auf Eßbares. Da beobachtet ihn ein Indianer. Er wird gefangen, ins Lager geschleppt, wo er am Marterpfahl immer gerade nicht von den Pfeilen getroffen wird. Da nähert sich wieder das Flugzeug, mit einem Lasso wird der Marterpfahl samt Kasimir aus der Erde gerupft, nach Haus gebracht, Mutter

ängstlich. Als Kind hatte Vater auch Angst, z.B. daß etwas unter dem Bett wäre, das war wirklich dumm. Ole zieht einen anderen Schlafanzug an, fortan ist er gar nicht mehr ängstlich. – Es ist eine platte Lehre, die dargestellt wird. Sie ist moralisch, weil nichts über Zusammenhänge im Verkehrsgeschehen vermittelt wird, die zu lernen allein auch in dem dargestellten Fall die Angst zu überwinden helfen dürfte. Es wird bloß gedroht, und zwar ausgerechnet mit Ereignissen, die an das kindliche Selbstbewußtsein gehen, wie dem nassen Bett. Die Bilder passen dazu.
Mr. Mellops baut ein Flugzeug. Eines Tages macht Mellops, ein gutes Schwein, ein guter Vater, Pläne für ein Flugzeug. Söhne Kasimir, Isidor, Felix und Ferdinand schaffen herbei: Einen Motor vom Autofriedhof, Segeltuch für die Flügel und Bretter vom Dachboden. Mutter Mellops bringt Kaffee und Kuchen zur Erfrischung. Es fliegt. Gleich auf der ersten Route geht schon das Benzin aus, ein Sturz am Abhang des Berges. Man soll nicht den Mut verlieren, also wird repariert. Aus Gras wird Schnaps gebrannt, der als Benzin dient. Derweil jagt Kasimir mit Gewehr auf Eßbares. Da beobachtet ihn ein Indianer. Er wird gefangen, ins Lager geschleppt, wo er am Marterpfahl immer gerade nicht von den Pfeilen getroffen wird. Da nähert sich wieder das Flugzeug, mit einem Lasso wird der Marterpfahl samt Kasimir aus der Erde gerupft, nach Haus gebracht, Mutter

hat schon Kuchen gebacken, mit Zuckerzeug, der Pfahl steht im Garten, um ihn herum Blumen, zur Erinnerung an das Flugabenteuer. Der Cartoonist Tomi Ungerer, bekannt für ätzende Darstellung „allgemein menschlicher Schwächen", hat sich lange schon als liebevoller Kinderbuchautor einen Namen geschaffen. Kritisiert wird er wegen des grausam menschenfressenden Riesen, der schließlich von dem kleinen Mädchen Smeralda zum Menschenfreund gewandelt wird, in einem anderen Buch. Es sind immer fantasievolle Geschichten, durch keine Wirklichkeit gezügelt. Ihre Lustigkeit beziehen sie aus der absolut unbeteiligt hingeworfenen Geschichte, ohne Ernsthaftigkeit und Ernst, immer ein bißchen auf Kosten der Dargestellten. (Tomi Ungerer, Mr. Mellops baut ein Flugzeug. Diogenes und Zeraldas Riese, Diogenes)